

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis halbjährlich 1.10 Mk., monatlich 1.10 Mk., vierteljährlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheit täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1943.

Donnerstag, den 13. Dezember 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1944.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepolte Kolonelle oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stichgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Quittung.

Im Monat November gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Groß-Berlin a Konto seiner acht Wahlkreise 15 000.— (darunter Tischlerei Fröhlich 30.—, Reumann u. Pumar 20.—, Bau Wächter 35.—, Sechster Klasse der Tischlerei Siele u. Kammerer 35.—, Bezirk 149 8.15, Beiträge 3. 1.—, Möbelpolierer der Möbelfabrik Kling 15.—, Richter der Möbelfabrik Großhaus 43.10, Beitr. Sch. 1.50, Payer-Solonne Luthar u. Albrecht 3.—, Uebern See gefahren 18.00, Hochzeit 5.65, Vierprozentige Bau-Gasse 12.—, A. V. Ritter 1.—, Von den ehemaligen Obleuten der A. G. O., Brunnstraße 11.35, Urwahlbezirk 1059 d. Weitung 5.50, Kranzüberhöhung v. 675. Bez. (Lundt Haus), darunter 4 M. von einem Weislichen 7.—, Ueberhöhung von der Kranzüberhöhung des Gen. Pahlmann aus dem 832. Bezirk 8.25, bei Fleischhammel übern See gefahren 2.85, Kranzüberhöhung 585. Bezirk 6.—, Kranzüberhöhung 717. Bezirk 5.95, Kranzüberhöhung 711. Bezirk 2.85, A. V. durch Abendroth 30.—, vom Gen. Frig Singer für 1906 10.—, für 1907 30.—, Vierprozentige Bau Wehrensstraße 18.00, Bernhard Reinhardt 25.— (darunter Bau Wehrensstraße 26.20 statt 18.00), Wertens, Pringensstraße 20.—, Ehr. 1. Rate 20.—, Ehr. 2. Rate 20.—, P. Bernstein 6.—, M. H. 5.—, v. d. Wittl. d. U. Dr. 4.20, u. Fels- und Diätarierklub „Nordlicht“ 50.—, Anabe, Parteilands 5.—, Berlin, diverse Beiträge: Zimmerplatz Woswan u. Anauer, Galenlee 23.—, Vierprozentige von den Endierern der Firma Kämmer, Reichstraße 15.—, Personal der Buchdruckerei „Vorwärts“, Abt. Buchbinderei 15.—, Bau Gasse, Pariser Platz, Vierprozentige 12.—, bezgl. 6.—, Sa. 18.—, Personal der Buchdruckerei Jankowsky 10.—, Payer-Solonne Müller durch Rodmann 16.—, Die Parteilasse der Arbeiter von Vardemann 25.—, Aus der Sechster Klasse der Arbeiter der Firma Wolmar u. Hanke 10.05, Dr. L. A. 100.—, „Junggefallen“ 10.—, Von der roten Tasse 2.10, Waghets 5.—, Von den Koll. d. Fa. Praentel, Joh. S. Procter, Wöbelstuhl, Müderdorferstr. 26 20.—, Von der fünfjährig Klasse der Tischler v. Kuttner u. Hanff 5.20, Vierprozentige von den Spannern, Trägern und Hilfsarbeitern d. Fa. Woswan u. Anauer, Bau Wittenbergplatz 35.15, Die Kontobarbeiter vom Wedding 5.—, Munition zum Kampfe für Recht und Wahrheit 4.—, Gutenberg 42.40, P. S. 50.—, A. H. 50.—, Zur Wiedererwerb verlorener Rechte 10.—, A. L. 3.—, Gewerkschaftsleiter Schönbauer Allee 3.75, C. 1.—, Dugbach i. S. C. R. 3.30, Braunshweig, sozialdemokratische Partei des Herzogtums, drittes Quartal 1906 352.26, Baden-Baden, 8. badischer Wahlkreis 39.96, Bern 50.—, Bremerhaven, sozialdemokratischer Verein, für das 3. Quart. 1906 263.04, Burg bei Magdeburg, Wahlkreis Jerichow I u. II 3. Quart. 123.40, Bugtheude, von den Alten durch Weber 2.—, Gelle, 14. hannov. Wahlk. 137.50, Charlottenburg, rote Postzeit Köningbergerstraße, d. A. R. 1.50, Chemnitz, 16. sächs. Reichstagswahlkreis 2000.—, Greifeld, sozialdemokratischer Volksverein 3. Quart. 08 93.90, Dresden, 4., 5. und 6. sächs. Wahlkreis 5000.—, Düsseldorf, A. R. 2.—, Dessau, sozialdemokratischer Verein, Wahlkreis Dessau-Jerbst 88.—, Emden, 1. hannoverischer Wahlkreis, 3. Quartal 1906 32.10, Erfurt-Schleierberg-Regenruder Wahlkreis, erstes Quartal 1906/07 150.—, Elbing-Parlauer, sozialdemokr. Verein, 3. Quartal 06 15.—, Falkenberg (Oberschl.), 4.—, Fürth i. S., 3. Quartal 06 348.50, Groß-Dittersleben, sozialdemokr. Verein des Ar. Wanzleben, Quartalsbeitrag 100.—, Hamburg, 3. Wahlkreis 5000.—, Hannover, Wahlkreis, September-Oktober 1000.—, Heidelberg, vom 12. badischen Wahlkreis, 3. Quartal 06 32.50, Ipehos, sozialdemokratischer Kreiswahlverein für den 5. Schlesig-holsteinischen Wahlkreis 111.86, Köslin-Rolberg, sozialdemokratischer Verein, 3. Quartal 06 20.40, Kronach-Lichtenfeld, Wahlkreis, 1. Quartal 06/07 41.37, Ronstanz, 1. badischer Wahlkreis, 3. Quartal 06 58.—, Rattowitz (Oberschl.), sozialdemokr. Verein 10.—, Rarkruhe, 10. badischer Wahlkreis, 2. u. 3. Quart. 06 317.85, Riebed, sozialdemokr. Verein, 3. Quart. 06 400.—, Leipzig/Land, 13. sächs. Reichstagswahlkreis 8000.—, Ludenwalde, Rufus 5.—, Ludenwalde, sozialdemokratischer Zentralwahlverein für den Wahlkreis, 3. Quartal 06 150.—, München, F. E. Str.-L. 51.—, M. Gladbach, sozialdemokr. Verein, 3. Quart. 06 64.50, Moers-Rees, aus dem Wahlkreis 26.94, Magdeburg, sozialdemokr. Verein 400.—, Niederwörsing, 19. sächs. Reichstagswahlk. 100.—, Reusstadt, S. O. Silesien-holst. Kreis, 2. Quart. 1906 50.56, Niederschönweide, C. D., Einzelmitglied 2.—, Oberlangensiefener Kapitulationsbezirk 426.— (darunter Wahlkreis Striegau-Schweidnitz: Striegau 60.—, Schweidnitz 10.40, Freiburg 32.—, Häslich 10.—, Wilgramshain 10.—; Wahlkreis Reichenbach-Keurode: Reichenbach 23.85, Langenbielau 72.75, Weigelendorf 9.50, Peterswaldau 30.40, Peilau 9.50; Wahlkreis Waldenburg: Waldenburg 90.—; Wahlkreis Landeshut. Jauer: Landeshut 43.75; Wahlkreis Schönan-Girshberg: Girshberg 19.35), Pöhrnd, 1. und 2. meiningenischer Reichstagswahlkreis 1.—, 3. Quartal 1906 90.88, Wittendberg, von einem beehrten Freisinnigen 2.—, Wonsdorf, Wahlk. Vennep-Reusch-Mettmann 3. Quartal 06 289.88, Riebst, Stehdierhalle 3.—, Renscheid, von einem vaterlandsliebenden Gesellen 20.—, Schleswig, 3. sächs.-holst. Wahlk. 30.91, Stahlfurt, Kreidner, d. Wahlk. Quedlinburg-Ashersl.-Calbe Juli-Sept. 192.70, Sorau-Forst, Zentralwahlk. 3. Quartal 06 150.—, Sonnenburg (Neumark) Wahlverein Ost- u. Westsinnenberg durch A. Sch. 100.—, Steglitz-gemeintliches Komitee, Bau Krause 3.40, Sagan, Beitrag des Wahlkreises 71.85, Schoppeim-Baldeshut, 8. bad. Reichstagswahlk., 3. Quart. 06 26.70, Stuttgart, G. II. 10.—, Wiesbaden, 2. nassauischer Wahlkreis 121.—, Wolgast, Wahlverein Greifswald-Grinmen, April-Okt. 06 63.—, Wittau, 4. Quart. 06 50.—, Berlin, den 10. Dezember 1906.
 Für den Parteivorstand: A. Gerich, Lindenstr. 69.

Fleischverteuerungs- und Seuchenpolitik.

Die Regierung hat als Antwort auf die Fleischnot-Interpellationen feierlichst durch Posadowsky im Reichstage verkünden lassen, daß sie nach eingehender Prüfung der „veterinär-polizeilichen“ Grundlagen nicht im geringsten daran

denkt, wirksame Maßnahmen gegen die das Haushaltungsbudget der werktätigen städtischen Bevölkerung aufs schwerste belastende Fleischteuerung durchzuführen. Den großen Viehhaltern soll ihr hoher Profit erhalten bleiben. Nur zu einigen ganz nebensächlichen, schwächlichen Maßregeln fühlt sich, um den Anschein zu erwecken, daß sie mit Aufmerksamkeit die Fleischpreissteigerung verfolgt und nach Kräften zur Vinderung der Not bereit ist, die Regierung in ihrer vielberühmten Fürsorge für das Wohl der Arbeiterklasse gnädigst bewogen. Die Einfuhr frischen Schweinefleisches aus Dänemark, Schweden und Norwegen soll unter den üblichen Erschwerungsbedingungen und den hohen Zollsätzen des Vertragstares (18 1/2 Pf. Zoll für ein Pfund Schlachtgewicht oder ungefähr 18 bis 20 Pf. für ein Pfund Fleischgewicht) gestattet werden, da die Regierung nach ihrer Versicherung erkannt hat, daß „veterinärpolizeiliche Bedenken“ nicht mehr bestehen — eine etwas plötzliche Erkenntnis, denn noch vor wenigen Wochen versicherte die ganz- und halböffentliche Presse, eine derartige Zulassung bedeute die schwerste Gefährdung des gesamten deutschen Viehstandes. Außerdem sollen die hohen Gebühren für die Untersuchung des aus dem Auslande hereinkommenden frischen Fleisches etwas ermäßigt werden — um wie viel bleibt dem Ernsten der Regierung vorbehalten. Und schließlich sollen, wie schon vor einigen Tagen angekündigt wurde, für Preußen und Hessen die Frachtsätze für den Fleischtransport herabgesetzt oder vielmehr die Fleischsendungen als Eilgut zu gewöhnlichen Frachtsätzen befördert werden.

Damit ist das gültige Wohlwollen einer hohen Regierung erschöpft. Von einer auch nur zeitweiligen Aufhebung der enorm hohen Vieh- und Fleischzölle, von der Zulassung von Rindern und Schweinen aus den Niederlanden oder von Schweinen aus Dänemark, von der Zulassung amerikanischer Rinder unter ähnlichen Bedingungen, wie sie in England bestehen, von der Errichtung von Grenzschlachthäusern, von der Einfuhr russischen frischen Schweinefleisches oder überseeischen gefrorenen Fleisches ist nicht die Rede. Gegen solche Maßregeln bestehen bei der Regierung jene schweren Bedenken fort, die sich in bezug auf das dänische, schwedische und norwegische Schweinefleisch so plätzlich in nichts verflüchtigt haben.

Doch trotz der Unbedeutendheit der von der Regierung gnädigst gewährten Zugeständnisse sind wir nicht enttäuscht. Wenn auch vielleicht etwas mehr, so haben wir doch nicht viel mehr, als sie bietet, von der Regierung erwartet. Denn es ist eine ganz falsche Auffassung, die jegliche Fleischteuerung sei die Folge abnormer Witterungs- und Ernteerhältnisse oder der heutigen industriellen Konjunktur; sie ist vielmehr nichts anderes, als das beabsichtigte künstlich herbeigeführte Resultat einer von den Agrariern geforderten und von der Regierung in deren Diensten betriebenen Agrarpolitik; eine Durchführung von Maßregeln, die wirklich die heutigen hohen Viehpreise beträchtlich ermäßigte, wäre also eine Selbstaufhebung des bisher befolgten und gewollten Zweckes, der seit etwa zwei Jahrzehnten systematisch von der Regierung betriebenen Verteuerungspolitik. Mögen auch die sogenannten Ernteerhältnisse, d. h. der Ausfall der Futtermittelern in den letzten beiden Jahren sowie die durch die industrielle Prosperität bedingte Zunahme des Fleischverbrauchs als Faktoren der heutigen Fleischteuerung mit in Betracht gezogen werden müssen; die eigentlichen Ursachen der jeglichen brüdenenden Fleischpreissteigerung sind doch die offizielle Agrarpolitik und die Absperzung der Grenzen gegen die fremde Vieheinfuhr. Beständen diese beiden den Fleischpreis steigernden Faktoren nicht, wäre durch Einfuhrverbote sowie durch hohe Vieh- und Fleischzölle nicht die Konkurrenz der Viehproduzierenden Agrarstaaten auf dem deutschen Inlandsmarkt aufs höchste beschränkt, würde ferner bei ungünstigem Ausfall der deutschen Futtermittelern nicht die Einfuhr von Mais und Futtergerste usw. durch relativ hohe Zölle eingeeignet und verteuert, dann könnte niemals eine Futtermittelern wie die dies Jahres 1904 eine nachhaltige Teuerung hervorgerufen.

Es heißt die Regierung wie die Zollwucherpartei von der schwereren Verantwortung entlasten, die sie vor dem Forum der Gerichte tragen, wenn man, wie dies von einem Teil der liberalen Presse geschieht, die jegliche Fleischnot auf besondere Umstände zurückführt. Den konservativen und den Zentrumsagariern paßt es allerdings vortrefflich in ihre Politik der Volkstänkung, wenn nicht ihr fortgesetztes systematisches Hinarbeiten auf die Preissteigerung, sondern allerlei Nebenumstände: das schlechte Wetter, die Regenlosigkeit, der industrielle Aufschwung, die „Fleischgier“ der „gefährlichen“ Arbeiter oder auch Gottes unerforschlicher Ratsschluf für die Fleischteuerung verantwortlich gemacht werden. Die hohen Viehpreise läßt man sich gern gefallen und hindert krampfhaft jede Maßregel, die zu einer Herabsetzung führen könnte; doch die jegliche Teuerung als das gewollte Ergebnis der konservativ-klerikalen Agrarpolitik gelten zu lassen, paßt den geringen Profitpolitikern evangelischer und katholischer Richtung durchaus nicht; denn die heutige Teuerung wird bis in die kleinbürgerlichen Schichten hinein als schwere Belastung des Haushalts empfunden, und diese Schichten könnten sich bei den nächsten Reichstagswahlen für die ihnen zugunsten des ländlichen

Grundabfels auferlegte Schröpfung rächen. Umsonst hat die sozialdemokratische Presse die Verpflichtung, immer wieder entschieden zu betonen: die jegliche Fleischteuerung ist nicht die Folge irgendwelcher abnormen Umstände, sondern das beabsichtigte Resultat der von der Regierung mit Unterstützung der Zollwucherpartei betriebenen Agrarpolitik.

Wie systematisch diese Preissteigerungspolitik durchgeführt worden ist, haben wir an einzelnen Beispielen bereits früher wiederholt nachgewiesen. Schon ein flüchtiger Blick auf die bisherige Grenzsperr- und Zollmaßnahmen liefert dafür den schlagenden Beweis.

Solange die preussischen Agrarier Schlachtvieh exportierten, namentlich nach England — nach dem 3. B. noch 1865 allein von den deutschen Hansestädten zufolge der englischen „Statements of Trade“ 45 455 Rinder und 110 676 Schweine sowie 90 000 Schafe verschifft wurden — hielten sie Grenzabspernungen für überflüssig und waren auch keineswegs sonderlich auf den Schutz ihres angeblich „seuchenfreien“ einheimischen Viehes bedacht. Selbst der Zollschutz erschien ihnen nicht nötig. Sie waren freihändlerische Dogmatiker. Noch am 23. Mai 1873 konnte Freiherr v. Behr (Greifswald) unter dem lauten Beifall der Rechten im Reichstage die Forderung stellen, daß in erster Linie Brot und Fleisch, dann auch das Eisen „frei“ d. h. zollfrei sein müßten. Zwar wurde 1873 auf Grund des Viehseuchengesetzes vom 7. April 1869 ein Verbot der Einfuhr von Rindern erlassen, aber dieses Verbot fand eine gewisse Berechtigung in dem damaligen starken Auftreten der Rinderpest in Rußland.

Je mehr mit der Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat der Viehexport abnahm und die Vieheinfuhr zunahm, entwickelte sich in den Hirnen der ostelbischen Großgrundbesitzer ein feines Verständnis für die Gefahren, die dem deutschen und speziell dem preussischen Vaterlande durch den Viehimport drohten. „Freies Brot und Fleisch“ dünkte jetzt den Agrariern weit weniger wichtig, als der Schutz der vaterländischen landwirtschaftlichen Interessen und so wurden durch den 1879 nach langem Schachern zwischen den Agrariern und Industriellen zustande gekommenen Zolltarif auch für Schlachtvieh, das von 1870 ab mit Ausnahme von Schweinen und Ferkeln zollfrei eingeführt werden konnte, folgende Zollsätze festgesetzt: Ochsen Stück 20 M., Stiere und Kühe 6 M., Kälber 2 M., Schweine 2 1/2 M., Schafe 1 M. Doch diese Zölle hatten nicht den angestrebten Erfolg. 1883 wurden immer noch ins deutsche Zollgebiet eingeführt: 28 092 Ochsen, 81 002 Stiere und Kühe, 41 078 Stück Jungvieh, 37 882 Kälber, 926 502 Schweine, 69 674 Schafe, während die Einfuhr sich auf: 66 872 Ochsen, 69 350 Stiere und Kühe, 54 138 Stück Jungvieh, 417 622 Schweine und 1 442 648 Schafe stellte. Auf Betreiben der Agrarier wurden deshalb 1885 nochmals die Viehzölle erhöht: der Zoll für Ochsen auf 30 M., Stiere und Kühe auf 9 M., Kälber auf 3 M., Schweine auf 6 M. Und zugleich wurde nun von der Regierung in der Grenzsperr ein brauchbares Mittel erkannt, um die Einfuhr fremden Schlachtviehes nach Deutschland zu verhindern und den ostelbischen Oedellen der Nation gute Profite zu sichern. Die gefährlichsten Konkurrenten waren Amerika und Rußland. Gegen beide richteten sich denn auch die nächsten Einfuhrverbote. 1883 wird die Einfuhr von amerikanischen Schweinen und Schweinefleisch verboten; 1885 die Einfuhr von Flegeln, Schafen und frischem Schaffleisch aus Rußland; 1889 die Einfuhr von Schweinen aus Rußland (mit Ausnahme von 70 000 Stück).

Durch die am 10. Dezember 1891 vom Reichstage genehmigten sogenannten Capriatischen Handelsverträge wurden die Viehzölle wieder etwas ermäßigt: Der Zoll für Ochsen von 30 auf 25.50 M., der Zoll für Jungvieh von 6 auf 5 M., für Schweine von 6 auf 5 M. Die Agrarier schrien und lärmten und forderten Entschädigungen für die Verletzung ihrer Interessen. Und die Regierung zeigte sich dienstfertig bereit, den Ansprüchen der adeligen Viehzüchter wenigstens teilweise zu genügen. Rußland war durch die erlassenen Einfuhrverbote bei der Vieheinfuhr ausgeschlossen worden, aber Oesterreich, Holland und Belgiens Konkurrenz machte sich um so lästiger geltend. Ihre Einfuhr in das deutsche Zollgebiet mußte also ebenfalls auf Grund des Viehseuchengesetzes inhiert werden. Tatsächlich erfolgte denn auch 1893 das Verbot der Einfuhr von Schafen und zugleich eine Beschränkung der Einfuhr von Rindern aus Oesterreich. Ferner das Verbot der Einfuhr von Rindern, Schafen, Flegeln, Schweinen aus Italien und 1894 das Verbot der Einfuhr von Rindern, Flegeln, Schafen, Schweinen aus Holland und Belgien.

So geht die Litanei weiter. 1895 kommen die österreichischen Schweine, das dänische und schwedische Rindvieh an die Reihe, im nächsten Jahre wird die Einfuhr von Schweinefleisch aus Rußland verboten, dann die Einfuhr von frischem belgischem Rindfleisch usw. usw. Doch den Agrariern genügt nicht diese schönen Maßnahmen gegen ihre Konkurrenz, sie verlangen nach höheren Preisen und setzen es bekanntlich durch, daß in dem Weihnachtszolltarif vom 25. Dezember 1902 der Zoll für Rinder, Schweine, Schafe, Flegeln auf 18 M. pro Doppelzentner Lebendgewicht festgesetzt wurde. Durch die neuen Handelsverträge sind diese Sätze für jene Länder, mit denen Deutschland Tarif- oder Weisbegünstigungsverträge abgeschlossen hat, für Rinder auf 8 M., für Schweine auf 9 M. pro Doppelzentner herabgesetzt worden. Da das Durchschnittsgewicht

des Schlachttieres für die Dänen auf 6, für Stiere und Kühe auf 5 und für Schweine auf 1 1/2 Doppelzentner stellt, ergibt sich für Dänen ein Stückzoll von 48, für Stiere und Kühe von 40, für Schweine von 13,50 M.

Der Erfolg dieser Preissteigerungspolitik zeigt sich in der heutigen Fleischsteuerung. Sie ist das Resultat dieser Maßregeln — das beabsichtigte Resultat. Mögen die konservativen wie die Zentrumsparthei heute in feiger Eitelkeit vor ihren Wählern die Fleischsteuerung auf allerlei Zufälle oder die Fügung Gottes schieben, mag die Regierung in schönen Phrasen ihr Vorgehen im Reichstage über die Belastung des Arbeitervolkes ausprechen — sie alle tragen nichtsdestoweniger die volle Verantwortung für die jetzige Fleischsteuerung. Öffentlich ziehen daraus die Arbeiter und Handwerker, die noch immer in der Gefolgschaft dieser volksbetrügerischen Parteien marschieren, bei der nächsten Reichstagswahl die Konsequenzen und beherzigen den Spruch: Nur die allergrößten Mäler wählen ihre Wegher selber. Die Regierung fühlt sich in ihrer Abhängigkeit von den Agrariern nicht dazu geneigt, ihre Lebensmittelverteuerungspolitik aufzugeben — sie muß deshalb durch das Votum der Wähler dazu gezwungen werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Dezember.

Die Fleisch-Interpellationen vor dem Reichstag.

Einen besseren Kumpfan können sich die Agrarier und Zollwucherer kaum wünschen als den „heiligen“ Paasche, diesen nationalliberalen Sprechautomaten, der heute als freiwilliger Regierungskommissar seine Verneinung vor dem neuen Landwirtschaftsminister machte. Die weil die Fleischsteuerung dem letzten Strahlenjungen bekannt ist, wagte dieser Allerweltsprofessor zwar nicht, die Fleischnot zu leugnen — er gestand anächtig zu, daß die Fleischpreise hoch stehen — aber die Klagen über Fleischnot sind nach seiner Ansicht übertrieben, und von einer Unterernährung des Volkes kann keine Rede sein! Am unverfrorensten war seine Verteidigung der Agrarier mit der abgedroschenen Phrase: „Schutz der Landwirtschaft!“ Dieser Ober-Zollwucherer, der die Viehzölle mit erhöht hat, las den Stadtverwaltungen den Text, die noch einen Ostroi auf Fleisch erheben. Den Gipfel zollwucherischer Unwahrhaftigkeit aber erstieg Herr Paasche mit der Behauptung, daß mancher Handarbeiter, der Schweine mäht, Vorteil von den Viehzöllen habe. Natürlich fand die Rede heftigen Widerspruch auf der Linken, dagegen den Beifall der Rechten.

Nach Paasche betete Graf Schwerin sein agrarisches Sprüchlein her und wiederholte die gestrigen Ausführungen des Landwirtschaftsministers, so daß es schien, als ob dieser seine Beweismittel direkt von den agrarischen Hauptlingen bezogen habe. Der Herr Graf veranlagte die Sozialdemokraten mit der Verlesung eines Flugblattes gegen die Fleischnot, das die Raubgier der Agrarier treffend schildert. Auch er eiferte gegen den städtischen Ostroi und versuchte so, die Schuld an der Fleischsteuerung von den Agrariern auf andere abzuwälzen. Daß damit die Fleischsteuerung zugegeben wird, übersehen diese nur nach Profit haschenden „Logiker“.

Eine Reihe von agrarischen Einwänden gegen die Öffnung der russischen Grenze zur Erleichterung der Einfuhr russischer Schweine wurde von dem polnischen Abgeordneten Morantyn widerlegt, der die Befürchtung der Seucheneinkämpfung als eine bewusste Uebertreibung charakterisierte. Freilich hatte die Rede Morantyn einen starken polnisch-agrarisches Anstrich, aber wenn der Fleischmangel in den polnischen Landesteilen behoben wird, dann kann das nicht ohne günstige Rückwirkung auf größere östliche Territorien des Reiches bleiben; denn die verstärkte Schweinezufuhr aus Rußland wäre eines der Mittel, die Fleischsteuerung sofort zu mildern.

Der Abgeordnete Gamp ärgerte sich darüber, daß Morantyn die durch die Lebensmittelverteuerung so sehr verschlechterte Lage der polnischen Arbeiter drastisch geschildert hatte, und Gamp war schnell mit dem Rat bei der Hand, die polnischen Arbeiter sollten nach dem Westen Deutschlands gehen, wo sie hohe Löhne erhielten! — Ueberhaupt malte der Redner die Lage der Arbeiter in den russischen Farben, führte Arbeiterlöhne von 3000 Mark im Jahre auf, erzählte etwas von zehnjährigen Lohnrückstellungen, die viele Arbeiter erhalten hätten, unterließ es aber wohlweislich, die Schädigung der Arbeiter durch die Lebensmittelverteuerung mit Zahlen zu belegen. Für ihn sind die von Scheidemann gestern angeführten Urteile vieler Fabrikinspektoren über die verschlechterte Lage der Arbeiter Luft. Nach seiner sehr verständlichen Ansicht ist die Interpellation verfrüht — die Interpellanten hätten damit wahrscheinlich warten sollen, bis die Agrarier im Golde erstickten.

Gamps leichtfertige Verteidigung einer äußerst gefährlichen volksfeindlichen Agrarierpolitik erhielt eine scharfe Abfuhr vom freisinnigen Abgeordneten Gothein, der vom neuen Landwirtschaftsminister im Verhältnis zu seinem Vorgänger sagte: „Derfelbe Faden, nur eine andere Nummer!“ Gothein wies die sich in Widersprüchen und strupelosen Behauptungen bewegende Interpellation der Agrarier aus dem vom Bund der Landwirte herausgegebenen agrarischen Jahrbuch nach und konstatierte, daß seuchenfreie Länder — wie die Niederlande — gegen die Einfuhr gänzlich gesperrt worden sind, während die Einfuhr aus Ländern, in denen Seuchen bestanden, wenn auch in beschränktem Umfange, so doch gestattet wurde, z. B. aus Oesterreich-Ungarn! Das Schwindelmanöver der absichtlich erhöhten Zufuhrkontingente russischer Schweine durch die Viehzentrale unter deren Direktor King stellte Abgeordneter Gothein unter starkem Beifall der Linken als eine Fälschung der Marktlage hin, vorgenommen zu dem Zwecke, eine Erhöhung des Zufuhrkontingents russischer Schweine zu verhindern und die Preise auf diese Weise künstlich hoch zu halten. Wie aufgepeitscht schrie der Abg. v. Oldenburg kränzend dem Abg. Gothein seinen Widerspruch entgegen, konnte aber damit nicht verhindern, daß Gothein weitere ähnliche agrarische Schwindelmanöver geistelte. Mit Bezug auf die gestern vom Landwirtschaftsminister vorgetragenen frisierten statistischen Nachweise nannte er diese Art Statistik eine feile Dirne, die für den Dienst der agrarischen Politik gedungen ist. Unbarmerzig zerkaute er die statistischen Nachweise und erteilte dem Abg. Gerstenberger, dessen gestrige verunglückte agrarische Verteidigungsrede von Nichtswisserei strotzte, eine volkswirtschaftliche Lektion, die aber wohl auf unfruchtbaren Boden gefallen sein wird. Zum Schluß appellierte Gothein unter starkem Applaus der Linken und unter dem Geschrei der Rechten an das deutsche Volk: bei künftigen Wahlen mit der Zollwuchermehrheit des Reichstages aufzuräumen.

Graf Posadowski bemühte die Angriffe Gotheins auf das statistische Material der Regierung und auf die Unzuverlässigkeit von Ministern abzuwehren. Die dabei aufgewandte Entrüstung des Staatssekretärs errang ihm wohl Beifall auf der Rechten, erschütterte jedoch die Angaben Gotheins für dessen Behauptungen nicht.

Nachdem die Verlesung der Beratung nach dieser Rede beschlossen war, formulierte der Präsident die Tagesordnung derart, daß die Fortsetzung der Verhandlung über die Interpellation an die zweite Stelle, der erste Nachtragsetat für die afrikanischen Kolonien an die erste Stelle zu stehen kam. Dagegen erhob Singer Widerspruch und betonte, daß bis jetzt noch kein Redner der sozialdemokratischen Fraktion das Wort zur Zurückweisung der vielen Angriffe erhalten habe. Allein — die Zollwuchermehrheit nahm die Tagesordnung des Präsidenten an und entzog sich damit einstweilen einer weiteren unliebsamen Kritik ihrer Lebensmittelverteuerungspolitik.

Ein agrarisches Kolonialdorado.

Zur Fortführung der im vorigen Jahr bewilligten südwestafrikanischen Bahn Lüderichbucht—Kubus bis Keelmannshoop fordert die Regierung in einem Nachtragsetat als erste Rate 8,9 Millionen Mark. Gestern begann die Budgetkommission die Beratung dieser Forderung. Die Regierung hatte sich einen Herrn Professor Hahn und einen südwestafrikanischen Farmer, Herrn Schlettwein, verschrieben, die in der Kommission als Sachverständige fungieren müssen. Herr Hahn bezeichnete besonders den mittleren Teil der Kolonie als zukunftsreich, weil der Boden und das Klima für die Landwirtschaft sehr günstig seien. Neben Großvieh könnten Merinos und Fettschafzucht, sowie Angoraziegen gezüchtet werden; der Anbau von Obst und Wein lohne gleichfalls, auch zur Errichtung von Sanatorien für Lungenerkrankte eigne sich jener Teil der Kolonie. Das Ramaland (ungefähr mitten in der Kolonie) sei nur deshalb wenig entwickelt, weil es von der Küste aus infolge eines gewaltigen Sandgürtels nicht zugänglich sei. Die projektierte Bahn — und natürlich noch einige dazu — werden aber das Land erschließen; denn nur mit umfangreichen Bahnen sei eine koloniale Entwicklung möglich. Im Hereroland werde die Viehzucht eine große Rolle erlangen, weil das Kapland, wo eine wirkliche Fleischnot existiere, einen vorzüglichen Markt bilde. Was Herr Hahn über das Vorhandensein von Mineralien sagte, war mehr Wunsch, als tatsächliche Angaben. „Es ist möglich“ und „wahrscheinlich“, daß Kupfer und Kohle gefunden werden, aber von systematischen Forschungen hielt der Herr Professor nicht viel; die Auffindung müsse dem Zufall überlassen bleiben. Eingehend verbreitete sich Herr Hahn sodann über die Eingeborenenfrage. Den Eingeborenen christliche Lehren beibringen zu wollen, „das ist nichts, das verstehen sie einfach nicht“. Die Eingeborenen müssen zur Arbeit erzogen werden, damit diene man auch ihnen. Sie aber lehren, einen Psalm zu singen oder ein Gebet herzusagen, sei verfehlt, das könne man auch einem Papagei beibringen. Vorbildlich müsse bleiben, wie England in der Napoleonischen die Eingeborenen behandelte; „streng aber gerecht“, allerdings auch unter Anwendung von Zwangsmitteln zur Erziehung für die Arbeit. Der Weiße müsse auf alle Fälle der Herr sein; denn die Regier seien Kinder. An manchen Stellen in Südafrika schreibe man ihnen sogar vor, daß sie abends um 9 Uhr zu Hause sein müßten und verbiete ihnen jedes Alkoholgenuss. Sobald England mit einem Stamm oder Völkern mehrmals kriegerische Konflikte gehabt habe, werde alles Land konfisziert, die Eingeborenen in Reservaten untergebracht, die jedoch so klein bemessen sind, daß nun auch die Männer fleißig arbeiten müßten, statt wie früher nur ihre Frauen alle Arbeit verrichten lassen. Von einem großen, in der englischen Kolonie lebenden Stamm erzählte Herr Hahn auch, daß die Regierung sich schon oft geärgert habe, weil der schlaue Häuptling Flug jeden Krieg vermeide, um der Landkonfiskation zu entgehen.

Herr Farmer Schlettwein trat ebenfalls für den Bahnbau ein und schilderte die Aussichten der Landwirtschaft. Im Durchschnitt müßten für ein Acker 10 Hektar Weide gerechnet werden; im Süden vielleicht 20, im Norden nur 5 Hektar. Die Landwirtschaft, speziell die Viehzucht, sei außerordentlich lohnend. Eine 6000 Hektar große Farm, die mit 100 Großviehen angefangen werde und mit einem Anlagekapital von etwa 68 000 M., bringe schon im 7. Jahr einen Betriebsüberschuss von mindestens 2400 bis 2500 M., und einen Inventarzuwinn von 40 000 M. Dabei sei auf einen Viehverlust von jährlich 10 Proz. durch Seuchen gerechnet, sowie auf eine Vermehrung von 75 Proz. Im allgemeinen dürfe darauf gerechnet werden, daß ein Farmer in 9 Jahren sein Vermögen verdoppele, bei sehr guter Verzinsung. Ein fleißiger Kleinrentner habe in 10 Jahren so viel verdient, daß er zum Großbetrieb übergehen könne. Er selbst habe vor 5 Jahren mit 38 000 Mark angefangen; jetzt sei sein Besitz sicher über 140 000 M. wert. Die Landwirtschaft in Südafrika rentiere viel besser, als in Deutschland. Das werde auch noch zutreffen, wenn einmal das Pfund Fleisch nur noch 40—50 Pf. kosten werde, statt wie derzeit 1,50 M.

Den Kolonialpatrioten lief bei dieser Schilderung ordentlich das Wasser im Runde zusammen, sie überschütteten die beiden Herren förmlich mit Dankesworten.

Herr Dernburg hatte aber noch einen Haupttreffer in der Tasche. Unweit des sogenannten Caprivizipfels seien Diamanten gefunden worden. Er habe sofort das Land sperren und für den Fiskus reservieren lassen. Und als geriebener Finanzier mußte er die Situation aus und rechnete schnell der Kommission vor, was da möglicherweise für das Reich herausspringen könne, denn in — Transvaal werden allmonatlich 100 000 Karat Diamanten gefunden, wobei der Regierung viele Millionen zufließen. Wohl gemerkt — in Transvaal, aber noch lange nicht in Südafrika. Immerhin kann man der Kommission tüchtig einheizen mit den Millionen, die in der Kapkolonie verdient werden. Mit einigen kräftigen Pinselstrichen malte Herr Dernburg das koloniale Schlaraffia noch weiter aus. Der Mann weiß seine Leute zu nehmen und Herr von Lindequist sekundierte ihm getreulich.

Recht niedlich war eine Bemerkung des Herrn Hahn über die Auswanderung von Büren aus Südafrika, die man dort hingeholt hatte. Ganz trocken sagte er: „Ja die Büren sind an die englische Freiheit in Südafrika gewöhnt, nicht aber an das deutsche Regiment.“ Ob unsere Kolonialbürokraten diesen unansehnlichen Verstoß verspürt haben werden? Herr Spahn will für seinen Teil die Bahn bewilligen; seine Freunde müßten die Forderung aber erst noch „prüfen“. Sie werden aber auch bewilligen, die Freunde des Herrn Spahn — noch weit mehr als diese Bahn! — Donnerstag Fortsetzung der Beratung.

Deutsches Reich.

Der Freisinn als Regierungsschutztruppe.

Das Duell Roeren-Dernburg hat wenigstens einen Erfolg gehabt: den wahrhaft grotesken Versuch des Freisinn, sich

durch ein wahres Bestreben um die Gunst der Regierung als regierungsfähig zu erweisen. So läßt die „Frankf. Ztg.“ in ihrer Mittwochnummer an Freisinn und süddeutsche Volkspartei den flammenden Appell ergehen, doch ja am Donnerstag im Reichstage vollzählig anwesend zu sein, um dort der Regierung durch koloniale Handlangerdienste aus der Tasche zu helfen. Das „demokratische“ Blatt des Herrn Pöb Sonnemann behauptet nämlich, das Zentrum werde nach wie vor für die Herabsetzung der Schutztruppe in Südwestafrika vom 1. April 1907 ab auf 2500 Mann eintreten. Diese vaterlandslose Zentrumsaktion müsse dadurch durchkreuzt werden, daß die ganze bürgerliche Linke lückenlos für den famosen Freisinnsantrag eintrete, nur die „Vorberingung“ einer möglichen Herabsetzung der Südwestafrika-Truppe zu fordern! Eine Forderung, deren Erfüllung Fürst Bülow morgen huldvollst zusichern wird!

Die bürgerliche Linke will sich also dem rabiaten Zentrum gegenüber als Schutztruppe der Regierung und Hort des kolonialen Wahnsinns aufspielen!

Ob das Zentrum freilich dem biedereren Freisinn Gelegenheit zu solch hurrapatriotischer Tat geben wird? Heute morgen renommierter die „Germania“ noch damit, daß es für sie mit den 2500 Mann sein Bewenden haben müsse; heute abend dagegen erklärt sie, daß das Ergebnis der Kommissionsverhandlungen allem Anschein nach nur darauf zurückzuführen sei, daß über den Zentrumsantrag zuletzt abgestimmt worden sei, was nichts anderes bedeuten kann, als daß das Zentrum nach Ablehnung seines Antrages auch für den Freisinnsantrag gestimmt haben würde! Nun, im Plenum werde es schon noch zu einer „Verständigung“ kommen!

Das ist nichts anderes als die Ankündigung des Zentrumsfalls!

Armer Freisinn! Noch immer ist ihm das berauschende Glück der Regierungsfähigkeit nicht beschieden! Die Hoffnung, die den guten Eugen so oft betrogen, narrt auch die Herren Paasche, Müller-Sagan, Eichhoff, Sonnemann und Konforten!

Der neue Etat für Südwestafrika.

Im Reichshaushaltsetat für 1907 wird die Gesamtausgabe für Südwestafrika auf 77 471 900 M. veranschlagt. Davon werden nur 3 616 450 M. aus eigener Einnahme der Kolonie gedeckt; der Reichszuschuß beträgt also 73 855 450 M.

Der Betrieb der Eisenbahn Swakopmund—Windhof erfordert eine Ausgabe von 2 010 000 M. gegenüber einer Einnahme von 1 190 000 M., mithin bleibt ein Fehlbetrag von 820 000 M. Die Hafenanlagen von Swakopmund und Lüderichbucht, deren Einnahmen auf 508 850 M. geschätzt werden, erfordern Aufwendungen in Höhe von 330 000 M.

Von den einmaligen Ausgaben entfallen 2 208 000 M. (+ 828 000 M.) auf wirtschaftliche Zwecke usw. Die Ausgaben aus Anlaß des Aufstandes betragen 65 629 000 M. (— 16 039 500 M.). Und zwar entfallen auf die Verstärkung der Schutztruppe 60 000 000 M. (— 17 000 000 M.).

Man sieht, daß auch der Etat für das Jahr 1907 mit der Verlesung einer Schutztruppe von 7000—8000 Mann in Südwestafrika rechnet! Das Zentrum wird also auch bei der Beratung dieses Etats Gelegenheit haben, enorme Abstriche zu machen. Wenn es nicht bereits vorher untergefallen ist!

Da in Gestalt des Nachtragsetats bereits 20 Millionen gefordert sind und der Bahnbau Kubus—Keelmannshoop 21 Millionen kosten soll, hätten wir es bereits mit 123 Millionen neuer Forderungen für West-West zu tun. Durch die unausschließlichen weiteren Nachtragsetats würde diese Summe binnen Jahresfrist aber noch ganz gewaltig anschwellen.

Der neue Marinetat

weist an Einnahmen im ordentlichen Etat 581 424 M. (— 8203 M.), im außerordentlichen Etat 600 000 M. nach.

In Ausgaben sind beim ordentlichen Etat 221,1 Mill. Mark, beim außerordentlichen Etat — ausschließlich der Schlußrate für den Vattericeerjagbau 56,9 Mill. Mark, zusammen 278,0 Mill. Mark angelegt.

Gegenüber dem Vorjahr ergeben obige Ziffern eine Steigerung der Ausgabe im ordentlichen Etat um 19,6 Mill. Mark, im außerordentlichen Etat um 6,6 Mill. Mark. Von den Ausgaben des ordentlichen Etats belaufen sich die fortwährenden auf 120,7 Millionen, die einmaligen auf 100,3 Millionen.

Die Steigerung der fortwährenden Ausgaben gegen das Vorjahr beträgt im ganzen 7,9 Millionen. Sie tritt besonders hervor bei den Kapiteln Militärpersonal (Geldverwaltung der Marine) 2 012 588 M., Indienststellungen + 2 566 700 M., Instandhaltung der Flotte und der Werften + 1 515 756 M.

Unter den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats beanspruchen die Schiffsbauten 85 880 000 M. (+ 12 405 000 M.), von welcher Summe gemäß den seit Annahme des Flottengesetzes beobachteten Finanzierungsgrundsätzen ein Betrag von 86 080 000 M. aus der Anleihe gedeckt wird; ferner die artilleristischen Armierungen 37 500 000 M. (+ 7 005 000 M.), die Torpedoarmerungen 4 750 000 M. (+ 140 000 M.), die Minenarmierungen 340 000 M. (— 280 000 M.)

In Schiffsbauten sieht der Etat mit ersten Raten vor:

2 Linienschiffe („Ersatz Württemberg“ und „Ersatz Baden“) — Flottengesetz 1900 —, 1 großer Kreuzer (F) — Flottengesetznovelle 1906 —, 2 kleine Kreuzer („Ersatz Greif“ und „Ersatz Jagd“) — Flottengesetz 1900 — und 1 Torpedobootsflottille (2 Torpedobootsdivisionen).

Für den Bau von Unterseebooten und für Versuche mit ihnen fordert der Etat 3 Millionen Mark (+ 0,5 Millionen).

42 Millionen mehr für den Landmilitarismus!

Der Etat für das preussische Militärkontingent und die angeschlossenen Kontingente anderer Bundesstaaten weist an ordentlichen Einnahmen für Rechnung der Bundesstaaten mit Ausnahme von Bayern 8 296 429 M. (+ 805 428 M.), für Rechnung aller Bundesstaaten 445 384 M. (+ 32 900 M.) nach; an außerordentlichen Einnahmen 1 251 578 M. (— 683 942 M.).

Die fortwährenden Ausgaben belaufen sich auf 497 827 681 M. (+ 14 232 902 M.), die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats auf 83 548 836 M. (+ 17 434 030 M.), die Ausgaben des außerordentlichen Etats auf 41 144 400 M. (+ 20 319 900 M.).

Auch die Ausgaben für den Allgemeinen Pensionsfonds und den Reichsinvalidenfonds sind gewachsen. Die Ausgabe des Allgemeinen Pensionsfonds beläuft sich auf 93 293 562 M. (+ 4 753 810 M.). Davon entfallen auf die Verwaltung des Reichsberges 82 760 385 M. (+ 3 600 944 M.), das Reichsmilitärgericht 28 958 M. (+ 18 485 M.), die Marine 7 250 354 M. (+ 703 030 M.), die Zivilverwaltung 2 632 170 M. (+ 32 750 M.).

Die Ausgaben des Reichsinvalidenfonds betragen 36 663 792 M. (+ 804 M.), davon für die Verwaltung 72 600 M.

(— 1870 M.), für Invalidenpensionen 38 590 292 M. (+ 2674 M.). Die Ausgaben werden gedeckt durch eine Zinseneinnahme von 4 293 000 M. (— 1 200 000 M.) und einen Kapitalzuschuß von 32 069 792 M. (+ 1 361 044 M.).

Beim Etat der Pfälzischen Expedition erscheint als Einnahme im ordentlichen Etat die sechste Rindrate der Entschädigung von 10 794 614 M. (— 52 749 M.), im außerordentlichen Etat insgesamt 956 112 M. Die Gesamtausgabe beträgt 6 534 909 M. (— 1 942 591 M.), davon bei der Verwaltung des Reichsheeres 4 764 409 M. (— 2 235 591 M.).

Sier Milliarden Reichsschuld!

Beim Etat der Reichsschuld belaufen sich bei einer Einnahme von 335 450 M. (323 750 M. davon als Beitrag der Verwaltung der Reichseisenbahnen) die fortdauernden Ausgaben auf 136 594 500 M. (+ 9 039 000 M.); davon entfallen 802 500 M. auf die Verwaltung, 135 792 000 M. (+ 8 952 000 M.) auf die Verzinsung. Als einmalige Ausgabe werden 852 000 M. als Kosten der Herstellung neuer Reichskassenscheine zu 10 und 5 M. eingestellt. Die gesamte Reichsschuld betrug am 1. Oktober 1906

an 3 1/2-prozentigen Schuldverschreibungen	1 800 000 000 M.
an 5-prozentigen Schuldverschreibungen	1 783 500 000 „
an 3 1/2-prozentigen Schatzanweisungen	160 000 000 „
zusammen	3 803 500 000 M.

Da der Reichshaushaltetat für 1907 neue Anleihen in Höhe von 264 752 389 Mark

vorsteht, wäre in diesem Jahre die Schuldenlast von 4 Milliarden bereits beträchtlich überschritten!

Eine saubere Wirtschaft! —

Her mit der Wehrsteuer!

Das Bündlerorgan berechnet auf Grund des Reichsetats für das Jahr 1907, daß die Finanzlage des Reiches trotz der „Finanzreform“ noch „recht bedenklich“ sei. Das Landheer beanspruche gegenüber dem Vorjahre 65 Millionen mehr, die Marine 28 Millionen. Es sei deshalb notwendig, auch im Jahre 1907 wiederum 205 Millionen durch Anleihen zu decken.

Um diesem Uebelstand abzuhelfen empfiehlt das Organ der Brot- und Fleischwucherer neue Steuern, unter anderem auch die Wehrsteuer. Eine Erweiterung der Erbschaftsteuer lehnt das Blatt Knuten-Derteils dagegen mit Entrüstung ab!

So ist's recht! Immer neue Steuern für die Befehlsten! —

Wibel- und Rechts-Unkenntnis der „Kreuz-Zeitung“.

Am 3. d. M. äußerte der Abgeordnete Erzberger in der Kolonialdebatte, Wibel sei in der Wibel wenig befragt, „sonst würde er wissen, daß Myrthen nur ein toter Reiznam bekommt.“ Wir neigten darauf am 5. Dezember durch Zitierung eines Haufens von Wibelstellen die Wibel-unkenntnis des Zentrumsabgeordneten Erzberger, der konservativen und eines Teils seiner politischen Freunde an, die, ohne es zu wissen, ihrer selbst spotteten, als sie diese wunderliche Entdeckung des jungen Abgeordneten, der als Lehrer der Wibelkunde so tüchtig Schiffbruch litt, mit Weisheit begleiteten. Die Wibel-unkenntnis der katholischen Herren wird noch durch die der „Kreuz-Zeitung“ übertroffen. Sie hat offensichtlich unserer Belehrung noch nicht Glauben schenken zu dürfen geglaubt, scheint auch eine Wibel zum Nachsprühen unserer Platte nicht zu besitzen. Gestern endlich — also reichlich eine Woche nach der Debatte — offenbart sie ihren Lesern, daß nach Matth. 2, 11 die Weisen aus dem Morgenland dem eben geborenen Jesuskindlein „Gold, Weihrauch und Myrthen schenken“. Belehrt ist die „Kreuz-Zeitung“ durch die „Deutsch-evangelische Korrespondenz“. Diese behauptet an der von der „Kreuz-Zeitung“ wiedergegebenen Stelle: „Wibel habe keine Wibel-unkenntnis schlagend dadurch bewiesen, daß er das Sprichwort: „Die kleinen Diebe hängen man, die großen läßt man laufen“ — als ein Wort der Wibel bezeichnet.“ Die „Deutsch-evangelische Korrespondenz“ irrt, oder um die Ausdrucksweise der „Kreuz-Zeitung“ zu gebrauchen: stummt und ihr nach die vorkommende „Kreuz-Zeitung“. Wibel hat in der betreffenden Sitzung das Wort „keine Diebe hängen man, die großen läßt man laufen“ nicht als Wibelstelle, sondern als Wort Luthers bezeichnet. (S. 4066 sten. Ver.) Und da hat er recht. Derselbe Gedanke ist durch eine Fülle ähnlicher Sprichwörter ausgedrückt. Diese kennzeichnen treffend die Zustände, deren Fortbestehen der Kampf der „Kreuz-Zeitung“ gilt. So heißt es: „Keinen Dieb hängen man in's Feld, die großen in's Feld“, „Keine Diebe hängen man an Galgen, die großen an goldene Ketten“, „Keine Diebe hängen man auf, große haben freien Lauf“, „Keine Diebe liegen im Stod gefangen, die großen gehen in Gold und Seiden prangen. Ein Rechtspruchwort kennzeichnet die Klassenjustiz also:

Ein kleiner Dieb an Galgen muß.

Son großen nimmt man Feinbüß (Ruhe in Feinbüßen). Hoffentlich wird die ehrbare „Kreuz-Zeitung“ mitsamt der „Deutsch-evangelischen Korrespondenz“ fortan etwas eifriger die Wibel lesen und richtiger wie bislang zitieren.

Das Zentrum als Erzähler.

Der französische Geistliche Jean Brondal hat einen Roman in Arbeit, dessen erster Band soeben erschienen ist. Er führt den Titel „Les derniers jours de nos églises“, zu deutsch: „Die letzten Tage unserer Kirchen“. Der Roman behandelt die Erlebnisse eines katholischen Priesters in Frankreich während der jüngsten Ereignisse der Separation. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ macht über den Verfasser und sein Buch folgende Mitteilungen:

„Für die französische Literatur ist nun freilich die Geschichte eines abfallenden Priesters nichts Neues. Was und aber an dem vorliegenden Buche reizt, sind die trefflichen Einblicke in das Leben der französischen Geistlichkeit, die wohl niemand treffender schildern konnte als Jean Brondal: er hat ja selbst bis vor kurzem noch die Soutane getragen, war Abbe in der Gegend von Nizza, bis auch er seinem Verus entsagte. Er war als überzeugter Priester nach Deutschland gekommen, um dort den politischen Ultramontanismus zu studieren. In der neuen französischen Kirche nach der Trennung stand ihm ein ehrenvoller Posten offen, vielleicht sollte er der Generalvikar der Kirche werden, der nach deutschem Muster eine ähnliche politische Machterhaltung organisieren sollte. In Deutschland öffnet sich dem französischen Geistlichen als Vertreter einer großen ultramontanen Zeitung die katholischen Kreise. Er hat dort Gelegenheit, die Gründe des politischen Fortschrittes der Ultramontanen zu studieren, daneben aber nehmen auch die modernen Studien der Volkswirtschaft, der Theologie, der Naturwissenschaften seine Aufmerksamkeit gefangen. Der erhoffte Erfolg seiner deutschen Studienfahrt schießt ins Gegenteil um, was er in Deutschland gesehen, zwingt ihn, aus der Kirche auszukreten, und er veröffentlicht den ersten Band seines Romanes, in dessen Schilderungen manche selbstverduldete Qual mit hineingeflossen sein mag.“

Wie das Blatt weiter mitteilt, hat die ultramontane Presse Frankreichs den ersten Band von Brondals Roman mit eifrigem Schweigen aufgenommen; es ist das Schweigen der Verlegenheit über den Vereinfall mit dem französischen Geistlichen, der auch an der politischen Reaktion des französischen Katholizismus so wesentlich mitarbeiten sollte. Unseren Zentrumsleuten wird es nicht gerade lieb sein, zu hören, daß insbesondere der deutsche Ultramontanismus den französischen Priester veranlaßt hat, der Kirche den Rücken zu drehen und der radikalen Reaktion so bittere Wahrheiten zu sagen. —

Herr Koeren auf der Hintertreppe.

Der strenge Sitteneiferer Koeren betreibt die Hintertreppenspolitik nicht erst in allerletzter Zeit. Schon früher hat er sich in dieser Kunst verübt, und da ein anderer Zentrumspolitiker mit ihm darin konkurrierte, so kam es zwischen beiden Fraktionsgenossen zu einem amüsanten Strich.

Im Mai 1900 fand in Triest ein Beleidigungsprozeß statt. Kläger war Herr Kaplan Dasbach, Wollgatter war der Redakteur eines Triester Lokalblattens, der dem Herrn Dasbach allerhand nicht gerade ehrenvolle Dinge nachgesagt hatte. In diesem Prozeß, der dem hochwürdigen Herrn durchaus keine Lorbeeren brachte, sagte Subregens Prof. Dr. Müller als Zeuge aus, daß er einmal mit dem Oberlandesgerichtsrat Koeren eine Unterredung über Herr Kaplan Dasbach gehabt habe, bei welcher Gelegenheit Herr Koeren über seinen Fraktionskollegen äußerte:

„Sehen Sie, wie der Kamerad es macht. Vor einiger Zeit habe ich eine wichtige Sache erhalten, die ich betreiben sollte. Da läuft Herr Dasbach zu dem Minister und als ich dort hin kam, war die Sache bereits abgelehnt. Darauf ging ich zu Dasbach und sagte ihm: Höre, Dasbach, wenn Dich nicht Dein geistliches Kleid schützte, würde ich Dich rechts und links um die Ohren hauen.“

Man sieht also, Herr Koeren wußte auch früher schon den Weg in die Ministerien zu finden, um „wichtige Sachen“ zu „betreiben“. Und Herr Dasbach verstand es auch, in diesem Falle sogar noch besser als der Herr Oberlandesgerichtsrat.

Von der Nürnberger Augustrevolution. Eine Anzahl Personen, die bei der großen Polizeischlacht am 24. August das Schlachtfeld positierten und dabei von der wütend gewordenen Polizei ohne Falch geschlagen, gestochen oder angeschossen wurden, haben dem Staatsanwalt 41 Schulleute nanzhaft gemacht, mit der Aufforderung, gegen diese wegen Körperverletzung Anklage zu erheben. Der Staatsanwalt hat jetzt mitgeteilt, daß er das Verfahren eingestellt habe, da nicht nachgewiesen sei, daß die bezeichneten Schulleute an den Verletzungen der Antragsteller beteiligt sind, und auch andere Personen, die der Mißhandlung der Antragsteller schuldig sein könnten, nicht ermittelt worden seien. —

Am 22. August kehrte eine Anzahl fährlicher Bauarbeiter von der Beeridigung des erschossenen Streikführers Fleischmann aus Nürnberg zurück; auf der Straße in Nürnberg trafen sie mit einem Streikbrecher zusammen, der am Tage zuvor einen Streikenden ohne Veranlassung in die Seite gestochen hatte und auch jetzt sich sehr herausfordernd benahm. Es entstand ein Wortwechsel und ein kleiner Aufruhr und der Streikbrecher erhielt eine Tracht Prügel. Diese Schlägerei wurde zum „Landfriedensbruch“ gestempelt, und die Bauarbeiter Paul Greiner und Johann Kistlinger wurden als „Mißliebige“ verhaftet. Erst am vergangenen Freitag wurden sie aus der Untersuchungshaft entlassen, in der sie nahezu 18 Wochen zugebracht haben. So lange hat man gebraucht, um herauszubringen, daß sie nichts begangen haben, um diese lange Untersuchungsfrist zu rechtfertigen. Der Streikbrecher dagegen, der ein Menschenleben auf dem Gewissen hat, wurde sofort aus der Haft entlassen, sodas er Gelegenheit fand, sich „unauffindbar“ zu machen.

Husland.

Oesterreich.

Die Herrenhand-Kommission zur Beratung der Wahlreformvorlage beschloß am Dienstag mit allen gegen vier Stimmen die Einführung des Pluralwahlrechts!!

Den „Herren“ scheint das Hell zu jucken; denn daß Oesterreichs Wähler sich diese Maßnahme nicht wehrlos gefallen lassen werden, darüber kann doch nicht der geringste Zweifel obwalten. —

Ungarn.

Ehren-Polony, Ungarns nobler Justizminister, stellte am Dienstag einer Deputation des Landesverbandes der landwirtschaftlichen Vereine, die in ihrer jüngsten Versammlung die Unterdrückung der sozialistischen Presse und der Organisationsforderungen, die Schaffung geistlicher Verfügungen gegen die sozialistische Agitation in Aussicht. —

Frankreich.

Der Konflikt.

Konfignoro Montagnini ist Dienstagabend von Paris „abgereist“, bis zur italienischen Grenze von einem besonderen Kommissar begleitet.

Im Vatikan herrscht natürlich große Aufregung über die Ausweisung Montagninis aus Frankreich. Der Papst erklärte in einer Unterredung, daß die Instruktionen, die er dem französischen Klerus erteilt habe, „unumgänglich notwendig gewesen“ wären, und „daß nichts ihn zurückhalten werde, seine Pflicht zu tun“. — In vatikanischen Kreisen verlautet, der Herzog von Orleans werde dem Papst einen Besuch abstatten, um ihm Aufklärung über die Situation in Frankreich zu geben. —

Nach einer „Secolo“-Meldung aus Rom vom 12. Dezember haben die Führer der Radikalen und der Sozialisten ein Manifest veröffentlicht, in dem sie die italienische Bevölkerung ersuchen, zu Ehren Frankreichs ihre Häuser zu beslagern. Die Zeitungen erklären, daß das energische Vorgehen der französischen Regierung angesichts der Haltung des Vatikans unvermeidlich war. —

Die Bahnverstaatlichung.

Paris, 8. Dezember. (Fig. Ver.)

Die Kammer hat gestern nach einer durch eine hartnäckige Obstruktion in die Länge gezogenen Verhandlung die Verstaatlichung der Westbahn beschlossen und so die Durchführung der im Regierungsprogramm angekündigten Verstaatlichung des Eisenbahnnetzes begonnen. Die Majorität betrug 170 Stimmen, was wohl den Senat bewegen wird, die Vorlage anzunehmen und keinen Konflikt mit der Deputiertenkammer zu riskieren.

Die Verstaatlichung der Westbahn war längst auch von Leuten gefordert worden, die gegen jeden Verdacht des Staatssozialismus geschätzt sind. Die Linie war elend verwaltet, geradezu ein Hindernis der wirtschaftlichen Entwicklung in den von ihr durchzogenen Gegenden, und sie kostete überdies dem Staate bedeutende Garantiesummen. Als aber die Regierung an die Verstaatlichung schritt, begann in der Presse und in der Kammer eine heftige Agitation, die vor groben Lügen nicht zurückschreckte. Schließlich verließen die parlamentarischen Agenten der Gesellschaft, die Entscheidung wenigstens über Neujahr hinaus zu ziehen, während die Direktion ein günstiges Budget zu präparieren bemüht war, das als neue Grundlage für die Ablösung dienen sollte. Die Kammermajorität blieb indes fest. In der Debatte entwarf der Minister der öffentlichen Arbeiten, Warthou, sein Eisenbahnprogramm, das — mit der Regierungsdeklaration übereinstimmend — die Fortsetzung der Verstaatlichungssaktion ankündigte. Er fand den Beifall der ganzen Linken — die Sozialisten einbegriffen.

Die reaktionäre Presse ist über den Ausgang der gestrigen Verhandlung sehr verstimmt. Der „Temps“ prophezeit schon die „Tyrannei“ der Eisenbahngewerkschaft. Seine letzte Hoffnung setzt er auf den Senat, der dem Verstaatlichungsgesetz Widerstand leisten soll. —

England.

Englisch-amerikanische Beziehungen.

London, 8. Dezember. (Fig. Ver.) In den letzten Monaten sind die diplomatischen Beziehungen zwischen London und Washington nicht so freundlich gewesen wie früher. Irgend welche

Konflikte sind zwar zwischen England und den Vereinigten Staaten undenkbar, wohl aber Verstimmungen und Entfremdungen. Die Ursache der neuen Lage ist natürlich eine sachliche, wenn auch persönliche Faktoren dabei eine Rolle spielen mögen.

Die wichtigste Frage der äußeren Politik der Vereinigten Staaten ist gegenwärtig das Verhältnis zu Japan. Beide Länder sind bemüht, den Stillen Ozean zu beherrschen und den größten wirtschaftlichen Nutzen aus der Erschließung und Reorganisation Chinas zu ziehen. In den letzten 50 Jahren (seit 1854) waren die japanisch-amerikanischen Beziehungen recht freundlich, und noch während des japanisch-russischen Krieges ließen diese Beziehungen nichts zu wünschen übrig. Rußland in Ostasien erschien den Amerikanern gefährlicher als Japan. Aber die ungewöhnliche Energie, die Japan zu Lande und zu Wasser entfaltet hat, machte einen tiefen Eindruck in Amerika, und im Frühjahr 1905 ließen sich schon in amerikanischen Zeitungen Stimmen vernehmen, die gegen Japan gerichtet waren. Roosevelts Friedensvermittlung hatte ja auch nur den Zweck, den Friedensabluß so zu gestalten, daß Japan nicht imstande sein soll, seine Seemacht auszubauen. —

Daß sich die Japaner dieser neuen Wendung der Dinge in Amerika bewußt waren, zeigt die Eile und die Bereitwilligkeit, mit der sie den Vertrag mit England erneuerten, um Zeit zu gewinnen, die Kriegsschäden weit zu machen, heimatische Schiffswerften anzulegen und die Flotte zu stärken. Die Vertragsrenewierung mit England fällt in die Zeit der japanisch-russischen Friedensverhandlungen in Portsmouth (August 1905). Sowohl in Tokio wie in Washington gewahrte man, daß die alte japanisch-amerikanische Freundschaft eine Abschwächung erfahren hat.

Der Konflikt zwischen den beiden Großmächten des Stillen Ozeans machte sich im Laufe des Jahres 1906 zweimal bemerkbar: 1. die Erschießung japanischer Fischer durch Amerikaner beim Robbenfang in den nördlichen Gewässern des Stillen Ozeans; 2. die Ausschließung japanischer Kinder aus den Schulen Kaliforniens. — In seiner jüngsten Botschaft hat Roosevelt Gelegenheit genommen, Japan durch Schmeicheleorien zu beruhigen und die amerikanischen Bürger zu warnen, sich keinen Gefahren auszusetzen und sich als zivilisierte Menschen zu betragen. Dieser ganze Abschnitt der Rooseveltschen Botschaft beweist, wie ernst sich die amerikanische Diplomatie mit dem japanischen Problem beschäftigt.

Nun besteht aber das englisch-japanische Schutz- und Trutzbündnis, das die Amerikaner zwingt, Japan rücksichtslos zu behandeln. Ohne dieses Bündnis würden die Amerikaner nunmehr ganz andere Töne gegenüber den „Mongolen“ anschlagen. Die Freundschaft gegen Japan verstimmte auch die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu England. Die Amerikaner verlangen, England solle den Japanern zu verstehen geben, daß diese in einem Konflikt mit Amerika nicht auf englische Hilfe rechnen könnten. In England ist nun aber die Ansicht vorherrschend, daß die Amerikaner ganz gut mit Japan in Freundschaft leben könnten, wenn sie es nach denjenigen Grundsätzen behandelten, die Roosevelt in seiner Botschaft niedergelegt hat. —

Der englische Botschafterposten in Washington ist valant, und es scheinen in London Schwierigkeiten zu bestehen, den richtigen Mann für diesen Posten zu finden. —

Rumänien.

Der Militarismus fordert auch im armen, unentwickelten, kulturbedürftigen Rumänien riesige Opfer. Von dem budgetarischen Ueberschuß dieses Jahres werden dem Kriegsministerium 7 200 000 M. zur Verfügung gestellt; ferner ist der ordentliche Militäretat um 3 200 000 M. erhöht worden, so daß das Ländchen dem Moloch in diesem Jahre 44 Millionen Mark in den Rücken zu werfen hat!

Die Sozialdemokratie Rumäniens entfaltet nach besten Kräften eine Tätigkeit, um die Gewissenlosigkeit der Regierung zu brandmarken. Das Zentralorgan der Partei gab eine Extranummer heraus, die das Wesen des Militarismus charakterisierte und bloßstellte. Die Nummer fand so guten Abfall, daß die kapitalistische Presse — liberale wie konservative — zu lamentieren und zu demagogieren begann!

Uebrigens geht die Regierung ihren Gang, ohne sich viel um Wohl und Wehe des Volkes zu kümmern. Sie hat jetzt gar Vorlesungen getroffen, daß die „Segnungen“ des Militarismus bereits den Kindern in öffentlichen sowohl wie in privaten Schulen beigebracht werden. —

Amerika.

Offizielle Wahlergebnisse. Im Staate Pennsylvania hat die sozialistische Partei am 6. November nach der amtlichen Zählung 15 100 Stimmen, die sozialistische Arbeiterpartei (De Leon-Richtung) 2100 Stimmen erhalten. — Im Staate Colorado wurden für den sozialistischen Gouverneurskandidaten 15 900 Stimmen abgegeben. Die Partei behauptet, noch um 5000 Stimmen betrogen worden zu sein. Die eifrige Agitation in Colorado hat gute Früchte getragen; es galt bekanntlich, für W. D. Haywood, den im Gefängnis sitzenden Führer der Bergarbeiter, eine hohe Stimmengahl zu erzielen. Vor zwei Jahren erhielt der sozialistische Gouverneurskandidat nur 2700 Stimmen. Für kleinere Ämter wurden diesmal einige Genossen in Colorado erwählt. — Im Staate Alabama erwählte die Partei einen Friedensrichter, was bemerkenswert ist, weil der Gewählte ein Keger ist. Das wäre vor zwei Jahren noch ein Ding der Unmöglichkeit gewesen. Neuerdings hat die Partei unter den intelligenten Farbigen der Südstaaten vielfach Anhänger gefunden.

Aus dem Westen wird eine ganze Reihe von kleinen Wahlsiegen gemeldet: Stadtverordnete, Konstabler, Distriktsanwälte, Friedensrichter usw. wurden gewählt. In vielen Kreisen ist der sozialistische Kandidat fürs Staatsparlament an die zweite Stelle gerückt, indem er den Demokraten überholte und mit dem Republikaner um den Sieg stritt. In Minnesota gab es sechs, in Kalifornien acht, in Colorado fünf, in Idaho zwei derartige Siege, die bei der nächsten Gelegenheit durch energische Agitationsarbeit genommen werden können. Wo die Bearschbewegung mächtig war, hat die sozialistische Bewegung gelitten und die hohe Stimmengahl von 1904 nicht wieder erreicht, wenn auch hier und da gegen das Vorjahr eine Verbesserung eingetreten ist. Im allgemeinen ist wieder ein guter Fortschritt zu verzeichnen. —

Von der Armee. Nach einem Bericht des Militärsekretärs, General H. C. Ainsworth, nimmt die Zahl der Desertionen aus der amerikanischen Armee ständig zu. Während des letzten Fiskaljahres wurden 6268 Deserteure gezählt, das ist um 1 bis 2 Prozent höher als in früheren Jahren. In den vier Regimentsregimenten sind die Desertionen weit seltener. Am höchsten ist der Prozentsatz unter den Rekruten, und zwar während der ersten drei Monate nach der Anwerbung. 1063 der Neuzugeworbenen wurden wieder eingefangen oder stellten sich freiwillig.

Nach dem Bericht zählte die reguläre Armee am 30. Juni 1906 in den Vereinigten Staaten: 55 719 Mann und 3750 Offiziere, mit den regulären Truppen in Portoriko und auf den Philippinen zusammen 61 284 Mann und 3802 Offiziere.

Gewerkschaftliches.

Gegen den Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine

hat die Generalkommission eine wohlorganisierte Protestkundgebung in die Wege geleitet. Es ist dafür Sorge getragen, daß alle der Generalkommission angehörenden Gewerkschaften und zwar auch der letzte Zweigverein des

kleinsten Verbandes in den Dienst dieser Protestbewegung gezogen werden. Die Beschlüsse dieser Versammlungen werden dem Reichstag nach vor seinem Wiederzusammentritt nach den Weihnachtsferien zugehen.

Um die Massenfundgebung möglichst einseitlich zu gestalten, wird überall die folgende Resolution vorgezulesen: Nachdem die Versammlung Kenntnis genommen hat von dem Inhalt des dem Reichstag vorgelegten Entwurfs eines Gesetzes betreffend gewerbliche Berufsvereine, kommt sie zu der Überzeugung, daß ein Gesetz in der vorliegenden Form den gewerblichen Organisationen insgesamt und unserem Zweigverein im besonderen die größten Nachteile bringen wird. Dieses Gesetz ist geeignet, die heute unter den Gewerkschaften geübte Solidarität in der Zukunft unmöglich zu machen. Es wird die Gewerkschaften verhindern, der von den organisierten Unternehmern in immer größerem Umfang zur Anwendung gebrachten Aussperrungsmittel erfolgreich entgegenzuwirken zu können, und die Gewerkschaften in den gefährlichsten Zeiten der Willkür der Unternehmerorganisationen preiszugeben.

Es wird verhindert, daß die von den Gewerkschaften unseres Ortes getroffenen Einrichtungen, die dem Gesamtwohl der Arbeiterklasse dienen, aufrecht erhalten werden können und verhindern, daß solche gemeinsamen Einrichtungen der Gewerkschaften eines Ortes in Zukunft geschaffen oder weiter ausgebaut werden können.

Aus diesen Gründen richtet die Versammlung an die zur Vorbereitung des Gesetzes eingesetzte Kommission und an den gesamten Reichstag die dringende Bitte, diesen Gesetzentwurf abzulehnen.

Die Versammlung erklärt, daß sie es für äußerst wünschenswert erachtet, daß den gewerblichen Organisationen die Rechtsfähigkeit gewährt wird. Dieses darf aber nur geschehen unter der Voraussetzung, daß dadurch die bisher von den Gewerkschaften geübte Tätigkeit nicht behindert und eingeschränkt, sondern die Möglichkeit für die Erweiterung dieser Tätigkeit gegeben wird. Es darf deshalb nur geschehen, wenn gleichzeitig, oder vorher, die heute bestehende Beschränkung des Koalitionsrechts und die gegen die Gewerkschaften geübte reaktionäre Polizeipraxis beseitigt wird. Die Versammlung fordert deshalb, daß das öffentliche Gewerkschaftsrecht zunächst zeitweilig umgestaltet und dem gegenwärtigen Kulturzustande angepaßt, und dann das zivile Gewerkschaftsrecht ausgebaut wird.

Bei der einzuleitenden Protestbewegung muß darauf geachtet werden, daß dieselbe in erster Linie von den Berufsvereinen ausgeht, die ja zunächst durch den Gesetzentwurf getroffen werden. Würde die Protestbewegung in der Hauptsache von den Gewerkschaftskartellen ausgehen, so würde dadurch der Charakter derselben, die in erster Linie eine solche der Berufsvereine sein muß, verwischt werden.

Die Generalkommission hält es aber trotzdem für erforderlich, daß die Gewerkschaftskartelle auch allgemeine Protestversammlungen veranstalten. Bei diesen ist jedoch zweierlei zu beachten. Erstens darf durch die allgemeine Protestversammlung die Protestaktion der einzelnen Verbandssitzungen, Zweigvereine usw. am Orte nicht beeinträchtigt werden. Sodann empfiehlt es sich dringend, den Protest, der in den allgemeinen Versammlungen erhoben werden soll, auf die Tendenz und diejenigen Bestimmungen des Gesetzentwurfes zu beschränken, die den Bestand der Gewerkschaftskartelle direkt bedrohen und deren Tätigkeit unterbinden.

Der Bestand der Gewerkschaftskartelle wird direkt bedroht durch den § 1 des Gesetzentwurfes, wonach die Erwerbung der Rechtsfähigkeit davon abhängig sein soll, daß die Tätigkeit der eingetragenen Vereine „nur auf die Wahrung und Förderung der mit dem Berufe seiner Mitglieder unmittelfach in Beziehung stehenden gemeinsamen gewerblichen Interessen“ gerichtet sein darf.

Würde diese Bestimmung Gesetz, so dürften die die Rechtsfähigkeit erwerbenden Berufsvereine als solche sich nicht mehr zu Kartellen zusammenschließen können, ohne befürchten zu müssen, daß ihnen die Rechtsfähigkeit entzogen wird und die damit verbundenen höchst nachteiligen Folgen für sie eintreten.

Aber auch indirekt würde es den „rechtsfähigen“ Gewerkschaften nicht mehr möglich sein, sich an den Gewerkschaftskartellen und allen ihren Einrichtungen beteiligen zu können. Denn auch die Mittel des Vereins dürfen nur zu Zwecken hergegeben werden, die mit dem Berufe der Mitglieder „unmittelbar in Beziehung“ stehen. Es ist also ausgeschlossen, daß unter solchen Bestimmungen die einzelnen Gewerkschaften noch Mittel für die Erhaltung von Arbeitersekretariaten hergeben dürften! Der Erwerb und die Erhaltung von Gewerkschaftshäusern, gemeinsamen Herbergen wäre durch dieses Gesetz den „rechtsfähigen“ Gewerkschaften verboten! Selbst ein harmloses gemeinsames Auskunfts-Bureau könnten die Gewerkschaften eines Ortes nicht mehr unterhalten. Die Errichtung von Bildungsschulen, Bildungskursen und ähnlichen auf die geistige Erziehung der Arbeiterklasse berechneten Veranstaltungen würden durch dieses Gesetz unmöglich gemacht, weil solche Veranstaltungen ja nicht mehr mit den gemeinsamen gewerblichen Interessen „unmittelbar in Beziehung“ stehen. Die Beteiligung an einer für die Gewerkschaftsmitglieder eines Ortes gemeinsamen Theater-Vorstellung zöge die Entziehung der Rechtsfähigkeit mit allen ihren schweren Folgen nach sich!

Arbeitslosenzählungen und sonstige gemeinsame Statistiken der Gewerkschaften eines Ortes — alles wird denselben durch diesen Gesetzentwurf unterbunden!

Auch die Durchführung von Boykotts und Sperren, an denen mehrere Berufsgruppen beteiligt sind und ein Zusammengehen doch unbedingt erforderlich machen, kann durch die Bestimmungen des Gesetzentwurfes illusorisch gemacht werden — und soll es wohl auch!

Ein Zusammenwirken der Gewerkschaften bei Wahlen zu Krankenkassen, Gewerbegerichten und sonstigen sozialen Institutionen, das doch nur durch die Wirksamkeit der Kartelle möglich ist, würde den „rechtsfähigen“ Berufsvereinen in Zukunft unmöglich sein. Ebenso die Förderung der Errichtung von Konsumgenossenschaften.

Diese Beispiele lassen sich leicht noch vermehren. Das vorstehende Verzeichnis allein aber dürfte genügen, um den Gewerkschaftskartellen zu zeigen, daß für sie wichtige Interessen auf dem Spiel stehen, die durch den Gesetzentwurf unterbunden werden sollen, womit dann der Bestand der Gewerkschaftskartelle sehr stark gefährdet oder aber zum mindesten ihre bisherige segensreiche Tätigkeit vollständig lahmgelegt wäre. Grund genug für die Gewerkschaftskartelle, gegen diese sie direkt treffenden Bestimmungen des Gesetzentwurfes den allerschärfsten Protest zu erheben. Aber die Kartelle

werden auch auf ihre Proteste auf diese sie direkt interessierenden Seiten des Gesetzentwurfes zu beschränken.

Die Hauptprotestarbeit ist den einzelnen Vereinen zu überlassen.

Berlin und Umgegend.

Küstung! Metallarbeiter!

In der Elektro-Motoren-Fabrik Gradewitz, Kurfürststraße 146/147, haben die Kollegen wegen Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt. Der Betrieb ist bis auf weiteres gesperrt. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Krisenverwaltung Berlin.

Die Tischlermeister und Holzindustriellen Berlins und der Vororte, die von der Berliner Tischler-Innung, der Freien Vereinigung der Holzindustriellen und zehn anderen Arbeiterorganisationen nach den Konföderationsen einberufen waren, beschäftigten sich am Dienstag mit den Abänderungsanträgen der Holzarbeiter zu dem am 15. Januar 1907 abzulaufenden Tarifvertrag. Die Arbeitgeber haben es befalls abgelehnt, bindende Erklärungen abzugeben und die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der Forderungen einer allgemeinen Versammlung überlassen, die dann am Dienstag abgehalten wurde. Der Referent Obermeister Kahardt berichtete über die Tarifverhandlungen. Die Versammlung sah nach lebhafter Debatte folgende Resolution:

„Die heute am 11. Dezember 1906 in den Konföderationsen versammelten Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen nehmen mit Bedauern von der Erfolgslosigkeit der bisher mit dem Holzarbeiterverband geführten Verhandlungen über die von ihm gestellten Forderungen insbesondere mit Bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Löhne Kenntnis. Die Versammlung ist davon überzeugt, daß die Bewilligung der Forderungen eine überaus schwere Schädigung des Berliner Tischlerhandwerks und der Berliner Holzindustrie herbeiführen müßte und erklärt, mit Rücksicht auf die statistisch festgestellte Höhe der jetzigen Löhne die Forderungen für unbegründet und durchaus unerfüllbar. Die Versammlung erachtet von der Einsicht der Arbeitnehmer-Vertretung, daß sie die gestellten Forderungen im Interesse der gewerblichen und wirtschaftlichen Entwicklung unserer Industrie zurückzieht und beauftragt ihre Vorstände, sich weiter um eine Verständigung zu bemühen, ist aber entschlossen, falls eine Einigung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern bis zum 15. Januar 1907 nicht erzielt ist, zwecks Abwehr der Forderungen dem Holzarbeiterverband mit vereinigten Kräften entgegenzutreten. Die Versammlung gibt den Vorständen den Auftrag, alle erforderlichen Schritte ohne Verzug vorzubereiten.“

Die die Herren sich eine „Verständigung“ denken, bei der der Kontrahent seine Forderungen zurückzieht, ist uns unklar. Wenigstens hätte die Versammlung die Punkte präzisieren sollen, in denen ein gegenseitiges Entgegenkommen möglich ist, dann konnte man sich die „erforderlichen Schritte“ zu einem Kampf sparen, den der Holzarbeiter-Verband nicht will, den er aber noch weniger Ursache zu scheuen hat.

Deutsches Reich.

Einen fortwährenden Kampf

um die Ausübung des Koalitionsrechts führt die organisierte Arbeiterschaft in Geresheim mit der dortigen Polizei. Bei die Arbeiter den Verdacht haben, daß der Wüstling Heye Einsicht in die Mitgliederlisten erhält, errichten sie keine selbständigen Filialen, sondern haben das Vertrauensmännersystem eingeführt. Der Glasarbeiterverband zählt in Geresheim Hunderte von Mitgliedern; doch werden die Geschäfte geleitet von zwei Vertrauenspersonen. Diese leisteten der Aufforderung der Polizei, ein Mitgliederverzeichnis einzureichen, keine Folge, worauf sie mit einem Strafmandat bedroht wurden. Das Strafmandat wurde vom Schöffengericht in Geresheim und dieser Tage von der Strafkammer in Düsseldorf bestätigt. Der Zentralvorstand des Glasarbeiterverbandes wird sich bei dem Urteil nicht beruhigen, sondern bis zur höchsten Instanz gehen. Von dem Staatsanwalt in Düsseldorf wurde der Vertrauensmann der Glasarbeiter, Menschling, einer der Angeklagten, gefragt, was er denn kein Mitgliederverzeichnis einreichen wolle. Menschling entgegnete, daß dann die Mitglieder auf der Glasfabrik sofort entlassen würden, denn der Fabrikleitung würde von der Polizei Einsicht in das Verzeichnis gestattet.

Die Düsseldorfer Strafkammer, welche diese Strafmandate bestätigte, hob in einem anderen Falle ebenfalls von der Geresheimer Polizei verhängte, auf. Zwei Glasarbeiter waren beschuldigt, in Geresheim eine öffentliche Versammlung veranstaltet zu haben, ohne dieselbe anzumelden. Sie wurden deshalb mit einem Strafmandat bedroht, gegen welches sie Berufung einreichten. Das Schöffengericht in Geresheim bestätigte die Strafmandate, während die Strafkammer in Düsseldorf zu einer Aufhebung derselben kam. Der Polizeikommissar erklärte nämlich über seine Ermittlungen oder seine Angaben dürfe er keine Aussagen machen. Die von den Angeklagten geladenen Zeugen sagten übereinstimmend aus, daß keine Versammlung stattgefunden. So geht der Kampf zwischen der Arbeiterschaft in Geresheim und der Polizei hin und her. In diesem Streit werden die Arbeiter aber den Sieg davon tragen.

Einen bösen Reinsack erlebten die vereinigten Ordnungsträger in Hof i. N. bei den diesjährigen Gewerbegerichtswahlen. Seit der letzten Reichstagswahl, wo es der Ordnungsmehrheit gelang, mit Hilfe des verhängten Reichstagsmandats, durch eine Kruppellose, wilde Agitation und das Reichstagsmandat vorzunehmen, sowohl den Gewerkschaften der Kammer gewaltig. Ein liberaler Verein, ein jungliberaler und ein liberaler Arbeiterverein einig, dieses Trio — noch wader unterstützt von einer Anzahl Reichstagswähler — marschierte auf, um die „Külinge“, die seit der Eide der Arbeitnehmer mit Beschlag belegt hatten, wenn nicht ganz zu verdrängen, so doch deren Einfluß wesentlich einzuschränken. Die „liberale“ Reichstagsmehrheit, die sich seit her hartnäckig weigerte, auch der sozialdemokratischen Minderheit der Bürgerschaft durch ein entsprechendes Wahlrecht eine Vertretung im hohen Rate zu gewähren, sie fand auf liberale Anregung hin auf einmal, daß bei den Gewerbegerichtswahlen, wo die Liberalen bis jetzt „mit to seggen“ hatten, die Wahlmännerwahlen, der Proporz, das einzig richtige Wahlverfahren sei, und stund gingen sie davon, das Ortsstatut abzuändern, damit auch der liberalen Minderheit eine Vertretung gesichert werde. Nun schlug freilich dieser Versuch ins gerade Gegenteil um; bei den Arbeitgebern, die am vorigen Sonntag stattfanden, erhielten unsere Genossen nur insgesamt 132 abgegebenen Stimmen 88, die Gegner 74, jedoch die 66 und Vertretungen von den seitherigen 12 Sitzen fünf an die Umstürzler abtreten müssen. Noch blamabler gestaltete sich das Verhältnis bei den Arbeitnehmerwahlen, die am letzten Sonntag stattfanden. Von 1489 abgegebenen Stimmen entfielen auf die sozialdemokratische Liste 1289, während das vereingte Trio trotz verzweifelter Anstrengung es auf ganze 150 Stimmen brachte. Die mandatsführenden Liberalen der verschiedensten Couleur erhaltend demnach einen einzigen Sitz, die verhassten Kruppelosen, die die Zahl der Wähler aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern insgesamt nur 24 beträgt, haben demnach unsere Genossen insgesamt 16, die Gegner 8 Sitze für die nächsten 3 Jahre im Gewerbegericht. — Auch bei den Vertreterwahlen zu der gemeinsamen Ortskonferenz am vorigen Sonntag zeigte ohne weiteres die von den organisierten Gewerkschaften aufgestellte Liste.

Ausland.

Die Aussperrung der Schuhmacher von Fongeres dauert bereits seit mehreren Wochen und noch ist ein Ende nicht abzusehen. Es sind gegen 8000 Arbeiter, unter Hinzurechnung ihrer Familien-

angehörigen 14000 daran beteiligt. Das Komitee hat die bei französischen Streiks üblichen allgemeinen Mäßen eingerichtet, aus welchen die Familien der Aussperrten billige Mittagessen beziehen können. Die Kinder der Beteiligten werden in den Arbeiterfamilien der benachbarten Städte untergebracht. Währenddessen haben die Unternehmer mit ihren Familien Fongeres verlassen und überlassen es den Hütern der Ordnung, ihre Fabriken und Villen zu schließen. Sie können also die Arbeitslosigkeit noch lange aushalten. (Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Die italienischen Schiffahrtsgesellschaften in Genua haben bis jetzt 24 Schiffe außer Betrieb gesetzt und insgesamt 4000 Matrosen entlassen.

Stadtverordneten-Wahlen in Frankfurt a. M.

Ueber den Ausfall der letzten Stadtverordnetenwahlen in Frankfurt a. M. haben wir ausführlich in Nr. 275 unseres Blattes berichtet und bezüglich der Stichwahlkonstellation bereits darauf hingewiesen, daß die freisinnig-demokratisch-nationalliberale Koalition mißlich zu sein scheint, mit den Sozialdemokraten zusammenzugehen. Dies Zusammengehen ist in der Form erfolgt, daß unsere Frankfurter Genossen beschloßen haben, überall dort, wo Liberale mit Mittelständlern in Stichwahl stehen, für die Liberalen einzutreten, und daß die Liberalen beschloßen haben, überall dort, wo Sozialdemokraten mit den Mittelständlern in Stichwahl stehen, für und einzutreten. Demgemäß unterstützten unsere Genossen zwei Liberale in der Altstadt und drei Liberale im Südwesten. In Bornheim, wo wir mit drei Kandidaten, den Genossen Dittmann, Graf und S. Schmidt, in Betracht kamen, unterstützten uns die Freisinnig-Demokraten, während sich die Nationalliberalen nur dazu aufschwingen konnten, die Parole: „Gewehr bei Fuß!“ auszugeben. In Sachsenhausen, wo unser Genosse Bräune, zwei Mittelständler und drei Liberale einander gegenüberstanden, gingen unsere Genossen allein vor, ebenso in Oberrad, wo Genosse Diener mit einem Liberalen in Stichwahl stand.

Ueber den Ausfall der Stichwahlen, die gestern (Mittwoch) stattfanden, melden uns Privatdepeschen:

Frankfurt a. M., 12. Dezember: Die heutige Stichwahl ergab die Wahl von 3 Sozialdemokraten, 2 Demokraten, 4 Freisinnigen und 3 Nationalliberalen.

Frankfurt a. M., 12. Dezember. Dittmann, Graf und Schmidt in Bornheim mit 1945 gegen 1576 Stimmen gewählt. In der Altstadt 2, im Südwesten 3, in Oberrad 1, in Sachsenhausen 3 Liberale gewählt. Kein Mittelständler gewählt, haben 7 Mandate verloren! Unsere Fraktion von 3 auf 6 Sitze gewachsen!

Eingegangene Druckschriften.

Wohnkalender für Schüler und Schülerinnen höherer Lehranstalten für die Jahre 1907 bis 1908. Bearbeitet von Dr. H. Reich. Ausgabe A 1 M., Ausgabe B. 60 Pf. Karl Swinna, Wohn-Verlag, Kallowitz, D. 241.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Hamburg, 12. Dezember. Zur Fleischnot. In der heutigen Sitzung der Bürgerschaft teilte der Präsident die Antwort des Senats mit auf das am 5. d. M. von der Bürgerschaft an ihn gerichtete Ersuchen um Auskunft darüber, ob und in welcher Weise der Senat dem Wunsche der Bürgerschaft vom 27. September 1906 entsprochen habe, Schritte zu tun, um die durch zu geringes Angebot bewirkte Fleischnot zu beheben. In der Antwort des Senats heißt es, der hamburgische Bevollmächtigte zum Bundesrat habe von Seiten des Senats wiederholt Instruktionen erhalten, auf Ermäßigung der Fleischpreise hinzuwirken. Auch an den Reichsfiskus seien entsprechende Anträge hinsichtlich der Erleichterung der Zufuhr von Vieh und Fleisch aus Dänemark nach Hamburg gerichtet worden.

Explosiertes Petroleumlager.

Sababest, 12. Dezember. (A. S.) In Campin (Rumänien). Et das Lager der dort befindlichen Petroleum-Gesellschaft Stella Romana explodiert. Ein großes Quantum Kohöl wurde vernichtet. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Franz.

Centerstreiche.

Lemberg, 12. Dezember. (A. S.) Dem „Słowo Polskie“ wird aus Warschau gemeldet, in Rußisch-Polen allein habe das Heidegericht in den letzten sechs Wochen mehr als 50 Todesurteile gefällt.

Der Papst protestiert.

Rom, 12. Dezember. Die der „Agenzia Stefani“ aus Paris telegraphiert wird, ist dorthin aus Rom gemeldet worden, daß der heilige Stuhl an alle Nöthie eine Note richten wird, in der er gegen das eigenmächtige Eindringen in das Archiv der früheren päpstlichen Pontifikatur, dessen Gut dem H. R. Montagnini oblag, von Seiten der französischen Regierung Einspruch erhebt und gleichzeitig jede Verantwortung bezüglich solcher in dem Archiv niedergelegten Schriftstücke ablehnt, welche fremde Mächte betreffen.

Die Verfassung für Transvaal.

London, 12. Dezember. (B. T. S.) Der Text der Urkunde, durch welche Transvaal eine Verfassung verliehen wird, ist veröffentlicht worden. Danach besteht der gesetzgebende Rat aus 15 Mitgliedern, die vom Gouverneur ernannt werden. Bis ein Gesetz über die Festsetzung der Wahlen zu diesem erlassen ist, soll derselbe alle fünf Jahre neu zusammengesetzt werden. Die gesetzgebende Versammlung besteht aus 60 gewählten Mitgliedern, bei deren Wahlverfahren sowohl die englische wie die holländische Sprache gebraucht werden dürfen. Die Urkunde behält der kaiserlichen Regierung die Genehmigung von Gesetzen vor, durch die Personen nichteuropäischer Geburt der Abstammung Beschränkungen auferlegt werden; oder durch die über die Einführung fremder Arbeiter Bestimmungen getroffen werden.

„Beinahe einen Gefangenen.“

Odesa, 12. Dezember. (B. T. S.) Heute nachmittag erschossen zwölf Männer in der hiesigen Filiale der Internationalen Arbeiter-Assoziation, bedroht die anwesenden 8 Personen mit Revolvern. Demnach ist ein Betrag von 29000 Rubeln in bar und 62 000 Rubeln in Wertpapieren und entnommen. Bei der Verfolgung der Räuber wäre es beinahe gelungen, einen derselben gefangen zu nehmen. Dieser Mann schloß jedoch einen Polizisten nieder und erschloß sich dann selbst. Den übrigen Mitgliedern der Bande gelang es, mit dem gesamten Gelde zu entkommen.

„Beruhigungsmittel.“

Jerusalem, 12. Dezember. (B. T. S.) Ueber den Bezirk Minissim: im Gouvernement Jenissei ist der Zustand des verhärteten Schnees verhängt worden.

Reichstag.

180. Sitzung vom Mittwoch, den 12. Dezember, nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Arnim, Freiherr v. Stengel.

Die Besprechung der Interpellationen Dr. Abt (fr. Sp.) und Genossen und Albrecht (Soz.) und Genossen über die Fleischsteuerung wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Baaske (natl.): Wir halten an der Anschauung fest, daß im Interesse der Landwirtschaft stabile Verhältnisse in den Verhältnissen bestehen müssen, um die Viehzucht zu schützen. ...

Abg. Graf Schwerin-Löwis: Ich habe hier ein sozialdemokratisches Flugblatt, indem es heißt, die Teuerung ist nicht eine Folge von Missernten, sondern sie ist künstlich geschaffen, um den Großgrundbesitzern die Taschen zu füllen. ...

Abg. Korfanty (Polen): Bei uns ist an der Schweinezucht der kleine Bauer, der mittlere Bauer, aber auch der Arbeiter stark beteiligt. ...

Abg. Gamp (Sp.): Der Abg. Korfanty hätte seine Beschwerden besser im preussischen Abgeordnetenhaus vorgebracht. ...

Parteilgenosse in Amerika es schildert, verstehe ich einfach nicht. Sie rühmen die Tätigkeit des amerikanischen Arbeiters und der amerikanischen Industrie. ...

Abg. Gothein (fr. Sp.): Herr Scheidemann hat gestern gegen die freisinnigen den Wortwurf erhoben, sie stümmten bei den Wahlen für die agrarisch-reaktionären Kandidaten gegen die Sozialdemokratie. ...

In Dänemark und den Niederlanden ist seit Jahren kein Fall von Maul- und Klauenseuche vorgekommen. ...

Der Minister hat eine Untersuchung darüber angeordnet, oder will er überhaupt dagegen einschreiten? ...

Der Abg. Gamp wirt Herr Dr. Levy einen gewissen Leidestimm vor, er selber aber verfährt ebenso schematisch wie dieser. ...

Sie weisen auf die Erhöhung der Arbeitslöhne hin. Werden in England, in Dänemark etwa niedrigere Löhne bezahlt? ...

Wenn Sie die Preise so hochgetrieben haben, daß die breiten Massen kein Fleisch mehr kaufen können, dann ist der Verbrauch natürlich ein erheblich niedrigerer, und dann sagen Sie: Es ist kein größerer Bedarf vorhanden! ...

Ich habe noch einige Punkte anzuführen. (Großer Lärm rechts.) Nicht Sie, sondern das deutsche Volk hat alle Ursache, beunruhigt zu sein. ...

an der Fleischnot das Volk selbst schuld, welches eine solche Mehrheit gewählt hat. Besser kann es nur werden, wenn mit dieser Mehrheit a u f g e r ä u m t wird. ...

Staatssekretär Graf Posadowsky: Dem Abg. Gothein gegenüber bemerke ich, daß das deutsche Volk zu keiner Zeit seiner Existenz so prosperiert hat wie gerade jetzt. ...

Der Abgeordnete Gothein hat auch die Wichtigkeit der amtlichen statistischen Feststellung über den Fleischverbrauch des deutschen Volkes bestritten und hat sich dabei auf eine Denkschrift des statistischen Amtes bezogen. ...

Das niederländische Schwein darf in Deutschland nicht geschlachtet werden, aber das Fleisch hat im ganzen Reich Freizügigkeit! ...

Präsident Graf Balkeström: Der Abg. Gothein hat den gerügten Ausdruck nicht auf das statistische Amt des Reiches angewandt, das würde ich nicht gebildet haben, sondern allgemein auf die Statistik.

Nachher verlegt sich das Haus. Persönlich bemerkt Abg. v. Oldenburg (L.): Der Abg. Gothein hat unter anderem auch die von mir geleitete Landwirtschaftskammer und damit mich persönlich angegriffen.

Präsident Graf Balkeström: Im Namen der Landwirtschaftskammer können Sie keine persönliche Bemerkung machen. (Heiterkeit.)

Ich schlage vor, die nächste Sitzung morgen, Donnerstag 1 Uhr zu halten mit der Tagesordnung: Zweite Beratung des Nachtragsbudgets für Südwesafrika; Fortsetzung der heutigen Beratung.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Abg. Singer (Soz.): Ich bitte den zweiten Punkt als ersten auf die Tagesordnung zu setzen. ...

Abg. Wassermann (natl.) bittet, es bei dem Vorschlage des Präsidenten zu belassen.

Die Abgg. v. Kermann (L.), Dr. Spahn (Z.) und Liebermann v. Sonnenberg (Antik.) schließen sich dem Abg. Wassermann an. ...

Schluss 1 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Wahlprüfungs-Kommission.

Die Wahl des national-liberalen Abgeordneten Hagemann im Wahlkreis Erfurt-Schleusingen wurde von der Kommission für gültig erklärt, da die angelegten Beweiserhebungen die Behauptungen des Wahlprotestes nur zum Teil bestätigt haben, diese Ergebnisse jedoch eine Mehrheit von circa 50 Stimmen für Hagemann belassen. Festgestellt ist aber, daß eine Reihe von Unregelmäßigkeiten seitens einzelner Wahlvorstände bei der Wahl verübt worden ist.

Die russische Revolution.

Die Hungernot.

Ein schreckliches Bild der Hungernot auf dem Lande zeichnet der Fürst G. E. Uwow in dem „Ruskaia Wiedomosti“. Uwow bereiste den Kreis Wulstul im Gouvernement Samara und fuhr von dort bis Kasan durch die Kreise Wugulstun, Wugulmin, Wenselinsk, Tschistopol, Tschischow und Kasan, im ganzen eine Strecke von tausend Werst. Seine Eindrücke faßt er in folgende Worte zusammen:

„Ein hohes Gefühl regiert einen, man fühlt sich, als ob man am Sterbepunkte eines Dahinschwebenden sich befände... Die Bevölkerung vegetiert von Tag zu Tage ohne Hoffnung, bis zum Frühjahr am Leben bleiben zu können... Die Winternte ist eine vollständige. Es ist weder Brot noch Futter für das Vieh vorhanden. Die Scheunen sind ganz leer. Auf der Straße von 1000 Werst habe ich nur in elf Dörfern bei einigen Bauern kleine Haufen von Getreide gesehen. Das Ergebnis der Ernte wird überall mit ein und demselben Worte charakterisiert: „Wir konnten mit den Händen ernten, wir sammelten 1—2 Pud von der Desjatine; Hafer und Ruchweizen haben wir nicht gesehen.“ — Das Vieh und die Pferde sind überall für einen ganz niedrigen Preis verkauft worden. Im Kreise Wulstul hat man zum Futter „Natur“ — ein stacheliges Getreide — getammelt oder Eichelblätter, nach denen man oft 45 Werst weit in die Kronwälder fahren mußte. Es zweifeln freilich alle, ob man mit diesem Futter das, was an Vieh und Pferden noch vorhanden ist, bis zum Frühjahr werde erhalten können... In besonders schwerer Lage sind die neu ansässigen Tataren und Tschuwaschen. Die Tataren in den Kreisen Wugulmin und Wenselinsk essen fast alle Brot mit Beimischung verschiedener Surrogate, hauptsächlich Eiheln, oder sogar Brot aus bloßem Eihelmehl gebacken! Eiheln, die in diesem Jahre gut geraten waren, wurden zuerst zu 4 Kop. das Maß verkauft, jetzt kosten sie aber 45 Kop., und man kann sie nicht immer bekommen. Im Kreise Wenselinsk hat man von Dörfern, die ich unterwegs sah, nur in 7 kein Eichelbrot gegeben, in allen übrigen ist man reines oder gemischtes Eichelbrot. Es sieht aus wie Riß mit Erde gemischt. Man ist es schon vom September an und besorgt dabei die größte Sparsamkeit, man ist es nur ein mal am Tage! Den Kindern gibt man Eihelmehl mit heißen Wasser. Von solchem Brote dem „Hungerbrote“, wie man es nennt, sehen die Menschen ganz schrecklich aus; bloß, abgemagert, zitternd, mit eingefallenen Augen; sie klagen, daß ihnen von diesem Brote „das Herz brennt“. So das „Hungerbrot“ gegessen wird, dort ist auch Typhus und Sterben. — So ist die Lage jetzt, im November! Was, fragt man sich, wird im Frühjahr sein? Und bis zur neuen Ernte bleiben noch sieben Monate. Die Hälfte ist sehr schlecht organisiert und unzureichend. Alle, die arbeiten können, sind von der Hälfte ausgeschloffen. Arbeit ist aber nirgend zu finden. Im Kreise Wenselinsk bekommen auch die Frauen gar nichts. Um das Darlehen zu erhalten, muß man oft eine Strecke von 75—100 Werst zurücklegen... Alles ist wie ausgestorben.“

Neues Konfiskations-Objekt!

Der „Russische Kurier“ schreibt: Zwischen Petersburg und Tokio wird momentan ein überaus lebhafter Depeschverkehr bemerkt, der sich u. a. aus der Frage bezüglich der Station Kwantungscheng bezieht, da die Japaner plötzlich erklärt haben, diese Station und die nördlich liegenden reichen Kohlengruben gebürtigen Japan, während die Russen die Station Kwantungscheng nebst den dortigen Bauten und Einrichtungen für ihr Eigentum erklären.

Aus der Partei.

Gemeindevahlrecht.

Rehdenik, 12. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In der heutigen Stadtverordneten-Stichwahl wurden unsere Genossen Mittag und Kadler mit 50 Stimmen Majorität gewählt.

Aus der Reichstagsfraktion. In der gestern abgehaltenen Sitzung bestimmte die Fraktion zu Rednern für die Immunitätsanträge die Genossen Singer und Haase, für die Staatsdebatte Debel und v. Volkmar.

Generalversammlungen.

Am 9. d. M. tagte in Sonnenburg die Generalversammlung des Kreiswahlvereins Ost- und West-Sternberg. Unter anderem waren aufwendend der Kandidat des Kreises, Genosse Freiwald, und das Mitglied der Agitationskommission Genosse Seidel. Der Vertrauensmann und erste Vorsitzende, Genosse Alb. Schmidt, gab den Geschäftsbericht. Hiernach sind in Sonnenburg zwei, in Meppen eine Volksversammlung abgehalten worden. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt: Genosse Alb. Schmidt erster Vorsitzender, Karl Bohner zweiter Vorsitzender und Kassierer. Neu gewählt wurde als Schriftführer, da bisher nur ein provisorischer fungierte, Genosse Paul Strahlendorf. Als Delegierter zum Preussentag wurde Alb. Schmidt gewählt und ihm der Auftrag erteilt, für die Landarbeiter einzutreten ebeut. den Antrag einzubringen, eine Kommission zu wählen, die die Grundzüge zur Regelung der Landarbeiterfrage zum nächsten Preussentag auszuarbeiten habe.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins Potsdam-Spandau-Lhavelland fand am Sonntag in Rezin statt. Genosse Piefer-Spandau referierte über die Lage der Staatswerkstättenarbeiter. Der Vortrag brachte viele Mißstände zutage.

Genosse Fiebig-Welten referierte alldahin über das Thema: „Kartennutzer“. Der Referent befürwortete folgende, von der hierzu eingesetzten Kommission festgesetzte Resolution:

I. Das Vorgehen des Zentralvorstandes gegenüber den Spandauer Genossen in Bezug auf Ausweisung für freiwillige Beiträge wird gutgeheißen.

II. Unter Zustimmung des Zentralvorstandes können auch andere Orte in dieser Weise organisiert werden. Jedoch nur an Arbeiter bezug. Angehörte in Staats- und Kommunalbetrieben.

Ferner gelangte in Bezug auf die Staatsarbeiter nachfolgende von Stadt-Potsdam gefasste Resolution zur Annahme:

„Die heutige Generalversammlung des Kreiswahlvereins Osthavelland erkennt die Lage der Spandauer Staatswerkstättenarbeiter als eine geradezu erbärmliche, eines Staatsbürgers unwürdige an. Nicht nur, daß die Löhne zur Leistung in schreiendem Mangelverhältnis stehen, sondern den Arbeitern wird auch das durch Gesetz festgelegte Koalitionsrecht insofern gemacht, viel weniger noch ist ihnen eine freie Meinung als freiergehende Staatsbürger gestattet. Wir fordern daher von der Staatsregierung: Die staatlichen Betriebe endlich als Muster für die Privatindustrie einzurichten und in erster Linie die Staatsarbeiter auch als Staatsbürger zu behandeln.“

Ueber den Preussentag, den preussischen Landtag und die Landtagswahlen 1908 referierte Genosse Dr. Liebknecht.

Zum Statut für Preußen wurde § 2 abgelehnt, bei den übrigen Paragraphen den Delegierten freie Hand gelassen. Als Delegierte wurden gewählt: Dr. Liebknecht, Stadt-Potsdam und Scholz-Spandau. Als Freymann: Paris-Welten.

Der Antrag Kremen: Flugblätter für ländliche Arbeiter herauszugeben, wird der Agitationskommission übergeben. Die Diäten für die Provinzialkonferenz werden auf 5 M. festgesetzt, die Diäten für die Generalversammlung in Rezin auf 4 M. Von zwei vorliegenden Gesuchen um Aufnahme in die Parteikasse wurde eins zur Befürwortung angenommen, das andere dagegen abgelehnt.

Die nächste Generalversammlung findet in Hennigsdorf statt.

Die sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich hielt am letzten Sonntag in Zög bei Winterthur ihren ordentlichen Parteitag ab, der von 138 Delegierten der Organisationen, der Parteipresse und der kantonalen Fraktion besucht war. Dem umfangreichen Geschäftsbericht des leitenden Komitees ist zu entnehmen, daß die Partei im letzten Jahre eine vielseitige und rührige Tätigkeit entfaltet. Besonders erwähnenswert ist das Kapitel über den Stand und die Entwicklung der Organisationen, die eine willkommene Verbesserung und Stärkung erfahren haben. Durch unermüdete Agitations- und Organisationsarbeit konnten im Berichtsjahre 19 neue sozialdemokratische Arbeitervereine, hauptsächlich in den Landgemeinden der Bezirke Zürich und Winterthur gegründet werden. Weitere Ergänzungen stehen in Aussicht. Ueber die Tätigkeit der Kantonsratsfraktion referierte in eingehender Weise Genosse Seidel. Als Vorort der Partei wurde Zürich bestätigt. Am meisten Diskussionsstoff gab das parlamentarische noch nicht ganz erledigte neue Wahlgesetz, worüber Genosse Lang pro und Genosse Dr. Studer kontra referierten. Die Arbeiter der Stadt Zürich sowie fast alle Genossen im übrigen Kanton sind gegen das Gesetz, weil es nicht die Proportionalität des Kantonsbrotes enthält. Ohne kantonalen Proporz kein neues Wahlgesetz! — In ihre Karole und mit 91 gegen 21 Stimmen stellte sich der Parteitag auf den gleichen Standpunkt. Die kantonalen Fraktionen soll bei der weiteren Beratung des Wahlgesetzes in diesem Sinne wirken und noch eine ganze Reihe anderer Verbesserungen zu erreichen suchen.

Die sozialdemokratische Partei des Kantons Bern hielt am letzten Sonntag in Bern ihren außerordentlichen Parteitag ab, der von 71 Delegierten besucht war. Er beschloß einstimmig die Erziehung eines kantonalen Parteifunktionariats und wählte den Genossen Marcel Moor, den bisherigen Mediziner der „Bercher Tagblatt“, zum Sekretär. Für den französischen Teil des Kantons Bern wurde der in Genf erscheinende sozialdemokratische „Peuple Suisse“, als offizielles Organ der Berner Partei anerkannt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Das Verfahren gegen Genossen Zielowski (Frankfurt a. M.) wurde, wie uns durch eine Privat-Depesche mitgeteilt wird, gestern (Mittwoch) eingestellt. In der Begründung wird ausgeführt, die Stadtverordneten-Versammlung als Körperschaft sei von Zielowski nicht angegriffen, sondern es sei von einzelnen Stadtverordneten gesprochen, weshalb nur alle einzeln klagen könnten. In der Nebenklage des Stadtverordneten Bracht gegen Zielowski erfolgte Freisprechung wegen Wahrung berechtigter Interessen. Die gesamten Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Das Wahlrechtsflagblatt hat auch das Landgericht Orie geschäftigt. Am 15. Januar hatte das Amtsgericht Orie die Beschlagnahme des Flagblattes befohlen und eine Hausdurchsuchung bei einigen Genossen vornehmen lassen, die des Vergebens gegen § 180 verurteilt erschienen. Der Staatsanwalt hatte Einstellung des eingeleiteten Verfahrens beantragt, da keine bestimmten Personen angeklagt werden konnten. Dem Antrage des Staatsanwalts, wenigstens auf Einziehung der Flagblätter zu erkennen, gab das Landgericht nicht statt. Es heißt in dem Urteil des Landgerichts vom 8. Juni: „Es ist nicht festzustellen, daß die beschlagnahmten Flagblätter zur Aufreizung von Massen zu Gewalttätigkeiten gegen einander bestimmt waren. Es wird damit nur die Abschaffung des Landtagswahlrechts bezweckt. Das Flagblatt ist nicht geeignet, den öffentlichen Frieden zu stören.“ Gegen die Abweisung der Einziehung hatte der Staatsanwalt Revision eingelegt, in der er andröhren forderte, daß in dem Flagblatt unter Hinweis auf die Kämpfe von 1848 zum Kampfe angereizt werde. — Da aber festgestellt ist, daß das Flagblatt objektiv nichts Strafbares enthält, so erkannte das Reichsgericht am 11. d. M. auf Verwerfung der Revision.

Gesetzlicher Schutz den Heimarbeitern!

Das ist die Forderung, für die am Dienstagabend viele Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen demonstrieren. Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission in Gemeinschaft mit dem Zentralvorstand der sozialdemokratischen Wahlvereine hatte diese Demonstration veranlaßt. 16 Versammlungen fanden zu diesem Zweck in Berlin und den Vororten statt und alle waren sie sehr stark besucht, viele sogar derart überfüllt, daß die Säle die dichtgedrängte Menge der Besucher kaum zu fassen vermochten. In großer Zahl waren sie gekommen, die Männer, Frauen und Mädchen, die für die Konfektion und andere heimarbeitende Industrien tätig sind; die Arbeiter und Arbeiterinnen, die in den proletarischen Vierteln Berlins in faktorisierenden Hofgebäuden hausen, wo sie in engen, düsternen Wohnräumen von früh bis spät über der Arbeit sitzen; eine Arbeit, die denen, welche sie verrichten, ein Hungerdasein gewährt, den Unternehmern aber reiche Profite in den Schoß wirft. Aber nicht nur jene Schichten des Proletariats, die den dumpfen Druß des Heimarbeiterelends tagtäglich am eigenen Leibe fühlen, waren in den Versammlungen vertreten, sondern auch Arbeiter anderer Berufswege. Wenn diese am Demonstrationstische auch nicht für sich selbst etwas zu fordern hatten, so war es doch ein ganz natürlicher Akt proletarischer Solidarität, daß auch sie ihre Stimme erhoben, wo es galt, Forderungen zu vertreten, durch deren Erfüllung das Elend der Heimarbeiter ein wenig gemildert werden soll.

Das Elend der Heimarbeiter. Es kann, soweit Berlin in Frage kommt, in enger und dumpfer Winkel unfreundlicher Mietskasernen, Jahrgeländelange über das Heimarbeiterelend seine verheerenden Wirkungen, und die Leffentlichkeit wurde wenig davon gewahrt. Da, als im Jahre 1898 der große Streit in der Berliner Konfektion ausbrach, kam von den traurigen Verhältnissen dieses Zweiges der Heimarbeit so viel an die Leffentlichkeit, daß selbst Vertreter bürgerlicher Parteien sich veranlaßt sahen, der Sache näher zu treten. Vor dem offenkundig gewordenen Elend konnte man nicht die Augen verschließen. Doch was bei den damaligen öffentlichen Erörterungen über die Lage der Heimarbeiter herausgekommen ist, war sehr wenig. Eine Verordnung des Bundesrats, die einige der schmerzlichen Mißstände zu mildern bestimmte, ist die Wurzel des Übels aber unerschütterlich weiter wachsend; das war das zynische Ergebnis der Fürsorge, welche man in den herrschenden Kreisen den Heimarbeitern schuldig zu sein glaubte.

Ein Jahrzehnt ging ins Land, und wieder einmal wurde die Leffentlichkeit laut und vernünftig an das Heimarbeiterelend gemahnt. In viel höherem Grade wie die Reden aus dem Heimarbeiter-Schuldenbuch und bei anderen Gelegenheiten erregte die Heimarbeiterausstellung zu Anfang dieses Jahres das allgemeine Interesse. Durch feststehende Tatsachen wurden hier die jammervollen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Heimindustrien illustriert. Was in die höchsten Schichten der bürgerlichen Gesellschaft drang, die Erkenntnis, den Heimarbeitern muß geholfen werden. Aber ehe diese Erkenntnis sich zu praktischen Maßnahmen gegen die schamlose Ausbeutung der Heimarbeiter verhalten konnte, traten die Rührer der Konfektion hervor. Unter der Firma der Berliner Handelskammer schlossen sie ein tendenziöses Manifest in die Welt, welches, einzig und allein

auf Angaben von Unternehmern und Zwischenweilern gestützt, darlun sollte, daß die Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen sich in guten Verhältnissen befinden und keines besonderen Schutzes bedürfen. Natürlich, die Leute, welche Millionen durch die Ausbeutung heimarbeitender Männer, Frauen und Kinder gewinnen, werden alles daran setzen, damit diese Quelle ihres Reichtums, durch keinerlei Schutzmaßnahmen behindert, in gewohnter Weise weiter fließe.

Nur hat die sozialdemokratische Fraktion den Reichstags einen Gesetzentwurf vorgelegt, welcher fordert, daß die für Fabriken geltenden Arbeiterschutzbestimmungen auf die Heimarbeiter ausgedehnt werden. Eine Forderung, deren Erfüllung die schlimmsten Mißstände auf dem Gebiet der Heimarbeit beseitigen würde, die auch ohne weiteres erfüllt werden kann, ohne daß dadurch die Industrie gefährdet würde. Diesen außerst bescheidenen Schutz, der ja die Grundlage der Heimarbeit gar nicht antastet, der aber doch den Druß, der auf den Heimarbeitern lastet, etwas mildern könnte, verlangen die heimararbeitenden Männer und Frauen mit aller Entschiedenheit, und das gesamte Klassenbewußte Proletariat sieht hinter ihnen, sieht hinter dem Gesetzentwurf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und fordert die Annahme desselben. Für diese Forderung haben am Dienstagabend Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen demonstriert, die einig sind in dem Gedanken: die Minder der Gesetgebung, die seit vielen Jahren ständig in Bewegung gesetzt worden ist, um die Interessen der Beschäftigten zu wahren, die in Bewegung gesetzt worden ist, um den sozialistischen Junkern auf Kosten des arbeitenden Volkes durch schändlichen Lebensmittelmord den Geldbeutel zu füllen; die Minder der Gesetgebung soll jetzt endlich einmal in Bewegung gesetzt werden, um eine dringende Forderung im Interesse der am schamlosesten ausgebeuteten Proletariat: der Heimarbeiter, zu erfüllen.

Die Versammlungen, von deren Verlauf die nachstehenden Berichte Kenntnis geben, nahmen einstimmig diese Resolution an:

„Die am Dienstag, 11. Dezember, tagende Heimarbeiter- und Heimarbeiterinnenversammlung hat von dem sozialdemokratischen Gesetzentwurf zum Schutze der in der Hausindustrie Beschäftigten Kenntnis genommen. Die Versammelten erklären die aufgestellten Forderungen in dem Gesetzentwurf für das Mindestmaß dessen, was zur Beseitigung ihrer Lage in wirtschaftlicher und rechtlicher Beziehung notwendig ist; sie fordern daher die Vertreter der sozialdemokratischen Partei im Reichstags auf, den Gesetzentwurf energisch und mit Nachdruck zu vertreten. Die Versammlung nimmt im weiteren Kenntnis von der jüngst erschienenen Denkschrift der Berliner Handelskammer über die Lage der Heimarbeiter Groß- und Klein- und erklärt, daß das Resultat dieser Erhebungen als mit den bestehenden Verhältnissen nicht übereinstimmend zu bezeichnen ist, da es ohne eigene Mitwirkung der Heimarbeiter zustande gekommen ist und somit eine einseitige, nur dem Unternehmertum und seinen Interessen dienende Arbeit darstellt. In Erwägung des Umstandes, daß mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisationen eine teilweise Verbesserung der Zustände in der Hausindustrie Groß-Berlins schon zurzeit sehr wohl möglich wäre, machen die Versammelten es den Parteigenossen und den Gewerkschaftsmitgliedern, deren jeweilige Angehörigen in der Heimindustrie tätig sind, zur Pflicht, diese den für ihre Branche zuständigen Organisationen als Mitglieder zuzuführen.“

Der große Saal der Arminkalle in der Kommandantenstraße war samt den Nebentäumen dicht besetzt; es waren wohl mehr denn 700 Männer und Frauen anwesend. Mit großer Aufmerksamkeit und selbstigem Interesse folgte man dem Vortrage des Reichstagsabgeordneten von Elm, der namentlich auch die schmerzliche Ausbeutung der Heimarbeit in der Tabakindustrie schilderte und die politische, gewerkschaftliche und gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse als das Heilmittel bezeichnet, das auch dieser furchtbaren Form der kapitalistischen Ausbeutung Jügel anzulegen und ein Ende zu bereiten vermöge. Der Redner schloß mit den Worten, daß nur der Sozialismus das durch den Kapitalismus geschaffene Elend endgültig beseitigen wird. Der stürmische Beifall, der dem Vortrag folgte, zeigte, daß er hiermit einer allgemeinen Überzeugung Ausdruck gegeben hatte. Zur Diskussion verlangte niemand das Wort. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Bei Rückkehr in der Dönnemühlstraße, in Berlin W., war die Versammlung gut besucht. Wenn auch zu Anfang noch einige Stühle leer waren, so füllte sich der Saal bald dermaßen, daß ein Teil der Anwesenden mit Sitzplätzen vorlieb nehmen mußten. Ungefähr ein Drittel waren Frauen, denen man größtenteils das Elend an sah, das die Heimarbeit zur Folge hat. Den Vortrag hielt der Reichstagsabgeordnete Wolkebucher. Seine von gründlicher Sachkenntnis zeugenden Ausführungen, die scharfe Beurteilung der kapitalistischen Ausbeutung, wie sie sich am schmerzlichen in der Heimarbeit zeigt und wie sie der Redner persönlich vor allem in der Tabakindustrie kennen lernte, ferner seine Kritik der erbärmlichen Haltung, die das Bürgerium und dessen politische Vertreter den elenden Zuständen gegenüber einnimmt, fanden allgemeine Zustimmung und lebhaften Beifall.

Der große Saal des Gewerkschaftshauses war gefüllt bis in die letzten Winkel selbst der Galerie. An tausend Personen mochten sich eingefunden haben, darunter viele Frauen. Hier sprach der Vorsitzende des Schneiderverbandes, Genosse Stähler. Er betonte, daß leider eine große Zahl von Heimarbeitern und Heimarbeiterinnen ihr Leben in Gebuld und Ergebenheit trügen, so daß es im gewöhnlichen Leben rein äußerlich nicht so hervortrete. Und wenn es mal auf dem Markt des Lebens jedem sichtbar werde: sei es, daß ein Schrei nach Luft, Licht und Sättigung gelend die Welt erfülle, wie beim großen Ausstand in der Konfektion, sei es, daß das Elend auf einem Kongress oder in einer Ausstellung zutage tritt, dann sei doch das Gewissen der Herrschenden und der Gleichgültigen nach kurzem Aufreiß bald wieder beruhigt. Nichts sei herausgekommen, außer den paar Bundesratsverordnungen, die eben nichts bedeuteten. Ganz anders arbeiteten Regierung und Gesetgebung, wenn es die Interessen herrschender Klassen gelte. Siehe die Durchpeitschung des Holzkaisers. Redner bot eine von großer Sachkenntnis getragene Würdigung der Lage der Heimarbeiter und Arbeiterinnen und der Mittel zur Abhilfe, wobei er der einseitigen Erforschung der Verhältnisse durch die Handelskammer kritisch nachtrat. Unter großem Beifall sang sein Vortrag aus in den Ruf: Heraus mit dem gesetzlichen Schutz der Heimarbeit! — An der Diskussion beteiligten sich u. a. Genosse Zander und Frau Kubela. Es wurde da manch krauses aber wahres Bild vom Elend der Heimarbeit entrollt, das sich die Herren von der Handelskammer hinter die Ohren schreiben könnten. Einstimmig wurde die Resolution angenommen.

Der Saal von Voelker, Weberstr. 17, war ebenfalls überfüllt. Das Referat hielt Genosse A. Sassenbach vom Sattlerverband. Mit größter Aufmerksamkeit und wiederholt durch Beifall zustimmend lauschte die tausendköpfige Menge seiner einbringlichen Schilderung. Er beleuchtete die Heimarbeit und die Misere der beteiligten Arbeiterklasse in all ihren Erscheinungsformen. Weiter wies er die Notwendigkeit der gesetzgeberischen Aktion nach. Sein Mahnruf an die Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen, auch die Macht der Solidarität, der Organisation nicht zu vergessen, womit er schloß, fand großen Beifall. — Zur Diskussion nahm als erster das Wort ein Herr Robert Wolf, der angebliche Reichende einer angeblichen Mittelstands- und Arbeiterpartei. Außer einigen konfusen Ausführungen über die Förderung des Großkapitals durch die Sozialdemokratie bestand seine Rede in verkleinernden Beleuchtungen des Reichstagsabgeordneten Singer und anderer Arbeiterführer. Namentlich trat dieser würdige Führer einer Arbeiterpartei gegen die Gewerkschaften der Arbeiter auf, deren Leiter sich „von den Großen der Arbeitermassen“. Bei der Versammlung erstete er ein gerüttelt und geschüttelt Maß voll Hohn und Spott. — Herr Paulsch, ein anderer Mittelstandsretter, billigte zwar das Verlangen der Heimarbeiter nach einer Verbesserung ihrer Lage, vertrat aber im übrigen den törichtesten Standpunkt, daß aller Übel Wurzel das — Warenhaus sei, das bekämpft werden müsse. (Weltliche Zurufe: Aber nur durch Konsumvereine!) — Die Genossen Richter, Daberk, Sue, Kronenberg, Frau Frohmann und Leopold Liepmann hoben die Debatte über das Thema des Abends auf die ihr zukommende Höhe. Tiefer stiller Ernst und Verständnis

der Sache waren das Kennzeichen ihrer Ausführungen. Mit Herrn Wolf gingen einzelne, besonders aber Liepmann, unbarbarisch in den Gericht. — Die Resolution wurde gegen die eine Stimme des Herrn Wolf angenommen. Großen Jubel erweckte es, daß dieser neueste Drahtentwerfer nach Schluß der Versammlung sich in ganz unnötiger Sorge zwischen die überwachenden Polizeibeamten verkrach und sich von ihnen hinausbringen ließ.

Das „Zwischenmänner-Gesellschaftshaus“ war schon längst vor Beginn der Versammlung völlig überfüllt, so daß der Saal polizeilich abgesperrt werden mußte. Kopf an Kopf gedrängt stand die Masse und lauschte den berechneten Worten der Genossen Kaeming, der an der Hand eines reichhaltigen Tatsachenmaterials und geführt auf eigene Erfahrungen das ganze Elend und die volkswirtschaftlichen Schäden der Heimarbeit recht anschaulich zu schildern verstand. Besonders reicher Beifall wurde dem Referenten von den zahlreich anwesenden Frauen zu teil, die damit am besten befaßten, wie sehr ihnen der Redner aus der Seele gesprochen hatte. Auch einige Zwischenmeister der Konfektionsindustrie hatten sich in einer Ecke des Saales eingeschunden, und wie es schien, konnten auch sie sich dem Eindruck der in der Versammlung gemachten Ausführungen über die Ausbeutung der Heimarbeiter nicht entziehen, wenn auch über die Rolle, welche die Zwischenmeister in der Heimarbeit spielen, nicht der leiseste Zweifel gelassen wurde. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Am Saale des „Brunnen-Theaters“ (früher Vernbach Hof-Theater) hatten sich etwa 600 Personen eingeschunden, und zwar in der Mehrzahl Frauen. Das Referat hielt der Genosse Blume. Aus der Fülle des schier unerschöpflichen Materials, sowohl vom statistischen Amt wie auch von den Gewerkschaften über die fast grenzenlose Ausbeutung und dem daraus resultierenden sozialen Tiefstand der Heimarbeiter zusammengetragen worden ist, griff Redner verschiedene besonders traurige Fälle heraus und wies darauf auf das schlagendste, daß sowohl ein gesetzliches Einschreiten der Regierung, sowie auch der allgemeine Anschluß der Heimarbeiter und Arbeiterinnen an die gewerkschaftlichen Berufsorganisationen durchaus notwendig seien, um dem Elend in diesen Arbeiterschichten endlich zu steuern. Er unterließ es auch nicht, besonders die organisierten Arbeiter aller Berufe, deren Familienangehörige als Heimarbeiter resp. Arbeiterinnen tätig sind, darauf aufmerksam zu machen, daß sie in erster Linie die Pflicht hätten, diese Angehörigen ebenfalls den betreffenden Organisationen zuzuführen. Mit der einstimmigen Annahme der Resolution beauftragte die Versammlung die sehr befähigten aufgenommene Ausschüsse des Referenten.

In Wilbrodt's Gesellschaftshaus in der Röllersstraße sprach Genosse O. Sabath. Der Besuch war sehr gut, und viele, die sich nicht zeitig genug eingeschunden hatten, mußten mit Stehplätzen zufrieden sein. Frauen, die in Menge erschienen waren, beteiligten sich lebhaft an der Diskussion, forderten zum Eintritt in die Organisationen und zum Abonnement auf die „Gleichheit“ auf, damit den Heimarbeiterinnen die dringend notwendige Aufklärung zu teil werde. Genosse Sabath beleuchtete sehr scharf die Heimarbeit in der Konfektion und zeigte die Uebel des Zwischenmeisterwesens. Er stellte die elenden Löhne der Heimarbeiter den ungerechten Profitten nahe die Konfektionäre und die Groß-Zwischenmeister einheimischen, gegenüber. Sein Referat war so anregend für die Zuhörer, daß selbst gegen Abgeneigt wiederholte Anträge auf Schluß der Debatte energisch abgelehnt wurden. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

In den Arminushallen in der Bremerstraße sprach Genosse Jul. Frähdorf vor einem überfüllten Hause. Zahlreich waren auch die Arbeiterfrauen erschienen und lauschten verständnisvoll den Ausführungen des Redners, der ein Bild vom Elend der Heimarbeiter entwarf, der die Schäden aufzählte, welche die Heimarbeit für das Familienleben im Gefolge hat, sowie als Konkurrenz, unter der die organisierten Arbeiter leiden müssen. Er erinnerte an das Wohnungselend der Heimarbeiter und an die Gefahren für die Gesundheit auch der übrigen Bevölkerung durch die Produkte der Heimarbeit. Mit großer Aufmerksamkeit folgten die Versammelten den Schilderungen des Redners und man konnte es merken, daß er nur dem Ausdruck gab, was alle dachten und fühlten: den Heimarbeitern ist gesetzlicher Schutz dringend notwendig! Der Anschluß an die Organisation eines jeden Berufs sollte von den Heimarbeitern nicht verkannt werden! — Die vorgelegte Resolution fand ungeteilte Zustimmung.

Außerdem fanden noch eine Anzahl von Versammlungen in den Vororten statt.

Die nach Pankow einberufene Versammlung war von über 150 Personen, meist Mädchen und Frauen, besucht. Die Referentin Eugenie Kadeit schilderte in vortrefflicher Weise die Verhältnisse der Heimarbeit und die Notwendigkeit ihrer Beseitigung. Auch hier fand die Resolution Annahme.

In Weiskow sprach Genosse Eugen Dräcker. Am Schluß seiner Ausführungen forderte er die Anwesenden auf, sich der Organisation anzuschließen, damit auch die Heimarbeiter in die Lage kommen, ihre Lage zu verbessern. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

In Rixdorf hatten sich im Thielischen Lokal, Vergl. 151/152, circa 700 Personen eingeschunden. Unter den Anwesenden waren die Frauen besonders stark vertreten. Genosse Ritter-Verlin behandelte in eingehendster Weise die Verhältnisse der Heimarbeit, unter besonderer Beachtung der rechtlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte, die im Entwurf enthalten sind. Eine Diskussion fand nicht statt. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Haus Industrie und Handel.

Dividendenschätzungen. Der Essener Bergwerksverein König Wilhelm soll für das laufende Jahr 20 Proz. auf Stammsaktien und 25 Proz. auf Vorzugsaktien herausbringen, gegen 12 resp. 17 Proz. im Vorjahre. — Auf 10 Proz. wird die Dividende der Essener Steinkohlenbergwerke A. G. geschätzt. — 20 Proz. auf das höchste Aktienkapital (5 Millionen Mark) gegen 18 Proz. auf 4 Millionen Mark im Vorjahre lösen die Braunkohlewerte und Dreifachwaren-Eintricht für 1906 ab. — Die Aktionäre der Steingewerkschaft in Friedrichsdorf (Baden) sollen 14—15 Proz. erhalten. Nach den allgemeinen Regeln über angeleglich enorm gestiegenen Selbstkosten müssen gläubige Gläubiger einmüßig übersehen sein über die Höhe der Dividenden.

Differenzen im Rastensyndikat. Die Harpener Gesellschaft hat für die nächste Jahresversammlung folgende Anträge gestellt: 1. einen Prozeß anzukündigen gegen die Gewerkschaft „Friedrichs-Rastbar“ auf Leistung von Schadenersatz wegen Verfalls der Fische an die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktien-Ges.; 2. Ernennung einer Kommission, welche mit den Hüttenwerken in Verhandlungen eintreten soll, daß die Hüttenwerke vergleichsweise sich bereit erklären, ihren Hütten-Selbstverbrauch zu kontingentieren und für die Dauer des Syndikatsvertrages auf etwaigen Ankauf von reinen Syndikatsfischen für diese das Privilegium des § 1 des Vertrages nicht in Anspruch zu nehmen, ebensowenig für neu einzugliedernde Hüttenwerke. Diesen Anträgen sagt die Harpener Bergbau-Akt.-Ges. folgende Erklärungen hinzu: Wir erklären hierdurch nochmals, daß wir unsere Anfechtungserklärung bezüglich des Syndikatsvertrages aufrecht erhalten, daß wir aber bis zur Vergleichswesen oder rechtskräftigen Entscheidung über die Begründetheit dieser unserer Anfechtungserklärung die aus dem Syndikatsvertrag sich ergebenden Beziehungen so behandeln und erledigen wollen, als wenn derselbe noch zu Recht bestände. Es soll aber in dieser weiteren Durchführung des Vertrages irgend ein Anerkenntnis der Rechtsgültigkeit nicht abgegeben werden.

Deutsch-amerikanische Handelsbeziehungen. Unser Handelsprovisorium mit Amerika läuft am 1. Juli 1907 ab. Da ist die Frage berechtigt: wie werden sich nach diesem Termine die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen gestalten? Auf diese Frage geht

Dr. Borgius im Dezemberheft des Handelsvertragsvereins näher ein. Er warnt vor irgend welchen Hoffnungen, die man etwa auf die ziemlich rüchliche angekündigte Entsendung amerikanischer Tarifachverständiger nach Deutschland gesetzt hat. Nach Lage der Sache sei vorläufig auf eine Schwächung der hochschutzzöllnerischen Politik in Amerika nicht zu denken. Eine Änderung der Verhältnisse, eine Einseitigkeit zur Abtragung der Zollmauer werde nur aus der Entwicklung der inneren Verhältnisse Amerikas herauswachsen. Zwei Momente, die eine gewisse Verschärfung der politischen Mächte und Interessenvertretung anlässlich, sucht Borgius in der beginnenden Bildung einer selbständigen Arbeiterpartei in der Union und in der Handelspolitik Kanadas.

Kautschukruß. Wie der „D. D. G.“ berichtet wird, soll die Fusion zweier der mächtigsten Kautschukgesellschaften der Vereinigten Staaten vorgenommen werden und innerhalb sechs Monaten zum endgültigen Abschluß gelangen.

Die beiden Gesellschaften sind die Consolidated Rubber Company und die United States Rubber Company, welche verschiedene Unternehmungen in sich aufgenommen haben, infolgedessen diese letzteren eigentlich als ihre Zweiggeschäfte zu betrachten sind. Es verläutet nebenbei, daß auch die Continental Rubber Company, die der Standard Oil-Gruppe angehört und beinahe ausschließlich die meisten Kautschukwälder in Guayule ausbeutet, wie auch im Kongostaat das Kautschukmonopol erworben hat, sich an dem geplanten Trust beteiligen wird. Demnach handelt es sich hier um die Gründung eines tatsächlichen Welttrusts für den Handel in Kautschuk.

Einfuhrzoll auf Getreide. Der spanische Finanzminister Reberter erklärte in der Kammer Sitzung am Dienstag, er habe die Einführung von Einfuhrzöllen für ausländisches Getreide in Aussicht genommen.

Wohnpreise in Rußland. Nach der offiziellen „Handels- und Industrie-Ztg.“ hat die Bauernbank in der Zeit vom 3. November 1906 bis 1. November 1906 1780 Güter, bestehend aus 2456 105 Desjatinen für die Summe von 294 866 083 Rubel anzulassen bestimmt. Im Durchschnitt also für 121 Rubel die Desjatine. Das Angebot des Landes ist sehr groß und ungeachtet dessen sind die Preise sehr gestiegen. Bis zum Jahre 1907 überstiegen die jährlichen Durchschnittspreise niemals 109 Rubel für die Desjatine, in dem letzten Jahre war der Preis von der Bank schon gekaufter Güter 124 Rubel für die Desjatine und der noch nicht gekauften, aber für den Ankauf bestimmten ist 121 Rubel für die Desjatine. — Die Preise dieses Jahres sind also viel höher als diejenigen, die die Bauern früher bei dem Landlauf durch die Bank zahlten. Im Jahre 1897 stiegen diese Preise von 49 auf 71 Rubel, im Jahre 1904 betrug sie 112 Rubel, in diesem Jahre sind sie also um 9—12 Rubel in die Höhe gegangen.

Soziales.

Schadenersatz wegen Verstoßes gegen die Unfallverhütungsvorschriften.

Die Maschinen-Eisen- und Stahlwerke, bei denen der Kläger als Zeichner beschäftigt war, hatten Maschinenapparaturen vornehmen lassen und war bei einer Bohrmaschine die Säugvorrichtung nicht mehr angebracht worden. Als der Kläger eines Tages seinen Firtel härtete, hat ihn ein an der Maschine beschäftigter Arbeiter, ihm den Bohrer mitzubringen, was er auch tat. Nachdem dies geschehen war, sollte der Bohrer mit in die Maschine einstecken helfen. Er kam hierbei mit der linken Hand in die Zahnräder und wurde ihm der linke Zeigefinger weggequetscht. Aus dem Unfall machte er die besagte Stahlwerke zur Zahlung von Schmerzensgeld und einer Rente von jährlich 500 R. fest, außerdem verlangt er eine einmalige Abfindungssumme in Höhe von 10 000 R. Seine Klage stützte sich auf das Unfallversicherungsgesetz, das Reichsbohrpflichtgesetz und die §§ 618, 623 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, während die besagte Firma einwendete, daß eigenes Verschulden den Unfall herbeigeführt habe; denn Kläger sei als Zeichner beschäftigt gewesen und habe in den anderen Räumen nichts zu suchen gehabt.

Landgericht und Oberlandesgericht Colmar erklärten den Anspruch des Klägers dem Grunde nach als gerechtfertigt. Das Oberlandesgericht verurteilte die Beklagte, ohne den Fall nach dem Reichsbohrpflichtgesetz näher zu prüfen, nach dem § 623 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Verbindung mit dem Unfallversicherungsgesetz. Und zwar habe die Beklagte gegen ein den Schutz eines anderen bezweckendes Gesetz verstoßen, indem er die im Unfallversicherungsgesetz vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen, die bereits seit Jahren fehlten, nicht mehr angebracht hat. Auf die verschiedenen Einwendungen der Beklagten führt das Oberlandesgericht noch aus: Es sei unbestreitbar, daß die Zahnräder zu verdecken sind. Es komme hierbei nicht darauf an, ob der Kläger zu den versicherten Personen gehöre, sondern auf den versicherungspflichtigen Betrieb der Beklagten. Eigenes Verschulden des Klägers liege aber nicht vor. Mit einem an ihn ergangenen Verbot, die anderen Räume nicht zu betreten, sei es wenig Ernst gewesen, so daß für den Fall, daß ein Verschulden angenommen werden sollte, dieses so geringfügig sei, daß es nicht in Betracht kommen könnte.

Haus der Frauenbewegung.

Das Spielzeug der Kinder.

Weihnachten naht, die Zeit, in der auch die proletarische Hausfrau und Mutter grübelt, wie sie mit wenigen Mitteln ihren Lieben eine Weihnachtsfreude bereiten kann. Die Kinder äußern der Wünsche so viele, und die Schaulust und Auslagen fördern immer mehr Wünsche zutage, so daß den Eltern die Wahl schwer wird. Mehr Spiel ohne Zweifel am glücklichsten, wenn sie sich ungehindert bewegen können. Die kleine zappelige Gesellschaft liebt das Stillsitzen oder Stillstehen durchaus nicht. Schon der Säugling äußert eine Zerstörungslust, indem er alles, was irgend in seinen Bereich kommt, mit seinem Munde in Verührung bringt; daher ist es notwendig, daß für die Kleinsten der Kleinen leicht abwaschbares Spielzeug Verwendung findet. Man breche mit der Lust, dem schreienden Säuglinge alle möglichen Gegenstände in die Hände zu geben. Schlüssel, Portemonnaies usw. sind keine Spielzeuge für Kinder. Ebenfalls soll man dem Kinde kein Papier, das wegen des Knisterns von den Kleinen Plagegeister sehr geliebt wird, geben. Schon früh äußert sich beim Spiel die Neigung zu beobachten, zu untersuchen, zu vergleichen und zu erfinden. Diese Neigung soll man möglichst durch geeignetes Spielzeug pflegen. Leider werden diese Neigungen der Kinder in unseren Volksschulen nicht gefördert. Sie werden dort des selbständigen Denkens entbehren.

Anregung im Spiel geben Werkzeugkästen, Baukästen, Malbücher, Farbenkästen. Auch Modellierbogen geben Anregung in Fülle und Fülle. Für die älteren Kinder eignen sich vor allem gute Bücher als Geschenk. Solches Spielzeug weckt das Selbstbewußtsein und die künstlerischen Anlagen des Kindes, entwickelt Formensinn und Geschmack und erzieht zur Wertschätzung der Arbeit. Die Beschäftigung beim Spiel ist für das Kind das Gleiche, wie für den Erwachsenen eine fesselnde Arbeit; daher liegt im kindlichen Spiel ein bedeutsames bildendes und erzieherisches Moment. Da durch das Spiel gute und böse Eigenschaften im Kinde geweckt und genährt werden können, ist das Spielzeug der Kinder sorgfältig auszuwählen.

Verwerflich ist es geradezu, wenn Mütter, die den Fluch des Militarismus und seine kulturfeindliche Tendenz kennen, ihren Kindern Weisföldchen, Soldatenbilderbücher oder gar Soldatenmonturen als Spielzeug geben.

Mütter! Unserer Aufgabe ist es, Absehen gegen alles, was tof, grausam und gemein ist, in den Kinderherzen zu wecken, und dagegen die Liebe zu Mensch und Tier, zur freien, schönen Natur in den Kindern zur Entfaltung zu bringen. In unseren Kindern

wollen wir uns nicht nur erneuern, sondern veredeln, und da müssen wir jede Möglichkeit, auch das Spiel, auszunutzen, um eine vollwertige, selbstbewußte Generation heranzubilden, bei der alles harmonisiert, Körper und Geist, Gemüt und Verstand, Wissen und Können.

So machen wir es der Jugend leichter, zum Sozialismus zu kommen, erparen wir es ihr, sich von falschen Anschauungen und Einbrüden befreien zu müssen, die beim kindlichen Spiel mit ihnen betrauteten.

Gerichts-Zeitung.

Die Schwindelkaffe „Volkswohl“, Pank. 13.

auf deren gemeingefährliches Treiben als sogenannte Wohlfahrtskaffe und als Bestandesvermietungs-Bureau wir wiederholt aufmerksam gemacht haben, bildete den Hintergrund eines gestern begangenen Betrugsprozesses, für dessen Verurteilung vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I drei Sitzungstage in Aussicht genommen sind. Da über 70 Zeugen geladen sind, muß die Verhandlung in dem Schwurgerichtssaal stattfinden. Die Anklage richtet sich gegen den 45jährigen Kaufmann Ewald Ley, der beschuldigt wird, seit dem Herbst 1903 als Vorsitzender des aus über 1000 Mitgliedern bestehenden Vereins „Volkswohl“ eine Reihe Unregelmäßigkeiten begangen zu haben, welche die Mitglieder in betrüblicher Weise geschädigt worden sind. Der Anklage liegt folgendes zugrunde: Der Angeklagte ist gelehrter Kaufmann und etwa bis zum Jahre 1902 Inhaber eines kleinen Geschäftes gewesen, welches sich jedoch nicht gut rentierte. Ley angibt, habe er es deshalb mit Freude begrüßt, als ihm ein Bekannter, der Kaufmann Otto, einen neuen Plan mitteilte, der unter Umständen großen Gewinn einbringen könnte. Dieser Plan ging dahin, einen Wohlfahrtsverein zu gründen, der seinen Mitgliedern hauptsächlich aus vorübergehenden finanziellen Schwierigkeiten heraus helfen und ihnen Rechtschutz usw. angeheben sollte. Von diesem Zeitpunkt ab nahm der Angeklagte die Leitung der ganzen Sache in die Hand, während Otto vollständig von der Bildfläche verschwand. Ley erließ an mehrere Bekannte Einladungsbriefe zu einer Zusammenkunft, die auch am 11. September 1903 stattfand, an der aber in der Hauptsache nur Familienmitglieder des Angeklagten sowie nähere und entferntere Verwandte teilnahmen. Ley wurde einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Nach den Statuten, die der Angeklagte zu dieser Zusammenkunft mitgebracht hatte, wurde als Zweck des zu gründenden Vereins die gegenseitige Unterstützung hilflosbedürftiger Mitglieder, die Errichtung einer eigenen Unfallversicherung und Sterbefälle sowie Erteilung von Auskünften und Rechtschutz angegeben. Am 1. Oktober trat das neue Unternehmen unter dem Namen Verein „Volkswohl“ in die Öffentlichkeit. Der Angeklagte machte nun mit Hilfe eines nahen Verwandten, eines Kaufmanns Frick, der das Amt eines zweiten Vorsitzenden bekleidete, für den Verein eifrigste Propaganda. Es wurden Tausende von Prospekten verandt, in denen in verlockender Weise dasjenige alles geschildert wurde, was man durch einen Beitritt zum Verein und eine wöchentliche Zahlung von 50 Pfennigen Beitrag erlangen konnte. Außerdem wurde ein ganzes Heer von Agenten engagiert, die Mitglieder ausmachen sollten. Da das Geschäft anfänglich nicht gut ging, wurde ein neues Mittel herangezogen. Der Verein erließ einen Aufruf an 8000 Postleuten, die zum Teil selbst Mitglieder werden sollten, oder als Agenten unter den Hausbewohnern tätig sein sollten. Dies sollte zur Folge, daß eine große Anzahl Personen, etwa 4 bis 5000 sich als Mitglieder meldeten und die zwei Mark betragende Eintrittsgelder bezahlten. Anfänglich kam der Vereinsvorstand auch seinen Verpflichtungen nach und zahlte Krankengelder und Unfallvergütungen aus. Nach kurzer Zeit wurden jedoch einzelne Mitglieder abgewiesen. Diesen wurde meistens ein Schreiben von dem Angeklagten überhandt, in dem es kurz hieß: „Durch Vorstandsbeschluss wird Ihnen eine Unterstützung versagt, da es sich um ein chronisches Leiden handelt.“ Wenn die Betroffenen trotzdem ihr gutes Recht als Mitglied für sich in Anspruch nehmen wollten, wurde ihnen ein Paragraph aus den Statuten vorgelesen, von welchem sie bisher keine Ahnung hatten. In diesem hieß es wörtlich: „Auf irgend welche Unterstützung haben die Mitglieder keinen Rechtsanspruch.“ Das eigentliche Mitgliederbuch, in dem dieser eigenartige Paragraph enthalten war, wurde, wie die Anklage behauptet, den Betroffenen immer erst dann zugestellt, wenn sie schon Mitglieder waren. Seine Erstpublikation wurde zuerst zugestellt und die sie zum Eintritt veranlaßt hatten, enthielten dem fraglichen Passus nicht. Noch krasser tritt die von der Anklage behauptete Unrechtheit des ganzen Unternehmens dadurch hervor, daß fälschlicherweise angegeben war, jedes Mitglied habe freie Mitgliedschaft. Dies stellte sich als völlig unwahr heraus, denn jedes Mitglied mußte den konsultierten Arzt auf eigener Tasche bezahlen. Der Angeklagte behauptete vor Gericht, daß der Passus „freie“ Mitgliedschaft nur vorläufig, daß sich jedes Mitglied selbst einen Arzt wählen könne, ihn aber auch bezahlen müsse, dagegen nicht gezwungen sei, den von der Kaffe gestellten Arzt in Anspruch nehmen zu müssen. — Von dem zuerst eingelaufenen Gelde wurden genau 90 Proz. für „Verwaltungskosten“, das heißt für Herrn und Frau Ley, verauslagt, sodas bald in der Kaffe eine surhabare Erde herrschte. Die von den Agenten eingelaufenen Geldbeträge wurden bald wieder zur Deckung von Unkosten benutzt. In diesem Verfahren erblickt die Klagbehörde einen Betrug. — In der vorliegenden Sache stand vor mehreren Wochen schon einmal Termin an, der auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Poländer der Vertagung anheimfiel. Der Verteidiger unterbreitete dem Gericht damals Tatsachen, die gewisse Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Ley ausstießen ließen. Zu der gestrigen Verhandlung war deshalb der Gerichtsarzt Dr. Strauch geladen, der indessen nach einer genauen Beobachtung zu dem Gutachten kam, daß bei Ley von einer Geistesstörung keine Rede sein könne, er vielmehr, wie wir seiner Zeit schreiben, ein Simulant sei. — Der Angeklagte befreit in seiner Vernehmung, die den ganzen Vormittag in Anspruch nahm, sich irgendwie strafbar gemacht zu haben. Er habe bei Gründung seines Unternehmens nur beabsichtigt, dem einfachen Manne in Form einer Unterstützungskasse einen reumütigen Rückhalt zu verschaffen, wenn er durch irgend ein Mißgeschick mit seiner Familie dem Ruin nahe sei. Er selbst habe über ein Jahr hindurch seine Arbeit dem Verein gewidmet ohne einen Pfennig dafür zu erhalten und erst später habe er eine Entschädigung in Form einer Provision erhalten. — Unter den geladenen 70 Zeugen befinden sich zumeist kleine Handwerker und Gewerbetreibende, die monatlich ihre Einzahlungen gemacht und seinen Pfennig zurückgehalten haben. Die Verhandlung wurde um 3 1/2 Uhr nachmittags auf Donnerstag 1/2 10 Uhr vertagt.

Notwehr eines Streikunfugigen?

Am 1. April 1906, also zur Zeit des Breslauer Droßkaffens, war der Droßkaffensbesitzer Daner in Breslau nicht auf der ihm polizeilich zugewiesenen Haltestelle angekommen. Dadurch sollte er die Breslauer Droßkaffensordnung übertreten haben. Das Landgericht sprach ihn aber wegen Vorliegens von Notwehr frei. Es ging von der Behauptung aus, daß am Abend vorher dem Angeklagten von verschiedenen Personen zugerufen worden sei: „Zu versuchter Streikbrecher, wir werden es Dir anschießen, wir werden uns Deine Nummer.“ — Das Kammergericht hob das Urteil auf und verurteilte die Sache neu an das Landgericht. Der Begriff der Notwehr sei verkannt. Wenn § 53 des Strafgesetzbuchs die Strafbarkeit u. a. ausschließt, wenn der Täter durch eine Drohung, welche mit einer gegenwärtigen, auf andere Weise nicht abwendbaren Gefahr für Leib und Leben verbunden war, zu der Handlung genötigt worden ist, so sei damit nicht eine Missetat für den nächsten Tag bedrohende Gefahr gemeint. Sie vielmehr gegenwärtig sein oder sich so an die Drohung anschließen, daß der Wille des Betroffenen vollkommen beherrscht werde. Die Worte „oder das Leben“, das sei die charakteristische Situation.

A. WERTHEIM

GEMÜSE-KONSERVEN

Stangen-Spargel ^{extrastark} 1.60, ^{1/2 D.} 85 Pf.	Gemischt. Gemüse ^{extrafein} 1.25, ^{1/2 D.} 68 Pf.
Stangen-Spargel I " 1.35, " 73 Pf.	Gemischt. Gemüse I " 95 Pf., " 53 Pf.
Stangen-Spargel II " 1.20, " 65 Pf.	Gemischt. Gemüse II " 65 Pf., " 38 Pf.
Stangen-Spargel III " 80 Pf., " 45 Pf.	Gemischt. Gemüse " 45 Pf., " 28 Pf.
Riesenbruch-Spargel " 1.35, " 73 Pf.	Grünkohl " 35 Pf.
Bruch-Spargel ^{extrastark} " 1.20, " 65 Pf.	Wirsingkohl " 35 Pf.
Bruch-Spargel I " 85 Pf., " 48 Pf.	Weisskohl " 35 Pf.
Bruch-Spargel II " 70 Pf., " 40 Pf.	Kohlrabi " 25 Pf.
Bruch-Spargel ^{ohne Köpfe} " 58 Pf., " 34 Pf.	Kohlrabiköpfe " 45 Pf.
Abschnitt-Spargel " 38 Pf., " 24 Pf.	Teltower Rübchen " 68 Pf., ^{1/2 D.} 40 Pf.
Kaiserschoten ^{extra} " 1.25, " 68 Pf.	Spinat " 45 Pf., " 28 Pf.
Kaiserschoten " 1.10, " 60 Pf.	Rote Rüben " 35 Pf., " 23 Pf.
Junge Schoten ^{extrafein} " 90 Pf., " 50 Pf.	Morcheln I " 1.30, " 70 Pf.
Junge Schoten I " 80 Pf., " 45 Pf.	Morcheln " 1.10, " 60 Pf.
Junge Schoten II " 52 Pf., " 32 Pf.	Pfefferlinge " 50 Pf., " 30 Pf.
Junge Schoten III " 48 Pf.	Champignons II " 1.25, " 70 Pf.
Junge Schoten IV " 38 Pf.	Brech- u. Schneidebohnen
Schoten u. Karotten " 60 Pf.	^{1/2 Dose} 25 Pf., ^{1 1/2 Dose} 40 Pf., ^{2 1/2 Dose} 65 Pf.
Karotten I " 68 Pf., " 40 Pf.	Brech- u. Schneidebohnen Ia.
Karotten " 48 Pf., " 30 Pf.	^{1/2 Dose} 45 Pf., ^{1/2 Dose} 28 Pf.
Karotten ^{in Streifen} " 30 Pf.	Wachsbohnen ^{1/2 Dose} 42 Pf.

Gänse	Pfund 62 Pf.
Enten	Stück 2.40, 2.95 Mk.
Suppenhühner	Stück 1.65, 2 Mk.
Brathühner	Stück 1.45, 1.85 Mk.
Puten	Pfund 80 Pf.
Poularden	Pfund 1.15 Mk.

Zerelatwurst ^{In Rind-}	^{darm} Pfd. 1.25
Salamiwurst ^{In Rind-}	^{darm} Pfd. 1.25
Plockwurst	Pfd. 1.10
Schinkenspeck	Pfd. 1 Mk.
Kassel. Rippespeer	Pfd. 95 Pf.
Lachsschinken ^{Pariser}	^{Art} Pfd. 1.90
Schinken ^{Prager Art,}	^{zum Backen} Pfd. 1.10
Gänsebrüste	Pfd. 1.50

FRÜCHTE-KONSERVEN

Saure Kirschen ^{ohne Steine} ^{1/2 D.} 95 Pf., ^{1/2 D.} 53 Pf.	Kompott-Ananas in Scheiben
Saure Kirschen ^{mit Steinen} 65 Pf., " 38 Pf.	^{1/2 Dose} 1.25, ^{1/2 Dose} 75 Pf.
Erdbeeren ^{in Zucker} " 1.40, " 75 Pf.	Dunst-Früchte
Aprikosen ^{halbe Frucht} " 1.20, " 65 Pf.	Stachelbeeren, Johannisbeeren, Pflaumen, Birnen 55 Pf.
Himbeeren " 1.25, " 68 Pf.	Heidelbeeren, Kirschen mit Steinen Glas
Pfirsiche " 1.30, " 70 Pf.	Dunst-Früchte in Zucker
Johannisbeeren " 68 Pf., " 40 Pf.	Kirschen ohne Steine Glas 72 Pf.
Stachelbeeren " 65 Pf., " 38 Pf.	Himbeeren Glas 90 Pf., Pflaumen Glas 50 Pf.
Birnen ^{weiss und rot, halbe} ^{Frucht} " 70 Pf., " 40 Pf.	Kirschen ^{ohne Steine} 38 Pf.
Preisselbeeren ^{1/2 D.} 70 Pf., ^{ca. 10 Pfd.} 1.70, ^{ca. 10 Pfd.} 3.30	Deutsche Marmeladen
Apfelmus ^{1/2 D.} 58 Pf., ^{ca. 10 Pfd.} 1.10, ^{ca. 10 Pfd.} 2.50	Aprikosen, Himbeeren, Erdbeeren, Johannisbeeren Eimer ca. 2 1/2 kg 2.85 Mk.
Kalifornische Früchte	Gemischte Marmelade
Aprikosen, Pfirsiche, Birnen ^{1/2 Dose} 1.80	Eimer ca. 2 1/2 kg 1.20, Eimer ca. 5 kg 2.25 Mk.
Aprikosen, Pfirsiche, Weintrauben ^{1/2 Dose} 1 Mk.	
Ananas in Scheiben ^{zur Bowle}	
^{1/2 Dose} 1.50, ^{1/2 Dose} 85 Pf., ^{1/2 Dose} 48 Pf.	

Echtes Budapesteser Mehl	Pfd. 24 Pf.
Kaiser-Auszugmehl	Pfd. 18 Pf.
Weizenmehl 00	Pfd. 15 Pf.
Sultaninen I	Pfd. 80 Pf.
Sultaninen II	Pfd. 65 Pf.
Rosinen	Pfd. 65 Pf.
Korinthen	Pfd. 38 Pf.
Riesenmandeln ^{süss und}	^{bitter} Pfd. 1.30 Mk.
Mandeln ^{süss und bitter}	Pfd. 1.10 Mk.
Zitronat	Pfd. 90 Pf.

FISCH-KONSERVEN

Bratheringe	Dose 47 Pf.	Französ. Sardinen in Öl:	
Bismarckheringe	" 47 Pf.	Marke Chancerelles ^{1/4 D.} 90 Pf., ^{1/2 D.} 1.40	
Heringe in Aspic	" 40 Pf.	Amieux Frères ^{1/4 D.} 1 Mk., ^{1/2 D.} 1.65	
Delikatessheringe ^{in verschiedenen Saucen}	^{1/2 Dose} 83, ^{1/2 Dose} 52 Pf.	^{In Tomaten} ^{1/4 D.} 70, ^{1/2 D.} 95 Pf.	
Nordseekrabben ^{1/2 Dose} 70, ^{1/2 Dose} 40 Pf.	Aal in Gelee	Dose 80 Pf.	
Russ. Sardinen u. Anchovis	Glas 25 Pf.	Lachs in Gelee	Dose 1.10
Sardinen in Öl	^{1/2 Dose} 35, 45 Pf.	Lachs-Kotelettes ^{1/2 Dose} 1.50, ^{1/2 Dose} 1 Mk.	

PRÄSENTKÖRBE von 5 Mk. an

An den Sonntagen vor Weihnachten sind unsere Geschäftshäuser geöffnet:
 Leipziger-Strasse von 12 bis 5 Uhr
 Rosenthaler- u. Oranienstr. von 1 bis 7 Uhr

Der Massenstreik vor Gericht.

Vor der Strafkammer in Weimar hatte sich gestern die Genossin Rosa Luxemburg wegen der Rede zu verantworten, die sie auf dem Jenaer Parteitag in der Diskussion über den Massenstreik gehalten hat.

Der Juhoretraum war dicht gefüllt, teils waren die Parteigenossen erschienen, teils die Damen der höchsten Bourgeoisie, die gekommen waren, um dem Schauspiel der Verhandlung gegen unsere Genossin beizuwohnen.

Dies wurde nunmehr verlesen, und zwar vom Referat des Genossen Bebel an bis zu der Rede der Genossin Luxemburg. Bei der Verlesung der Rede des Genossen Bebel wird der Passus über den Feindschaft Artikel in der Mitte abgebrochen.

Der Verteidiger beantragt, gerade diese Stelle zu verlesen. Dies geschieht. Die Stelle lautet:

„Er (Heine) weist dann darauf hin, welche ungeheuerliche Urteile die Gerichte, namentlich die Militärgerichte fällen würden, weil es nach seiner Meinung gar nicht möglich ist, eine so große und gewaltige Bewegung in ruhiger Weise durchzuführen, schon angesichts der Provokation der Gegner. Als ich mit einem Parteigenossen über den Artikel sprach, sagte dieser: Heine hat, natürlich ohne es zu wollen, einem Staatsanwalt ausgezeichnetes Material zu einer Rede geboten. Ich antwortete, so dumm ist kein Staatsanwalt; es sind ja nicht gerade die Dümmlsten, die Staatsanwälte werden. (Heine: Wenigstens so dumm sind sie nicht! Stadthagen: Doch, die Dümmlsten sind es. Weiterleit.) Ich bin ja überzeugt, Genosse Stadthagen, daß Sie viel klüger sind, als alle Staatsanwälte zusammen. (Große Heiterkeit.) Nein, so dumm ist selbst der dümmste Staatsanwalt nicht; mit derartigen Anklagen, wie sie uns Heine ausmalt, würde er selbst vor einem Klaffengericht abblitzen.“

Der Staatsanwalt beantragt nunmehr, auch die Rede der Angeklagten auf dem letztjährigen Parteitag in Mannheim zur Verlesung zu bringen.

Hierzu erklärt der Verteidiger, daß er zwar nicht einsehen könne, wozu diese gar nicht zur Anklage stehende Rede verlesen werden solle, die Angeklagte habe aber nichts zu verheimlichen und denke gar nicht daran, ihre Anschauungen zu verbergen, und deshalb wolle er der Verlesung auch dieser Rede nicht widersprechen.

Die Verlesung erfolgt.

Als einziger Zeuge wird vernommen der Polizeikommissar Vogel, Jena, der auf dem Parteitag als „überwachender“ fungierte. Er beginnt zu erzählen, was die Angeklagte ungefähr gesagt habe. Doch das interessierte die Richter nicht. Der Vorsitzende fragt, wie die Angeklagte geredet und welchen Eindruck die Rede gemacht habe. Der Zeuge befand: Die Angeklagte hat sehr erregt und in großer Aufregung gesprochen. Ich hörte sie zum ersten Male, aber ich hatte den Eindruck, daß das ihre Art sei und sie immer so spräche. Der Eindruck auf die Anwesenden ist schwer zu schildern; ich hatte den Eindruck, daß man die Angeklagte nicht ernst nimmt. Ein Student hat mir das bestätigt, denn er hat sich auch darüber lustig gemacht. Ich habe das auch bei den Reden der Frauen Jule und Jettin bemerkt, daß man die Frauen nicht ernst nimmt, denn wir sind noch nicht so weit, daß sich die Männer von Frauen in der Politik beeinflussen lassen. (Die Richter lächeln.) Der Beifall des Parteitages ist nach meiner Empfindung nur ironisch, nur spöttisch gemeint gewesen. Trotzdem aber glaube ich, daß es der Angeklagten ernst war. Ich hatte den Eindruck, daß die Angeklagte nicht im Augenblick, sondern für den gegebenen Fall zu Gewalttätigkeiten aufreize.

Verteidiger: Wenn Sie den Eindruck hatten, glaubten Sie nicht, daß hier zu strafbaren Handlungen aufgefordert wurde und wollten Sie die Angeklagte nicht sofort verhaften? Vors.: Das ist doch zweifelhaft, da nicht jeder, der Strafbares begehrt, sofort verhaftet wird.

Angell.: Habe ich nach der Meinung des Zeugen zu einem eventuellen Massenstreik oder zu „Gewalttätigkeiten“ aufgefordert? Zeuge: Ich weiß wohl, daß beides nicht identisch ist, aber der Massenstreik wird zu Gewalttätigkeiten führen. Vors.: Das ist Ihre persönliche Ansicht.

Damit ist die Beweisaufnahme geschlossen.

Der Staatsanwalt Dr. Blochmann plädiert: Nachdem Bebel auf dem Parteitag zugunsten des Massenstreiks gesprochen hatte, äußerten andere Redner Bedenken dagegen, weil der Massenstreik zu einer gewaltsamen Revolution mit einer Niederlage der Arbeiter führen würde. Dann kam die Angeklagte und sprach mit Hohn und Spott gegen diese Bedenken, zumal wir im Jahre der „glorreichen russischen Revolution“ lebten. Wir wären ja Esel, wenn wir daraus nicht lernen wollten“ und, so äußerte sie und betonte, daß wir auch in Deutschland auf dem Punkte seien, wo die Evolution in die Revolution umschlage. Heine erwidert sie, er habe keine Fühlung mit den Massen, die stets ihr Blut verprügelt hätten, wie die Geschichte beweise, jetzt aber solle das Blut einmal für die eigene Klasse verprügelt werden. Das sind die Hauptpunkte der Rede, die sich weniger mit dem Massenstreik als mit der Revolution befaßt. Ja, die Angeklagte erwähnte nur ab und zu den Massenstreik, um über die Hauptfrage, die Revolution reden zu können. Dadurch wird aber die Anreizung zu Gewalttätigkeiten in die so wie so schon verwirrten Massen geschleudert, und der Hinweis auf das kommunistische Manifest, daß die Proletarier nichts zu verlieren hätten als ihre Ketten, keine den „blutigen Ernst“ der Rede. Die Angeklagte will, daß die Ziele der Sozialdemokratie nicht auf parlamentarischem Wege oder auf dem Wege des Massenstreiks erreicht werden, sondern durch gewaltsamen Umsturz; und die Rede sollte die Massen aufreizen, ihre Ketten zerbrechen. Wie in Russland, so solle es auch bei uns geschehen. Das alles stellt Aufforderungen zu Gewalttätigkeiten dar. Aber die Worte sind auch schon geeignet, die Massen in innerer Erregung zu versetzen. Daß der Zeuge die Rede nicht ernst genommen habe, damit tut er der Angeklagten keinen Gefallen, denn es kommt gerade in Betracht und fällt strafverhängend ins Gewicht, daß die Angeklagte eine große Rolle in der Partei spielt und durch ihre Rhetorik bedeutenden Einfluß hat und somit besonders gefährlich ist. Ich beantrage vier Monate Gefängnis.

Verteidiger Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld: Ich bitte den Gerichtshof, hier ganz außer Betracht zu lassen, ob die Angeklagte in Erregung gesprochen oder Führerin einer großen Partei ist; hier kommt nur die Handlung der Angeklagten in Betracht. Und da fehlen zur Erfüllung des § 130 alle Merkmale. Man hätte ja die Anklage überhaupt nicht erhoben, wenn nicht anfänglich ein fallcher Bericht in einer Zeitung erschienen wäre.

Nach dem fallchen und als fallch zugegebenen Bericht der „Jenaischen Zeitung“ sollte die Angeklagte gesagt haben: „Wir sind gewillt, die Gesellschaftsordnung gewalttätig zu ändern.“ Auf diesen Bericht hin wurde das Verfahren eingeleitet, die Anklage aber noch erhoben, als sich schon herausgestellt hatte, daß die Angeklagte jene Worte nicht gesagt hatte. Jetzt mußte nun selbst der Polizeikommissar answagen, daß er nicht den Eindruck hatte, als sei zu Gewalttätigkeiten aufgereizt worden. Das ist schon ent-

scheidend. Der Staatsanwalt legt dem Wort Revolution einen Begriff unter, der im Widerspruch steht zur Wissenschaft und zur Gesamtaufassung der sozialdemokratischen Partei. In Jena pflegte man eine Diskussion über den politischen Massenstreik, wobei es sich nicht um eine Aufforderung oder gar Proklamierung eines solchen handelte. Die Angeklagte steht auf dem Standpunkt, daß ein Massenstreik und eine Revolution nicht künstlich gemacht werden können und nur Ergebnisse der historischen Entwicklung sind. Sie betont in ihrer kürzlich erschienenen Broschüre erst wieder, daß gerade die russische Revolution das unwiderleglich lehrt, daß ein Massenstreik nicht aus freien Stücken beschlossen werden könne. Sie schreibt:

„Die vereinzelt Beispiele von Versäufen und Abmachungen des russischen Parteivorstandes, die wirklich den Massenstreik aus freien Stücken proklamieren sollten, wie z. B. der letzte Versuch im August dieses Jahres nach der Duma-Auflösung, sind fast gänzlich gescheitert. Wenn uns also die russische Revolution etwas lehrt, so ist es vor allem, daß der Massenstreik nicht künstlich „gemacht“, nicht ins Blaue hinein „beschlössen“, nicht „propagiert“ wird, sondern daß er eine historische Erscheinung ist, die sich in gewissem Moment aus den sozialen Verhältnissen mit geschichtlicher Notwendigkeit ergibt.“

Nicht durch abstrakte Spekulationen also über die Möglichkeit oder Unmöglichkeit, den Ruhen oder die Schädlichkeit des Massenstreiks, sondern durch die Erforschung derjenigen Momente und derjenigen sozialen Verhältnisse, aus denen der Massenstreik in der gegenwärtigen Phase des Klassenkampfes erwächst, mit anderen Worten: nicht durch subjektive Beurteilung des Massenstreiks vom Standpunkte des Wünschbaren, sondern durch objektive Untersuchung der Quellen des Massenstreiks vom Standpunkte des geschichtlich Notwendigen kann das Problem allein erfasst und auch diskutiert werden.“

Genau denselben Standpunkt hat die Angeklagte auch in ihrer Mannheim Rede vertreten, deren Verlesung der Herr Staatsanwalt dankenswerterweise selbst beantragt hat.

Die Angeklagte, die dies geschrieben und gesprochen hat, kann unmöglich zur sofortigen Inzenerierung des Massenstreiks, geschweige zur Revolution aufgefordert haben. Aber selbst wenn sie es hätte, so wäre darin nichts Strafbares, denn der Streik ist gesetzlich erlaubt und auch derjenige zur Erringung politischen Einflusses. Demnach kann eine Aufforderung zum Massenstreik niemals strafbar sein. Die Gerichte haben wiederholt dahin entschieden, daß die Aufforderung zum Massenstreik nicht strafbar sei, weil mit der Durchführung eines Massenstreiks nicht notwendig Gesetzesverletzungen und strafbare Handlungen verbunden sein müssen. Der Staatsanwalt operiert fortgesetzt mit dem Hinweise der Angeklagten auf Russland, dabei sind die russischen Arbeiter nur in ihren Kampf getrieben worden und bringen nur notwendige Opfer. Höchst auffällig ist es, daß der Staatsanwalt in der Zitierung der Schlüsse des kommunistischen Manifestes etwas Besonderes Strafbares findet. Diese Schrift ist doch nicht verboten, sie ist vielmehr in vielen Auflagen in Deutschland verbreitet und in Berlin erschienen. Uebrigens wandte sich die Angeklagte nicht an die großen Massen, sondern an die Delegierten zum Parteitag, und zwar zu dem Zwecke, sie geneigt zu machen, die Resolution Bebel anzunehmen, in der nur für gewisse Fälle, „gegebenenfalls“ die Anwendung des Massenstreiks für zulässig erklärt wird. Die Angeklagte kann demnach gar nicht „verschiedene Bevölkerungsklassen“ zu Gewalttätigkeiten angereizt haben; ganz zu schweigen von einer den „öffentlichen Frieden gefährdenden Weise“, da selbst der Polizeibeamte, der ja kraft seines Amtes mehr wie jeder andere dazu neigt, Strafbares wahrzunehmen, diesmal keinen Anlaß zum Eingreifen gefunden hat. Es ist doch verständlich, daß die Erörterung des Problems des Massenstreiks strafbar, die Ausführung aber gestattet sein soll. Die ganze Versammlungsfreiheit würde untergraben und vernichtet sein, wenn eine solche Rede nicht mehr gehalten werden dürfte. Gehlen demnach alle Voraussetzungen des § 130, so muß Freisprechung erfolgen.

Der Staatsanwalt: Selbst Bebel hat auf dem Parteitag gesagt, daß die Angeklagte eine echt revolutionäre Rede gehalten habe und David hat erklärt, die Rede der Angeklagten sei ein Rückfall in den alten Revolutionarismus. Es sei doch offensichtlich, daß die Angeklagte vom Massenstreik lediglich deshalb spräche, um unter diesem Schein die Rede auf die Revolution halten zu können. Es sei auch in Jena nicht lediglich eine theoretische Diskussion gewesen, an der die Angeklagte teilgenommen hat. In Mannheim hat sie ebenfalls über den Massenstreik und von seiner Anwendung für den Fall einer Intervention Preussens in Russland und bei internationalen Verwicklungen gesprochen. Es müsse weiter berücksichtigt werden, daß die Straßenkrawalle in Sachsen und vor allem in Hamburg in ursächlichem Zusammenhang mit den Reden der Angeklagten ständen.

Der Verteidiger erhebt gegen den Versuch des Staatsanwalts, die Angeklagte für die Vorgänge in Hamburg verantwortlich zu machen, Protest. Die dortigen Ereignisse seien nicht Schuld der Sozialdemokraten, sondern, wie gerichtlich festgestellt sei, Schuld der Hamburger Polizei. Dies werde eventuell der Polizeipräsident von Hamburg selbst bekunden müssen. Es scheine schlecht um die Sache des Staatsanwalts zu stehen, daß er solche Dinge, die mit der Rede der Angeklagten auch nicht das Geringste zu tun hätten, und außerdem unrichtig seien, in die Verhandlung hineinzühe.

Vorsitzender: Ich erteile nunmehr der Angeklagten das Wort. Ich erlaube sie aber, sich kurz zu fassen.

Verteidiger: Ich muß darum bitten, daß die Redefreiheit der Angeklagten nicht beschränkt wird.

Vorsitzender: Ich wollte nur Wiederholungen vorbeugen.

Rosa Luxemburg: Herr Gerichtspräsident, ich pflege mich auch sonst nicht zu wiederholen. Ich will nur, nachdem mein Verteidiger die juristischen Gesichtspunkte hervorgehoben hat, einige Ausführungen über meine in meiner Partei allgemeine Auffassung in der Frage des Massenstreiks und der Gewaltanwendung machen. Zunächst eine Bemerkung über das letzte Argument des Herrn Staatsanwalts. Ich muß offen sagen, daß ich geradezu erstaunt war über den Leichtsinns, mit dem ein offizieller Vertreter des Rechts einer Dreimillionenpartei, wie die Sozialdemokratie, die Schuld bei solchen Vorkängen wie die Hamburger Straßenkrawalle unterschoben kann.

Der Vorsitzende unterbricht die Angeklagte, um den Ausdruck Leichtsinns zu rügen und warnt sie vor dergleichen Äußerungen, die der Sache gar nicht dienlich seien.

Rosa Luxemburg: Ich glaube aber gerade auf die, sagen wir, Leichtfertigkeit hinweisen zu müssen, mit der der Staatsanwalt uns, entgegen einer ausdrücklichen gerichtlichen Feststellung, für die Hamburger Krawalle verantwortlich machen will, denn diese Probe ist auch charakteristisch für die Leichtfertigkeit, mit der er im gegebenen Fall mit in meiner Jenaer Parteitagrede die Absicht zuschiebt, zu Gewalttätigkeiten angereizt zu haben.

Vor allem sei mein erregter Ton ein belastendes Moment. Nun, der Ton ist ja individuelle Temperamentsache. Aber es ist doch klar, daß man sehr erregt sprechen und dabei eine streng wissenschaftliche Auffassung vertreten kann, ebenso wie man sehr ruhig reden und dabei eine sehr kräbe, unwissenschaftliche und aufreizende Auffassung darlegen kann. Was meine Auffassung in der Massenstreikfrage betrifft, so vertritt ich ja gerade die Ansicht, daß man weder eine Revolution, noch einen großen, ersten Massenstreik künstlich machen oder provozieren kann.

Da sich der Herr Staatsanwalt auf meine Rede in Mannheim berufen hat, so darf ich wohl auch zur Klarlegung meiner Auffassung hier einige Stellen aus einer Schrift von mir verlesen, nämlich aus der Broschüre über den Massenstreik, die gerade zum Mannheimer Parteitag geschrieben war. Da sage ich z. B. auf Seite 33:

„Es genügt, das Bisherige zusammenzufassen, um auch über die Frage der bewußten Leitung und der Initiative bei dem Massenstreik Aufschluß zu bekommen. Wenn der Massenstreik nicht einen einzelnen Akt, sondern eine ganze Periode des Klassenkampfes bedeutet, und wenn diese Periode mit einer Revolutionsperiode identisch ist, so ist es klar, daß der Massenstreik nicht aus freien Stücken hervorgerufen werden kann, auch wenn der Entschluß dazu von der höchsten Instanz der stärksten sozialdemokratischen Partei ausgehen mag. Solange die Sozialdemokratie es nicht in ihrer Hand hat, nach eigenem Ermessen Revolutionen zu inszenieren und abzufegen, genügt auch nicht die größte Begeisterung und Ungebuld der sozialdemokratischen Truppen dazu, eine wirkliche Periode der Massenstreiks als eine lebendige mächtige Volksbewegung ins Leben zu rufen.“

Und endlich auf Seite 50:

„Wenn es einerseits schwerlich mit Sicherheit vorausgesagt werden kann, ob die Vernichtung des allgemeinen Wahlrechts in Deutschland in einer Situation eintritt, die unbedingt eine sofortige Massenstreikaktion hervorrufen wird, so ist es andererseits ganz sicher, daß, sobald wir in Deutschland in die Periode stürmischer Massenaktionen eingetreten sind, die Sozialdemokratie unmöglich auf die bloße parlamentarische Defensiv ihre Taktik festlegen darf. Den Anlaß und den Moment vor auszubestimmen, an dem die Massenstreiks in Deutschland ausbrechen sollen, liegt außerhalb der Macht der Sozialdemokratie, weil es außerhalb ihrer Macht liegt, geschichtliche Situationen durch Parteitagsschlüsse herbeizuführen. Was sie aber kann und muß, ist, die politischen Richtlinien dieser Kämpfe, wenn sie einmal eintreten, klarlegen und in einer entschlossenen, konsequenten Taktik formulieren. Man hält nicht die geschichtlichen Ereignisse im Zaum, indem man ihnen Vorschriften macht, sondern indem man sich im voraus ihre wahrscheinlichsten berechenbaren Konsequenzen zum Bewußtsein bringt und die eigene Handlungsweise danach einrichtet.“

Das ist meine Auffassung in bezug auf den Massenstreik und Sie können daraus ersehen, wie weit sie von den Vorstellungen des Herrn Staatsanwalts entfernt ist.

Besonders erschwerend soll für mich der Umstand sein, daß ich so häufig in meiner Rede auf die russische Revolution hingewiesen habe. Aber die russische Revolution ist nun einmal das erste große geschichtliche Experiment mit dem Kampfmittel des Massenstreiks und jeder ernste soziale Forscher, und sei er auch ein bürgerlicher Gelehrter, der das Problem des Massenstreiks studieren und beurteilen will, muß sich unbedingt an die russische Revolution wenden und aus ihr seine Erkenntnis schöpfen.

Nun aber noch ein wichtiger Gesichtspunkt: von welcher Beschaffenheit war das Auditorium, das ich zu Gewalttätigkeiten angereizt haben soll? Ich sprach nicht einmal in einer Volksversammlung, sondern auf einem sozialdemokratischen Parteitag; ich sprach also vor einer Versammlung von Männern, die die Elite der aufgestellten Arbeiterklasse Deutschlands darstellen. Und nun meine ich, das ist eine wahrhaft kolossale Unterschätzung der politischen Reife und der Intelligenz der sozialdemokratischen Agitatoren, wenn man glaubt, sie wären so leicht durch eine erregte Rede zu Gewalttätigkeiten anzureizen. Es liegt darin überhaupt eine ungeheure Unterschätzung des auflärenden und veredelnden geistigen Einflusses, den die 40 Jahre sozialdemokratischer Schulung auf die deutsche Arbeiterklasse geübt haben. Und ich sage offen, ich hätte genau dieselben Ausführungen nicht bloß auf dem Parteitag, sondern in einer beliebigen sozialdemokratischen Volksversammlung gemacht und machen können, ohne daß unsere Arbeiter entfernt an Gewalttätigkeiten gedacht hätten. Ja, hat denn das deutsche Proletariat nicht in den letzten Jahrzehnten zur Genüge bewiesen, wie sehr es politisch reif, wie sehr es seine Leidenschaften gegenüber allen Aufreizungen im Jügel zu halten vermag? Denn wahrhaftig nicht mit Worten, sondern mit Taten wird es genügend tagtäglich aufgereizt. Glauben Sie denn, daß eine Volksmasse, die nicht durch das Sozialistengesetz, durch die Umsturzvorlage, die Zuchtvorsorge, den Hungertarif, durch die jetzige Anti-Gewerkschaftsvorlage zu Gewalttätigkeiten gegen die herrschenden Klassen anzureizen ist, daß die sich durch ein paar Worte über die Revolution dazu hinreizen läßt? Ich wundere mich, daß der Staatsanwalt nicht, statt mich anzuklagen, die Urheber all jener Gesetze und Vorlagen in Anklagezustand versetzt, denn diese Taten sind wahrhaft geeignet, die beschloffen Massen in höchstem Grade aufzureizen, und sie würden sicher zu Gewalttätigkeiten führen, wenn — ja, wenn eben nicht der vertiefende und klärende Einfluß der Sozialdemokratie wäre!

Der Staatsanwalt meinte, ich leugne durchaus den revolutionären Charakter meiner Jenaer Rede. Das ist ein vollkommenes Ferkum. Ich habe revolutionär geredet und ich rede immer revolutionär, wie unsere ganze sozialdemokratische Agitation revolutionär ist. Aber nicht in dem Sinne der seltsamen Vorstellung des Staatsanwalts, der die Hamburger Krawalle auf die revolutionäre Wirkung der Sozialdemokratie zurückführt, sondern in dem Sinne, daß wir eine vollkommene, gründliche Umwälzung der bestehenden Gesellschaftsordnung anstreben. Und auch die Rolle der Gewalt negiere ich dabei gar nicht. Nur sehe ich mit meiner Partei dabei auf dem Standpunkt, daß die Initiative zur Anwendung der Gewalt stets von den herrschenden Klassen ausgeht, auf dem Standpunkt, den unser Lehrmeister Friedrich Engels im Jahre 1803 in der „Neuen Zeit“ präzisiert hat, Engels schrieb:

„Die oft haben die Bourgeois uns nicht zugemutet, wir sollten unter allen Umständen auf den Gebrauch revolutionärer Mittel verzichten und innerhalb der gesetzlichen Grenzen bleiben, jetzt, da das Ausnahmegericht gefallen, das gemeine Recht wieder hergestellt ist für alle, auch für die Sozialisten! Leider sind wir nicht in der Lage, den Herren Bourgeois diesen Gefallen zu tun. Was aber nicht verhindert, daß in diesem Augenblick nicht wir diejenigen sind, die die Gesellschaft kaputt macht.“ Im Gegenteil, sie arbeitet so vortrefflich für uns, daß wir Narren wären, verließen wir sie, so lange dies so vorangeht. Viel näher liegt die Frage, ob es nicht gerade die Bourgeois und ihre Regierung sind, die Gesetz und Recht verletzen werden, um uns durch die Gewalt zu zermalmen? Wir werden das abwarten. Inzwischen: „schießen Sie gewalligt zuerst, meine Herren“ Bourgeois! Kein Zweifel, sie werden zuerst schießen. Eines schönen Morgens werden die deutschen Bourgeois und ihre Regierung mitleid werden, der alles überströmenden Springflut des Sozialismus mit verschändeten Armen zuzuschauen; sie werden Zucht suchen bei der Ungeheuerlichkeit, der Gewalttat. Was wird nützen? Die Gewalt kann eine keine Sekte auf einem beschränkten Gebiet erdrücken; aber die Macht soll noch erdrückt werden, die eine über ein ganzes großes Reich ausgebreitete Partei von über zwei oder drei Millionen Menschen auszurollen imstande ist. Die Kontrevolution, momentane Uebermacht kann den Triumph des Sozialismus vielleicht um einige Jahre verzögern, aber nur, damit er dann um so vollständiger und endgültiger wird.“

Dies ist unsere Auffassung. Und nun bitte ich Sie zum Schluß, mich freizusprechen. Nicht weil ich mich vor einer eventuellen Gefängnisstrafe fürchte, gilt es, die uns von der herrschenden Justiz für unsere Ueberzeugungen subskribierten Gefängnisstrafen zu ertragen, so sagt sich jeder Sozialdemokrat, um in dem Bismarckschen Schlüsselstein zu reden: Nescio, quod mihi magis facerementum, zu deutsch: Ich weiß nicht, was mir mehr Wurs! wäre

Aber ich bitte Sie um den Preispruch, weil die Verurteilung eine Ungerechtigkeit wäre und argwöhnisch in den sozialdemokratischen Kreisen wirken würde.
Nach einstündiger Beratung wird das Urteil verkündet. Es lautet auf 2 Monate Gefängnis.
Der Vorsitzende erklärt bei der Urteilsbegründung, daß durch die Art und Weise, wie die Angeklagte in Jena gesprochen hat, das Bürgerturn beunruhigt worden ist und die beifolgenden Klaffen in eine Stimmung versetzt worden sind, in der sie zu Gewalttätigkeiten geneigt sind. Deshalb habe das Gericht verurteilen müssen, wobei strafschärfend die Vorfragen der Angeklagten und ihre Bedeutung innerhalb der Partei hätten in Betracht gezogen werden müssen. Sachlich müsse allerdings fest-

gestellt werden, daß der Massenstreik an sich eine gesetzlich erlaubte und nicht strafbare Tat sei.

Wasserstand am 12. Dezember. Elbe bei Ruffig — Meter, bei Dresden — 0,70 Meter, bei Magdeburg + 2,14 Meter. — Unkrent bei Straußfurt — Meter. — Oder bei Ratibor + 1,58 Meter. — Reife- mündung + 2,08 Meter. — Oder bei Belg + 2,64 Meter. — Oder bei Breslau Unterpegel — 0,68 Meter.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 13. Dezember 1906. Etwas wärmer, ziemlich trübe und regnerisch bei mäßigen südlichen Winden.

Witterungsübersicht vom 12. Dezember 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C
Stolmen	755	W	1	wolflig	-6	Saparanda	757	W	4	bedeckt	-3
Hamburg	755	SO	4	bedeckt	-3	Petersburg	748	D	2	bedeckt	-1
Berlin	757	SW	3	bedeckt	-2	Scilly	754	W	3	wolflig	6
Frankfurt	757	SW	3	Schnee	1	Aberdeen	743	W	2	wolflig	3
Rhein	761	SW	4	Schnee	-1	Paris	757	SW	3	bedeckt	7
Wien	761	SW	3	wolflig	-1						

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 13. Dezember.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Rgl. Opernhaus. Der Evangelist.
Rgl. Schauspielhaus. Das Glashaus.
Deutsches. Das Wintermärchen.
Wesien. Der Schmetterling.
Vorspiel. Der Rassenjäger.
Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Ballner-Theater.) Mathias Gollinger.
Schiller N. (Friedrich-Bildm.) Nächstliches Theater. Doppelselbstmord.
Reising. Der heimliche König.
Neues Schauspielhaus. Der Sturm.
Aktives. Die Freunde.
Berliner. Sherlock Holmes.
Neues. Die Gondottieri.
Romische Oper. Karier Leben.
Neutral. Der Jägerbaron.
Reisens. Florette und Patapon.
Volkstheater. Lustigen Lieber.
Deutsch-Amerikanisches. Im milden Westen. Herr Hauptmann v. Köpenick.
Thalia. Eine lustige Doppelhe. Zuisa. Ein Wintermärchen.
Bernhard Rose früher Carl Weis. Das Käthchen von Heilbronn.
Trianon. Wo ist der Papa? Vorher: Herr Gups.
Walhalla. Spezialitäten.
Divollo. Spezialitäten.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Kafina. Die beiden Champignol. Spezialitäten.
Goltes Caprice. Debüt Fleischmann.
Passage. Berlin paß' auf! Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Urania. Tanzenträge 18/19.
Im Theater abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.
Im Hofsaal 8 Uhr: Die Vorläufer der Wirbeltiere und einige ihrer eifrigsten Vertreter.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Mathias Gollinger.
Lustspiel in 4 Akten von Oscar Blumenthal und Max Bernstein.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Hochtourist.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Mathias Gollinger.
Schiller-Theater N. (Friedr.-Bildm.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Doppelselbstmord.
Bauernposse in 4 Akten von Ludwig Angenrader.
Freitag, abends 8 Uhr:
Frau Inger von Oestrot.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Doppelselbstmord.

Palast-Theater. Prater-Theater.
Burgstraße 24. Kastanien-Allee 7/9.
Massen-Vorstellungen
— von erstklassigen Spezialitäten vom 1. bis 31. Dezember 1906 —
arrangiert von der 186/16*
Internationalen Artisten-Loge. E. V. Berlin.
Anfang der Vorstellungen: Sonntags 7 1/2 Uhr, wochent 8 Uhr.

Urania

Wissenschaftliches Theater.
Heute im Theater 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera.
Hörsaal 8 Uhr:
Gesellschaftsloben b. höheren Tieren.
6 Uhr:
Die Vorläufer der Wirbeltiere und einige ihrer eifrigsten Vertreter.

Komische Oper.

zum 1. Male:
Pariser Leben.
Vuffooper in 4 Akten v. J. Offenbach.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Freitag: Lakmé. Sonnabend und Sonntag: Pariser Leben. Anf. 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Hoffmanns Erzählungen. Montag: Carmen.

Lortzing-Theater.

Bellealliancestr. 7/8.
Heute abend 7 1/2 Uhr:
Der Waffenschmied.
Abonnement gültig.
Morgen Freitag: Undine.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
Anfang 8 Uhr:
Florette und Patapon.
Schwan in 3 Akten v. R. Dennequin und Pierre Weber.
Dienstag, 25. Dez., nachm. 3 Uhr:
Frau Inger.
Mittwoch, 26. Dez., nachm. 3 Uhr:
Eine Hochzeitsnacht.

Bernhard Rose-Theater

Große Frankfurterstr. 132
Abends 8 Uhr:
Das Käthchen von Heilbronn.
Morgen Freitag: Ausgewiesen.
Sonnabend nachm. 4 Uhr b. kleinen Preisen: Hänsel und Gretel. Abends: Das Käthchen von Heilbronn.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Abends 8 Uhr: Im wilden Westen und Herr Hauptmann v. Köpenick.
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Pr.: Ueber'n großen Teich.
Sonnabend, 22. Dez., abds. 8 Uhr:
PREMIERE
Der Sorgenbrecher.
Posse m. Ges. i. 4 Akt. v. A. Philipp.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Braumenstr. 16.
Zum letztenmal:
Im Edelgrund und tiefen Wald
oder: **Das Buschlesl.**
Vollständ. mit Gesang in 4 Akten.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Freitag zum letztenmal: Königin Luise.

Metropol-Theater

Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Massary. Wolff. Bender.
Giampietro. Josaphi.
Sonntag, 16. Dez., nachm. 3 Uhr:
Ermäßigte Preise
Auf in's Metropol.
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Passage-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:
Berlin paß' auf!
Darsteller in 2 Akten v. Leop. Op. Musik von Rudolf Reison.
In den Hauptrollen: Josefina Dora, Paulette van Roy, Georg Kaiser, Martin Bendix.
Kühnheit: Die glänzenden Dezember-Spezialitäten.

Stadt-Theater Moabit

All-Moabit 47/49.
Gastspiel Bernhard Rose-Theater.
Am Altar.
Zeitgemäße in 5 Akten.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billetvorverkauf bei Krüger & Oberbeck, Turm- u. Beustelstr. 10/11 sowie im Restaurant d. Stadt-Theaters.

Apollo Theater

Größter Erfolg der Dezember-Attraktionen.
U. a.: Barra-Truppe, Hooe u. Pauly, mußl. kom. Akt. Gymnastik.
Athletik-Klub.
36 Damen! Musik v. A. Eindehofen.
Sonntag, 16. Dez., nachm. 3 Uhr:
Familien-Vorstellung. Halbe Preise!

Zirkus Schumann

Heute Donnerstag, den 13. d. M., abends präglie 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend.
Gala-Programm, u. a.:
Eine wirkliche Sensation
Will. H. Hill
genannt
das Phänomen.
Die hochinteressante Truppe der
Moki-Indianer.
U. a.: Neu! Der Kriegstanz.
Dir. Albert Schumanns neue und moderne Dressuren und sämtliche Spezialitäten.
Um 10 Uhr zum 58. Male:
Ein Tag in Monte Carlo.

Zirkus Busch.

Heute abend 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Vorstellung
zum Behen der
Intern. Artisten-Gesellschaft.
Um 7 1/2 Uhr: Die größte
Tiger- u. Löwengruppe,
dressiert und vorgeführt vom
Dompteur Herrn Willy Peters.
Angehört: Fel. M. Mohnke,
Schulmeisterin, Rih Diana, dress.
Hunde, Affen u. Kalabus, Herrn
Ernst Schumanns Neudressuren,
Mlle. Léris Loyal. Um 7 1/2 Uhr:
ROM. Gr. Origin. Musik.
Bantou. in 7 Bild.

Zentral-Theater.

(Cyclette.) 8 Uhr:
Der Zigeunerbaron
WINTER GARTEN
Nur noch
2 Gastspiele:
Ruth
St. Denis.
Sonntag, 16. Dezember: 1. Auftreten
SAHARET.

Folies Caprice

Linienstr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Dir. Felix Berg.
Heute:
Debüt Fleischmann!
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf von
10-2 Uhr u. b. Worthelm.

Walhalla-Varieté-Theater

Weinbergsweg 19/20
Am Rosenthaler Tor.
Eine Variété-Vorstellung
einzig in ihrer Art.
60 internationale Artisten 60.
Unter anderem:
Die 12 Akrobaten Vorch
in ihren phänomenalen körperlichen
Spielen mit 3 Bonus und Glets.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Kasino-Theater

Polzingerstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Corradini Berlins Liebling.
Barsikow x Ellmann Duo.
Dazu: Großer Lachertag.
Die beiden Champignol.
Sonntag 4 Uhr: Alexander der Große.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Zum Schluss: Neu!
Christmarkt.
Anfang
Sonntags
8. Sonntags
7 Uhr.

Paletots u. Ulster

Viele Tausende Exemplare
aparter Winter-Moden.

Vielzijdigste Ausmusterungen neuester Er-
zeugnisse und kleidsamer Fasons. —
Nur eigene Erzeugnisse.

70.— 65.— 60.— 55.— 50.—
45.— 40.— 36.— 33.— 30.—
27.— 24.— 21.— 18.— 15.— **12 M.**



Herren-Pelze

Felne Eskimo- und Tuchbezüge. Verschiedenste Besätze und Futter.

275.— 175.— 150.— **50 M.**
135.— 95.— 85.—

Pelz-Joppen 50.— 45.— 36.— **15 M.**
27.— 24.— 21.—

Vornehme Mass-Anfertigung.

Baer Sohn

Spezialhaus größten Massstabes

Chausseestrasse 24/25 • 11 Brückenstrasse 11

Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog Nr. 30 (neueste Winter-Moden) wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.

Nächsten Sonntag bis abends 8 Uhr geöffnet.

Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr
Wo ist der Papa?
Vorher: Herr Gups.
Sonntag nachm.: Der Hausfreund.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten
Stets erstklassige Riesenspielfolge.
Nach der Vorstellung: **Gr. Tanz.**
Langzeitung: B. Sachs.
Anf. Sonntag 5, Donnerstag 8 Uhr.

Colosseum

Dresdenerstr. 97.
Das unkomische
Dezember-Programm.
Neu! Im Konzertsaal: Neu!
D' Wondschleinbrüder.
Seite Wiener Schrammeln
und sechs erstklassige Gesangskräfte.

Sanssouci, Kottbuser

Direktion Wilhelm Reimer
Jeden Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsch. Sänger
und Tanzkränzchen.
Wiedergefunden!
Weihnachtskomödie in 1 Akt.
Sonntag Beginn 5, Wochentags 8 Uhr.
Dienstag, 18. Dez.: Letzter Theater-
Abend vor Weihnachten.

Buggenhagen

Horstplatz.
Jeden Donnerstag:
Gust. Gottschalk-Gesellschafts-
Konzert. Walzer- u. Operettenabnd.

Prachtsäle des Westens

Spichernstr. 3. Carl Stechert.
Heute Theater-Aufführung.
Die Haubenerde.
Schauv. v. G. v. Woldenbruch.
Anf. 8 1/2 Uhr. Entree 40 Pf.
Nach der Vorstellung:
Familienkränzchen

Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Welt-Ausstellungs-
Biograph (St. Louis)
Theater lebender
Photographien mit
abwechslndem
Abnormitäten- Progr.
Verbindung mit größter Film-
Fabrik Frankreichs, daher täglich
neueste Bilder.

Hasen

große schwere für nur ... M. 3.00
große milde **Ranichen** ... 0.90
Rehweilen, Rehweiden, Rehblätter.
Fette junge Dübner, junge Tauben.

Gänse

187/2
Bfd. 60 u. 65 Pf. in reiferer Auswahl.
Wegner, 60., Mariannenstr. 34.

Singer Nähmaschinen.

Einfache Handhabung! 29462*
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitstistung!
Weltausstellung Paris 1900: **Grand Prix** Weltausstellung
St. Louis 1904.

Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner
Schriftkuderei.
Elektromotore für Nähmaschinenbetrieb.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Städten



Gustav Behrens Theater,
Berlin O.,
Frankfurter
Allee 85.

Das vollständig neue
Dezember-Programm.
Neu! Der Hauptmann v. Köpenick Neu!
großer Lachserfolg.
22 Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.

Dr. Simmel,
Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
165
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Teppiche
ca. 500 Stk.
ausrang. Fabrikmuster
für den halben Wert.
Preisliste u. Gelegenheitskäufe
in Steppdecken, Gardinen,
Tischdecken, Schlafid. gratis u. fr.

**Spezialhaus
Sommer & Wolf**
Berlin SO., Dresdenerstr. 8,
am Kottbuser Tor.

Rabatt-Coupon V.
Vorz. erh. a. d. Kasse 5%, verg.

Steppdecken
billigt direkt in der
Fabrik
72. Wallstr. 72.
so auch alle Steppdecken aufgearbeitet
werden. Bernhard Strohmayer,
Berlin Ka. Kultur. Katalog gratis.

Teppiche
mit wenig sichtbar. Farbenfehlern
Gardinen, Steppdecken spott-
billig
Portieren, Tischdecken
reich bestickt Mk. 1,75.

Louis Gordan, Berlin
Oranienstr. 42 (Oranienplatz).

Stolas
über 500 Stück
(alle Pelzarten),
sowie alle sonst.
Pelzwaren.
Muffen, Kolliers
Nur eig. Fabrikat
aus best. Material.
Streng reell.
Kein Zwischen-
händler, daher sehr
billig.

F. Kalman
Kürschnermstr.
75. Dresdenerstraße 75
vorn II, 2. Haus v. Thalia-Theater.
Verk. auch Sonntags, u. Wochen-
tags v. 8 Uhr früh bis 9 Uhr abds. *

Gardinen
Spezialhaus
Emil Lefèvre,
Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstr. 158

Unter-
halte nirgends Filialen

Ueberraschende Auswahl!
Gardinen, Portieren,
Stores, Zugvorhänge,
Tüll-Bettdecken etc.
Reste 2 bis 6 Fenster spottbillig

**Weihnachts-
Extralistie und Katalog**
enorm billiger Geschenkartikel
(600 Abbild.) gratis und franko.

Extra billig!
div. Teppiche
mit
kleinen **Webfehlern!**

Freie Volksbühne

Humoristisches Winterfest Sonnabend, 12. Januar 1907, 8 1/2 Uhr, im großen Saale der Brauerei Friedrichshain
großer historischer Kostümball
Von Jena bis Köpenick
Festzug x Originaltänze x Solovorträge x Einakter.
Die Featteilnehmer werden gebeten, in einem originellen, den verschiedenen denkwürdigen Zeitabschnitten der letzten hundert Jahre entsprechenden Kostüme zu erscheinen.
Festmarken und Gastkarten vom 15. Dezember ab in allen Zahlstellen.

Sonntag, den 16. Dezember,
Neues Schauspielhaus, 4./5. Abteilung: **Das Glas Wasser.**
Berliner Theater, 15./16. Abteilung: **Ora et labora und Abrechnung.**

5. Serie: Sonntag, 30. Dezember: **Bernhard Shaw Die Häuser des Herrn Sartorius.** Komödie in 3 Aufzügen.
20. Kunstabend im Rathaus: **Bierbaum Liliencron** Freitag, den 4. Januar, 8 1/2 Uhr.

Die Mitglieder werden gebeten, in ihrer Zahlstelle ihr Votum abzugeben wegen des Besuches der Abendvorstellungen. 20/9
Der Vorstand. I. Vert.: G. Winkler.

Platten-Sprechmaschinen
(Trichter-Apparate u. Luxusmaschinen ohne Trichter)
Fabrikate der
Deutschen Telephonwerke, Berlin SO. 33
das
schönste Weihnachtsgeschenk
Prima Schallplatten. — Vorführung ohne Kaufzwang. — Mäßige Preise. — Kulanteste Bedienung.

Eugen Krämer, Königstr. 53.



Damen-Konfektion-Spezialhaus
Scheidemann & Cassel,
Gegr. 1886.
Kommandantenstraße 70-71
zwischen Deuth- u. Neus Grünstr.
2 Min. vom Spittelmarkt.

Weihnachts-Verkauf
zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Eskimo-Jackets und Paletots **6-18 M.**
Astrachan-Boleros und Paletots **7-24 M.**
Abendmäntel und Capes **6-20 M.**
Prima Tuch- u. englische Kostüme **12-40 M.**
Kostüm-Röcke, Tuftfrei und lang **1.85-15 M.**
Garnierte und Ballkleider, schicke Formen, neue Farben, **15-45 M.**
Blusen in Wolle, Samt- u. Seide **1.25-12 M.**
Unerreicht größte Auswahl selbst für ganz starke Damen.

Dresdener Garten
Dresdenerstr. 45.
Den geehrten Vereinen empfehle ich meine beiden Säle und die **Vereinszimmer** zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten. Kulante Bedienung u. mäßigen Preisen.
Sonnabend und Sonntag vor Weihnachten noch zu Vereinsbesprechungen zu vergeben.
2934 **Alex Hoffmann.**

Hygienische
Bedarfsartikel, Neues Katalog
Empfehl. viel Acate u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstraße 91/92.

Von grösstem Interesse
für Jedermann! Aus einer Reihe von sachlich unwiderlegbaren Gründen müssen innerhalb 3 Jahren
Zucker, Kaffee, Getreide
sämtliche Lebensmittel
alle Gebrauchsartikel
um 100 bis 200 Prozent im Preise steigen!

Wer sich für diese gefährlichen Vorgänge im Wirtschaftsleben interessiert, verlange Proestlers Broschüre: **Das Wirtschaftsleben der Gegenwart und der Zukunft.** Vollständige Ausgabe in besserer Ausstattung M. 2.—, Teil- und Volksausgabe 60 Pfg. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Komm. Otto Weber, Leipzig), woselbst auch Prospekte und Zirkulare umsonst abgegeben werden, ausserdem sind solche direkt vom Herausgeber der Broschüre, Kaufmann Michael Proestler in Würzburg, portofrei zu beziehen.

Lassen Sie sich nicht
durch ungläubliche Reklame verleiten und kaufen Sie keine billige Zither, die keine Stimmung hält. Ein solches Instrument ist etwas fürs Auge, aber wertlos.

Wollen Sie wirklich Freude haben,
dann kaufen Sie sich die echte
Menzenhauer Gitarzither
mit unterlegbaren Noten, welche jedermann sofort spielen kann.
Ueber 1 1/2 Million im Gebrauch.
Preis M. 20.00 u. M. 25.00.
Versand franko mit schriftlicher Garantie für 1 Jahr.

Zu haben in jedem besseren Musikhaus oder direkt bei
Menzenhauer & Schmidt, Berlin,
Spittelmarkt 15.
Bei Einsendung dieses Inserates erhält jeder Käufer einer Gitarzither 12 Noten gratis.

Geld! Leihhaus „NORDEN“
Lilienstr. 203-204 a. Rosenthaler Tor
für Brillanten, Gold, Silber, Pfandscheine, Bücher und alle Wertgegenstände ufm.
Höchste Beleihung. An- u. Verkauf. Privatzimmer!

Platin 3.50 per Gramm
zahl
Kuckuk, Kant-Straße 64.

Billigste Bezugsquelle!
Musik-Instrumente,
Geigen, Cellos, Bässe, Zithern, Mandolinen, Klarinetten, Flöten, Hagen, alle Blech-Instrumente billig. Großer Vorrat sehr billig.
Für Händler und Markt-reisende Ausnahmepreise.
Rothgießer, Stallstr. 24a.

Teilnehmer
an einem englischen Spiel werden gesucht; wöchentlich zwei Stunden, monatlich 3 Mark.
30122
Franz G. Swienty-Liebknicht,
Schöneberg, Sedanstraße 67, III.

Weihnachtsbäume,
sehr schön gemacht; 1.25 hoch, 50 Pfg.; 1.50 hoch, 65 Pfg.; Schod 26 Mark, Drummstr. 41 (zwischen Kottbuser- u. Wilmersdorferstr.) 278/7

Orts-Krankenkasse der Gastwirte
und verwandten Gewerbe zu Berlin.
Außerordentliche
General-Versammlung
der gewählten Repräsentanten
am Donnerstag, 20. Dezember 1906,
nachmittags 4 Uhr,
im Lokale des Herrn Rube (Feuer-
heins Festsäle), Alte Jakobstraße 75.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes über den Verbandstag des Zentralverbandes der Krankenkassen im Deutschen Reich in Düsseldorf.
2. Stellungnahme zu der von der Zentralkommission der Krankenkassen Berlins vorgeschlagenen Zentralisation der Krankenkassen nach Industriegruppen.
3. Mitteilungen des Vorstandes und Allgemeines.
Berlin, 6. Dezember 1906.
Der Vorstand, 214/3
Boppe, Braun,
Vorherber, Schriftführer.

Album- und Lederwaren-Fabrik
Oskar Gundau
Oranienstr. 30 Ecke
Adalbertstr.
Gr. Lager aller Arten Leder-
waren und Schmuksachen
zu billigen Preisen. 3182L*

!!! Wurst !!!

Landwieschelleberwurst	1 Pf. 0,60
Braunsch. Kalbsleberwurst	1,—
Thüringer Rohwurst	0,55
Westfälische Mettwurst	0,75
Bamberger Schmalwurst	1,15
Dalken. Schmalw. Bauern	1,35
Delf. Schinken i. G. (2-3 Pfd.)	1,30
Schinkenped. i. G. 1 1/2-2 Pfd.	1,10
weisslicher! ganz mager	1,25
Bamberger Gänsebrüste Ia	1,50
Rindspied tief. Schlacht, fett	0,80

Joh. Striepling, Fleischwaren-Großhandlung.
Köpenickerstr. 150/51.
2. Invalidenstr. 147 (Bergstr.). 3. Brun-
nenstr. 196 (Roi. Tor). 4. Friedrich-
straße 21 (a. d. Halle). 5. Kottbuser-
Damm 43 (Hermannplatz).

Zigarren-Geschäft
in bester Lage Berlins, frequente
Strahe, neue Einrichtung, gut gehend,
Familienverhältnisse halber sofort oder
später zu verkaufen. Kein Lager
eventuell zu übernehmen. 295b
Räherer in Friedrichshagen, Kron-
prinzenstraße 3, im Zigarrengeschäft.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Georg Ortman
am 10. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, den 13. Dezember,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Volghtha-Kirch-
hofes in der Barfußstraße aus
statt.
Kege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

**Vereinigung der Maler,
Ladierer, Aufstreicher**
und verwandter Berufsgeu.
Filiale Berlin.
(Zahlstelle Charlottenburg.)
Am Dienstag, den 11. d. M., der-
schied unser langjähriges Mitglied
Adolf Leue
im 30. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Freitag, den 14. d. M., nachmittags
3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Rosen-Kirchhofes, Fürstenbrunner
Berg, aus statt.
126/11 Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Verband der Maurer
Deutschlands.**
Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und Zement-
branche.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege
Franz Giede
am 8. Dezember 1906 an Herz-
schwäche und Blutvergiftung ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
151/9 Der Sektions-Vorstand.

Dienstag früh verschied nach
langem Leiden unser lieber Vater,
der Zimmerer 294b
Wilhelm Otto.
Die Beerdigung findet Freitag
nachmittags 3 Uhr auf dem
Wilmersdorfer Kirchhof statt.
Die trauernden Kinder,
geb. Frank.

Vorzugs-Preise.
Felle u. Fellteppiche
nur so lange der Vorrat reicht, echt chinesische
Ziegenfelle
in grau, weiß, wolf-
und braunbärfarb.
a 10, 8.50, 7 und **5, 50** M.
Angora-Lammfelle
schneeweiß, beson-
ders lockig u. lang-
haarig, 80x175 groß,
10.50 und **8, 50** M.
**Echt sibirische
Wölfe** **10** M.
mit Kopf u. Gebiß
a 30, 25, 20, 18, u.
Dingofell-Teppiche
m. Futter, wattiert,
a 16, 12, 10 und **7, 50** M.
**Echt englische
Angorafelle**
besonders lang-
haarig, m. Seiden-
glanz, in allen exi-
stierenden Farben,
a 12.50, 10, 8, 6 u. **4** Mark.

Teppich-Haus
B. Hurwitz
Rotes Schloß
vis-a-vis dem National-Denkmal.

ferner große Auswahl in echten Fellen m. Kopf u. Gebiß, wie
Tiger, Panther, Braunbär, Puma-Löwe und Eisbär
sowie alle Arten echter Fell-Teppiche, Wagen- u. Schlitten-
decken, Pelz-Fußsäcke, Pelzschuhe, Jagd-Muffen,
Pelz-Diwandecken u. Pelz-Vorlagen m. Fußtasche

Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg!

Zu der im Januar 1907 erscheinenden Vollliste ersucht die Lokalkommission, alle Änderungen resp. Neuaufnahmen an die nachverzeichneten Kommissionsmitglieder bis spätestens Sonntag, den 23. Dezember cr. gelangen zu lassen:

- Für den I. Wahlkreis an den Genossen Jakob Ege, Neue Hofstraße 12.
- Für den II. Wahlkreis an den Genossen Heinrich Schröder, Hagelsbergerstraße 27.
- Für den III. Wahlkreis an den Genossen Karl König, Jahnstraße 24.
- Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Karl Rett, Straßmannstraße 29.
- Für den V. Wahlkreis an den Genossen Friedrich Kausch, Windstraße 12.
- Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Richard Henschel, Wollinerstraße 51.
- Für Teltow-Weesow an den Genossen Karl Röh, Rixdorf, Selchowertstr. 22.
- Für Nieder-Barnim an den Genossen Robert Ried, Rummelsburg, Kautzstr. 22.
- Für Potsdam-Osthavelland an den Genossen Karl Linz, Spandau, Mittelstr. 13.

Für alle übrigen Orte an den Obmann der Kommission. Wir eruchen die Parteigenossen dringend, die Einfindung der Mitteilungen möglichst zu beschleunigen, damit wir in der Lage sind, eine Liste herauszugeben zu können, die auch allen Ansprüchen auf Vollständigkeit nachkommen.

Den Kommissionsmitgliedern in den Orten der ländlichen Kreise zur Kenntnis, daß dieselben vor Herausgabe jeder neuen Liste sofort einen Bericht an den Obmann ihres Kreises einzusenden haben, gleichgültig, ob Veränderungen vorgekommen sind oder nicht. Orte, aus denen ein Bericht nicht eingeht, werden in Zukunft in der neuen Liste nicht aufgeführt.

Alle nach dem 23. Dezember einlaufenden Mitteilungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Bei dieser Gelegenheit weisen wir auch wiederum darauf hin, daß alle Zuschriften, Mitteilungen, Anfragen usw. stets durch die oben angegebenen Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten sind und nicht, wie es leider noch sehr häufig geschieht, direkt an die Redaktion des „Vorwärts“, da hierdurch nur unnötige Verzögerungen eintreten, welche eine eventuelle Publikation der betreffenden Mitteilungen illusorisch machen können.

Der Obmann der Lokalkommission:
Richard Henschel, N. 28, Wollinerstraße 51 II.

Zur Vollliste! In Nieder-Schönhausen steht uns das Lokal „Neu-Karlshof“ (Inh. Karl Ranke), Deuth- und Charlottenstraßen-Ecke, zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung. Die Vollliste wird am Sonntag, den 16. d. Mts., in der Wahlvereinsversammlung abgelesen.

Alt-Mitglieder. Am Sonnabend, den 16. d. Mts., hält der Wahlverein bei Ege seine letzte diesjährige Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht: 1. Bericht der Delegierten von der Kreis-Generalsversammlung. 2. Bericht der Gemeindevorstände. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Neuenhagen a. d. Ostbahn. Sonntag, den 18. Dezember, nachmittags 4 Uhr, findet bei Wünsche, Bahnhofstraße, die Wahlvereinsversammlung statt; gleichzeitig kommen die Parteitagungsprotokolle zur Verteilung. Es ist Pflicht aller Mitglieder zu erscheinen.

Nieder-Schönhausen. Den Genossen zur Nachricht, daß die Parteitagungsprotokolle am Donnerstag zur Ausgabe gelangen. Genossen, welche darauf reflektieren, können dieselben von abends 8 Uhr ab bei Deiter, Eichenstr. 70, in Empfang nehmen. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Berliner Nachrichten.

Die Wertzuwachssteuervorlage im Ausblick.

In der gestrigen achten Sitzung des Stadtverordneten-Ausschusses zur Vorbereitung der Magistratsvorlage betreffend einer Wertzuwachssteuer wurde die erste Lesung der Vorlage zu Ende geführt.

Die Debatte drehte sich hauptsächlich um die Frage der Ermittlung der Wertsteigerung. Von den Hausbesitzern waren zu diesen Bestimmungen zwei lange Anträge eingegangen, in denen das Recht verlangt wurde, alle nur irgend möglichen Ausgaben, die ein Hausbesitzer je haben kann, dem Anschaffungspreis hinzurechnen zu dürfen, um auf diese Weise die Wertsteigerung möglichst herabzumindern. Es sollen nach diesen Anträgen dem Anschaffungspreis zu, vom Wertzuwachs also abgezogen werden nicht nur Straßenaufkosten, Kosten der Kanalisation, Bauzinsen, Kräftekosten, alle Steuern, Umfassener, Gerichts- und Anwaltskosten, Provisionen, Kosten von Hypothekenschreibungen usw., sondern z. B. bei den Straßenaufkosten selbst eine 4prozentige Verzinsung dieser Kosten seit dem Tage der Zahlung. Solchen Vorschlägen standen die Anträge unserer Vertreter scharf gegenüber, die bezweckten, die Zahl der anrechnungsfähigen Ausgaben herabzumindern, insbesondere zu verhindern, daß den Spekulant mit unbekanntem Lottarium gestattet wird, dem Anschaffungspreis des Grund und Bodens eine vierprozentige Verzinsung hinzuzurechnen. Nach langer und lebhafter Debatte wurden, wie dies bei der Zusammenfassung des Ausschusses vorauszusehen war, die Anträge unserer Genossen abgelehnt, die hausgenutzlichen Wünsche mit großer Majorität zum Beschluß erhoben.

Die an sich schon so schwächliche Magistratsvorlage ist durch die in erster Lesung gefassten Beschlüsse zu einer Karikatur einer Wertzuwachssteuerordnung geworden und mit brutaler Offenheit wurde vor den Wortführern der Majorität zugegeben, daß solches der Zweck der langen Lebung im Ausschuss gewesen sei. Die zweite Lesung wird nach erfolgter Drucklegung des Protokolls aufgenommen werden.

Das Kuratorium des Vieh- und Schlachthofes beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Regelung der Arbeitslöhne. Diese Regelung wurde in folgender Weise vorgenommen: Angelernte Arbeiter sollen 3,75 M. pro Tag Anfangslohn erhalten, steigend nach drei Jahren auf 4 M., nach sechs Jahren auf 4,25 M.

Für Kochenarbeiter, Kanalarbeiter und sonstige schweren Arbeiten soll außerdem eine Erhöhung von 25-35 Pf. stattfinden. Der sozialdemokratische Antrag, diese Erhöhung auf 50 Pf. und den allgemeinen Lohn auf 4-5 M. festzusetzen, auch eine bessere Bezahlung der Nachtarbeit vorzusehen, fand keine Gnade.

Für Dampfaber wird der Lohn von 3,75 auf 4 M. bezw. von 4,25 auf 4,50 erhöht. Die Ehefrauen, die auf unseren Vieh- und Schlachthof eine schwere Arbeit zu verrichten haben, sollen leer ausgehen, nur nach 6jähriger Dienstzeit sollen 25 Pf. zugelegt werden und den Höchstlohn von 2,75 erreichen. Handwerker sollen längstens auf Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder Wochenlohn an Stelle des bisher üblichen Stundenlohnes erhalten. Der Mindestlohn wurde auf 5 M. pro Tag und der Höchstlohn auf 6,50 M. erhöht. Die Arbeitszeit soll neun Stunden betragen. Um den Etat zu balancieren, müßten die Schaugebühren erhöht werden, da durch das neue Fleischbeschaugesetz ein bedeutender Einnahme-

ausfall sich ergeben hat. Um aber in Rücksicht auf die schon übermäßig hohen Fleischpreise nicht noch zur Steigerung beizutragen, wurde beschloffen, die Schlachtgebühren um die Summe herabzusetzen, um welche die Schaugebühren erhöht werden, so daß für die Schlächter und die Konsumenten die Gebührensveränderung keine Schädigung bedeutet. Festgestellt sei auch gegenüber den agrarischen Behauptungen, daß die hohen Gebühren der hiesigen Schlachthäuser das Fleisch im Preise erhöhen, daß Berlin an Gebühren über 500 000 Mark weniger erhebt, als es nach dem Kommunalabgabengesetz zu erheben berechtigt wäre.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 13. Dezember, nachmittags 5 Uhr: Vorlage betreffend die anderweite Festsetzung der Besoldungsverhältnisse des Lehrpersonals an den Gemeindefschulen. — Berichterstatter des Ausschusses für Rechnungssachen über: 24 Rechnungen, die Jahresabschlüsse für 1906 betreffend die hiesigen Markthallen und die städtischen Wochenmärkte sowie über den Antrag des Rechnungsausschusses auf Vernehmung seiner Mitglieder für das Jahr 1907 um 10, also von 20 auf 30. — Berichterstatter über die Vorlagen betreffend die Anlegung einer Privatstraße auf dem Gossanfallgrundstück an der Augustenburgerstraße — und die Aufnahmen zweier neuer Straßen 88 o und 30 a in der Abteilung X¹ des Bebauungsplanes sowie den Erwerb eines Schulgrundstückes in der Sühningstraße. — Die Festsetzung von Fluchtlinien für einen neuen Strahenzug zwischen der Königsgräber und Vennstraße in der Verlängerung der Vohstraße, die Änderung des Vertrages mit dem Hiesius wegen der Kosten der baulichen Unterhaltung und des Betriebes des Obduktionshauses für das hiesige Institut für Infektionskrankheiten auf dem Gelände des Rudolf-Wirchow-Frankenhaus. — Die Bewilligung von Mitteln zur Verteilung von Verwaltungsausgaben für das zur Hafenanlage erworbene Terrain hinter dem Johannisstift. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, mit der Versammlung in gemischter Deputation zu beraten, wie der Empfang fremder Staatsoberhäupter in einer der Würde der Stadt entsprechenden Weise zu gestalten sei. — Den Ankauf eines Schulgrundstückes an der Genterstraße — die Verantwortung für die den Jahresabschlüssen der Stadthauptkasse für die Etatsjahre 1903 und 1904 gestellten Anträgen — und Einstellung erhöhter und neuer Zuwendungen in den Spezialetat 49 für 1907.

In Sachen des Nachtrags-Lohnschlusses macht nunmehr der Polizeipräsident offiziell bekannt, daß die Abstimmung unter den beteiligten Geschäftsinhabern nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit ergeben habe und infolgedessen dem Antrage auf Einführung des Nachtrags-Lohnschlusses nicht entsprochen werden könne.

Zur **Lehrerechtsvorlage**, die heute in der Stadtverordnetenversammlung verhandelt werden soll, ist von den Stadtverordneten Gassel und Rosenow folgender Antrag eingebracht worden: „Wir beantragen: Die Versammlung wolle beschließen, die Alterszulagen für Gemeindefullehrer wie folgt zu normieren: nach 7 Jahren 200 M. (statt 150 M.), wie der Magistrat vorgeschlagen hat), nach 9 Jahren 400 M., nach 11 Jahren 700 M., nach 14 Jahren 900 M., nach 17 Jahren 1200 M. und so fort, bis sie mit 31 Jahren 2300 M. Alterszulagen erreicht haben.“

Die Antragsteller wollen also das Grundgehalt von 1450 M., wie der Magistrat es beantragt hat, unverändert lassen und nur bei den Alterszulagen 50 M. mehr als der Magistrat vorgeschlagen hat, nach siebenjähriger Dienstzeit bewilligen.

Untergrundbahn und Straßenbahn. Die Straßenbahn ist wieder genötigt, wegen des Baues der Untergrundbahn auf dem Spittelmarkt die Nachtwagen der über den Platz gehenden Linien abzulassen. Die Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen beabsichtigt, in den Nächten vom 12. bis zum 15. d. M. die Einlegung von Fahrplankarten auf dem Spittelmarkt auszuführen. Es ist dazu notwendig, die Betriebspause der Straßenbahn auf die Zeit von 2 bis 5 Uhr nachts auszu dehnen. Während dieser Stunden gehen deswegen die über den Spittelmarkt verkehrenden Jäger der Linien 74 Köpenicker-Schöneberg und 78 Frankfurter Allee-Wilmersdorf über die Jerusalemstraße, Oberwallstraße, Jägerstraße, den Werderischen Markt, den Schloßplatz, die Breitestraße, den Köpenicker Fischmarkt in beiden Richtungen.

Professoren zu machen veruchte in verschiedenen Heimarbeiterversammlungen am Dienstag der Verlag der „Deutschen Worte“, der auch die „Berliner Hausfrau“, eine Wochenschrift für Hauswirtschaft und Mode usw. herausgibt. Er ließ einen Sonderabdruck eines in der „Hausfrau“ erschienenen Artikels: „Das Lied vom Hengst“, in welchem von der schlechten Lage der Heimarbeiterrinnen die Rede ist, verbreiten, um den Anschein zu erwecken, als ob dieses „Familienblatt“ sich ernsthaft um die Lage der Heimarbeiterrinnen mühe. Das ist natürlich nur eine grobe Täuschung. Mit ein paar leichten, sentimental Redensarten ist da nicht zu helfen. Soll eine Verbesserung eintreten, so müssen diese Lohnmaximen darauf hingewiesen werden, daß zunächst die gewerkschaftliche Organisation eines dieser Mittel ist und außerdem die politische Vertretung der Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie, die Gesetzgebung zwingen muß, heftend einzugreifen. Daß solche Mittel von der „Hausfrau“ scheinbar wie von der „Deutschen Worte“ vorgeschlagen oder gar gefördert werden, ist selbstverständlich in keiner Weise der Fall. Im Gegenteil werden diese Bestrebungen in der niederträchtigsten Weise belumpft und begeißelt.

Die Heberbrückung der Jägerstraße am Spittelmarkt im Zuge der Leipziger- und Vertrauensstraße für den Untergrundbahnbau ist nunmehr fertiggestellt worden. Ebenso ist der Brückenbau im Zuge der Jägerstraße in der vollen Breite des zukünftigen Untergrundbahnhofs Spittelmarkt beendet, so daß nunmehr mit den Unterminierungsarbeiten begonnen werden kann. Die hierfür erforderlichen Maschinen sowie die Betoniermaschinen sind in der vorigen Woche bereits zur Aufstellung gekommen.

Der gestrige Schweineanstrieb mit 16 143 Tieren auf dem hiesigen Viehmarkt war weitaus der größte Schweineanstrieb im Jahre 1906. Der Markt wurde trotzdem fast vollständig geräumt. Der geringe Viehbestand bestand aus Tieren, die auf einen Schlachtwiechmarkt nicht gehören. Angesichts der Viehnotbedatte im Reichstage scheinen, wie die „Allgemeine Fleischzeitung“ bemerkt, die Landwirte besonders eifrig für die Beschaffung des Marktes gesorgt zu haben.

Unter die Hufe schon gewordener Pferde ist gestern nachmittags in der Weinmeisterstraße die 14jährige Schülerin Martha Lehmann geraten. Das Mädchen passierte, einen Amselwagen schiebend, den Strahenzug, als plötzlich in der Nähe der Potsdamerstraße die Pferde eines dort unbeaufsichtigt haltenden Geschäftswagens scheuten und durchgingen. Die Tiere rissen quer über den Damm auf die kleine L. los, die infolge des Schreckens wie gelähmt stehen blieb und nicht auszuweichen vermochte. Das Kind wurde niedergedrückt und überfahren. Es erlitt außer inneren Verletzungen durch Auftritte der Pferde auch Verletzungen beider Beine und wurde, nachdem ihm auf der Unfallstation die erste Hilfe zu teil geworden war, nach dem Kronenhaus Friedrichshain übergeführt werden. Das Gefährt wurde an der Ecke der Alten Schönhauserstraße von einem Schuttmann aufgehalten, bevor es weiteres Unheil anrichten konnte.

Ein Türklind wurde auf der Stadtbahn am Dienstag von einem Reisenden bei seiner „Arbeit“ gefasst und als der schon bestrafte „Arbeiter“ Viermann festgestellt. Man fand bei ihm noch mehrere Türklinder.

In der Maschine zermalmt. In der Militärwaffenfabrik Blücherstraße 46 hat sich vorgestern abend ein schrecklicher Unglücksfall zgetragen. Der erste Maschinist, der 34jährige Alfons Galubisch,

hatte die Hauptmaschine bedient und wollte einen Gegenstand, der von dritter Hand dicht neben die Maschine gelegt worden war, entfernen. Als er sich bückte, wurde sein Jackett von dem Maschinenrade erfasst und S. selbst in das Getriebe nachgezogen. Der Kernste war, bevor der Unglücksfall bemerkt und die Maschine zum Halten gebracht werden konnte, mehreremal herumgeschleudert worden. Böllig zermalmt wurde sein Körper aus dem Betriebe herausgezogen. Kurz darauf erlag S. den furchtbaren Verletzungen. Seine Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt.

Die Diebstähle von Fuhrwerken auf offener Straße häufen sich in letzter Zeit immer mehr. Nachdem erst kürzlich über einen derartigen Diebstahl berichtet wurde, wird uns jetzt mitgeteilt, daß vorgestern wiederum zwei Wagen von der Straße fortgeschleppt worden sind. An der Ecke der Markts- und Rangelstraße fand vorgestern abend ein Rollwagen der Firma Hermann Tähler, Schmidstr. 9a, für einen kurzen Augenblick unbeaufsichtigt. Ein dreier Dieb benutzte diese Gelegenheit, schwang sich schnell auf den Boden und fuhr mit dem Wagen davon. — Vor dem Hause Fischerstr. 11 wurde gestern ein Geschäftsfuhrwerk des Wäscheberlehninstituts Müller, Wallfadenstraße 103, gestohlen. Das Gefährt war mit Wäsche hochbeladen gewesen. Die beiden Wagenmarder konnten leider noch nicht ermittelt werden.

Zu der Schamlosigkeit, die am Sonntagabend im Marienbad in der Badstraße verübt wurde und über die wir in der gestrigen Nummer unseres Blattes berichteten, teilt uns der Inhaber des Lokals Marienbad, Herr Nagel, mit, daß ihm von dem Vorfall erst durch unser Blatt Kenntnis geworden und er davon ganz überrascht sei. Er hielt in seinem Lokal streng darauf, daß nur anständige Gäste verkehren, ganz gleich, ob es Arbeiter oder andere Personen seien. Am Sonntagabend wären wohl eine Anzahl junger Leute in sein Lokal gekommen, denen aber nichts verabsolgt worden sei. Ob etwa diese Leute sich die von uns gekennzeichnete Rohheit hätten zuschulden kommen lassen, entziehe sich seiner Kenntnis.

Zu dieser Mitteilung wollen wir noch ausdrücklich bemerken, daß auch nach unserer Darstellung Herr Nagel nach keiner Richtung hin für den Vorfall verantwortlich zu machen ist.

Von einem schweren Verlust, durch dessen eventuellen Schaden-ertrag eine Existenz bedroht ist, ist gestern ein Angestellter der Klischeefabrik Stinn, Alte Jakobstr. 24 betroffen worden. Um 5 Uhr abends wurde in der Kopalstraße ein Handwagen mit Schriftzügen gestohlen. Wer über den Verbleib etwas mitteilen kann, wolle das an obige Adresse gelangen lassen.

Das Friedrich-Wilhelmstädtische Schiller-Theater (N.) wird vom 1. Januar an eine Invasion des Lustspielhauses erleben, das hier eine Nebenstelle seiner Kassenkasse gastspielmäßig eröffnet. Im Herbst wird das Theater wieder höheren Zwecken dienstbar gemacht unter der Direktion Oskar Wagners, der mit Hebbels „Nibelungen“ am 6. September das dann wieder Volkstheater gewordene Haus eröffnen will.

In der Urania in der Taubenstraße wird bis auf weiteres der frühere, durch farbige Lichtbilder erläuterte Vortrag: „Frühlingstage an der Riviera“ wiederholt. Der Proletariat, der diese wunderbaren Gegenden nicht selbst schauen kann, muß sich genügen lassen, sich im Geiste dorthin zu verlegen — wenn seine Mittel ihm die Ausgabe für einen Abendbesuch der Urania noch gestatten.

Eine **Kanarienausstellung** veranstaltet vom 15.-17. Dezember im Lokale Drantenstr. 180 der Verein Kanaria I Berlin.

Feuerwehbericht. Vorgestern abend hatte die Feuerwehr in der Stopischestr. 3 zu tun, wo in einem Badezimmer Feuer ausgebrochen war. Gleichzeitig wurde die Wehr nach der Zimmerstraße 99 gerufen, wo Gas aus einer schadhaften Gasleitung ausgetreten war und eine Explosion befeuert wurde. Die Wehr beseitigte die Gefahr. Ferner hatte die Wehr vorgestern abend einen Brand in der Leipzigerstr. 117 zu löschen. Desgleichen liefen aus der Stephanstr. 18, Rantensuffstr. 6, Köpferstr. 34 und anderen Stellen Feuermeldungen ein, Fußböden, Balkenlagen, Kleider usw. brannten dort.

Vorort-Nachrichten.

Wilmersdorf.

Die **Gemeindevertretung** beschäftigte sich am Montag in ausgedehnter Sitzung unter anderem mit der Regulierung des Hohenjollerndammes im Zuge der Preussischen und Wirttembergischen Straße. Bereits in der vorigen Sitzung hatten einige Mitglieder von einer nicht vorgeschriebenen Anlage des Reitweges, sowie von einer Begünstigung der Weilschen Godegengesellschaft gesprochen. Gemeindevorsteher Haberland tigte das Verhalten der Mitglieder; es liege nicht im Interesse der Gemeinde, ohne vorangegangene Information des Dezernats derartige Anfragen an den Gemeindevorsteher zu richten. Nach dem vorliegenden Erfolge könne diese Angelegenheit, ohne das Ansehen der Gemeinde zu schädigen, beschloffen werden. Hiergegen wandte sich Herr Göbbels, indem er darauf hinwies, daß die Sache bereits die Öffentlichkeit beschäftigt habe. Assessor Prohm beleuchtete dann die Angelegenheit von der juristischen Seite. Die Behauptung, daß bei der Anlage des Weges nicht vorgeschriebene Vorkehrungen demgegenüber worden seien, basiere auf den Vorschriften der Polizeiverordnung, diese sei indes nur anzuwenden bei den Bürgersteigen. Bürgermeister Habermann erklärte, daß die Gemeinde durch die Verwendung alter Steine erhebliche Ersparnisse gemacht habe und eine solche Beschwerde nur eine Bloßstellung der Gemeinde zum Zweck haben könne. Die Herren zogen sich hierauf zurück und erklärten nur, daß sie es für ihre Pflicht gehalten hätten, die Angelegenheit vorzubringen. — Der Errichtung einer dritten höheren Mädchenschule im Ortsteil Halensee zu Ostern 1907 wurde zugestimmt. — Des weiteren wurde die Gründung zweier technischer Lehrerinnenstellen und einer Oberlehrerinstelle beschloffen. — Der Regulierung der Landhaus- und eines Teiles der Glinzlerstraße wurde zugestimmt; auch soll der Raßdamm des Kronprinzendamms zum Schutze des Baumbestandes von 10 auf 8 Meter verknüpft werden. — Nach dem Auseinanderlegungsvertrage mit dem Kreisverbande partizipiert Wilmersdorf mit 25 Proz. am Kreisvermögen. Da der Kreis für Chausseebauten jetzt dieses Kapital benötigt, wird der Antrag, den anteiligen Wilmersdorfer Betrag auf die nächstjährige Rate in Anrechnung zu bringen, angenommen. Wilmersdorf hat nun statt 235 193 M. nur noch 88 750 M. zu zahlen. Die Errichtung einer Reichsbanknebenstelle ist vom Direktorium als unbegründet abgelehnt worden. Außerdem wurde noch mitgeteilt, daß die Einwohnerzahl Wilmersdorfs 74 141 beträgt.

Rummelsburg.

Achtung! Die Delegiertenwahlen zur hiesigen Ortskrankenliste finden heute abend 8 Uhr im Restaurant der Witwe Weigelt, Färberstraße, statt. Die vom Gewerkschaftskomitee aufgestellte Delegiertenliste beginnt mit dem Namen Handlke, Paul 18064, und endet mit dem Namen Schubert, Gustav 402. Wir ersuchen die Genossen, nur für diese Liste zu stimmen. Das Gewerkschaftskomitee, J. A.: Brückle.

Waldsdorf a. d. Ostbahn.

Am heutigen Donnerstag, abends 8 Uhr, findet im Lokale von Schliefe (früher Bernide) eine Versammlung der Handwerker unserer Gemeinde statt. Die Genossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Friedenan.

Besondere Fürsorge läßt die Friedenauer Gemeindeverwaltung den Einwohnern angedeihen. Das betriebe ein Beschluß der letzten Gemeindevertretung, wonach eine Neuerrichtung des Brennkalenders erfolgen soll. Sämtliche Straßen Friedenau werden elektrisch beleuchtet, es brennen an 200 Wogenlampen. Der Ausschuß des Elektrizitätswerkes ist zur Ansicht gekommen, daß die Brenndauer der halbnächtigen Lampen bis 10 Uhr herabgesetzt werden könnte; damit sollten jährlich an 54 000 M. gespart werden. Die Versammlung beschloß jedoch, die Brenndauer der halbnächtigen Lampen nur bis 11 Uhr zu reduzieren. Daß dieser Beschluß bei der Einwohner-schaft nicht gerade befriedigend wirkt, geht aus einer Reihe von Zuschriften hervor, die wir seit einigen Tagen erhalten haben. Im Anschluß hieran wurde beschlossen, angesichts der in letzter Zeit vorgekommenen Diebstähle, einen weiteren Nachtwächter anzustellen. Dieser Beschluß wäre an sich auch sehr zu begrüßen, wenn dem neu angestellten Wächter nicht die horrenden Summe von 300 M. bewilligt worden wäre, das macht pro Tag eine Mark und einen Drittel Pfennig. Die Friedenauer Gemeindevertretung kann auf diesen Beschluß gerade nicht sehr stolz sein, er zeugt davon, daß in ihr sozialpolitische Erkenntnis so gut wie gar nicht vorhanden ist.

Röpenitz.

Zu der Notiz „Ein braves Rettungswert“ wird uns noch mitgeteilt, daß nicht nur der Polizeibeamte Krüger, sondern auch das Mitglied der Arbeiter-Samariterkolonne Wahrenholz, Memelerstraße 46 wohnhaft, am Rettungswert der drei in Lebensgefahr schwebenden Personen beteiligt war. Letzterer hat sogar an dem bereits benutzten Stogebahn erfolgreiche Wiederbelebungsversuche angestellt.

Weißensee.

Ein vertrackter Sozialist. Der bei der hiesigen Arbeiterschaft noch in Erinnerung stehende katholische Pfarrer Dr. Stephan, welcher bei der Reichstagswahl im Jahre 1898 mit seiner Garde eine sozialdemokratische Versammlung sprengte und als Sozialist nicht nur hier, sondern auch in Berlin bekannt war, steht augenblicklich in Zwangsversteigerung mit seinem Grundstück Charlottenburgerstraße 160. Das „Vereinshaus“ ist für die nichtkatholische Arbeiterschaft stets gesperrt gewesen. Stephan hat bekanntlich auch das „Leo-Hospiz“, mit dem die Genossen des 4. Kreises schon so manchen Strauß auszufechten hatten, gegründet. An seine sozialistischen Pläne dürfte St. nicht gerade mit Freude denken.

Gerichts-Zeitung.

Für Gastwirte und Vereine

Ist ein Strafverfahren von Interesse, das jetzt vom ersten Strafsenat des Kammergerichts erledigt worden ist. In einem Junifonntag dieses Jahres hielt die Verbandssitzung der Maurer in Rüdersdorf (Mark Brandenburg) im Jadenadischen Lokal ihr Sommerfest ab, das ein Konzert einleitete. Gegen Abend wurde auch getanzt. Das Konzert begann bereits vor 3 Uhr nachmittags. Deshalb wurden der Vorsitzende Richter und der Wirt mit Geldstrafen bedacht, und zwar wegen Uebertretung des § 11 Absatz 3 der Verordnung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg über die äußere Heiligkeit der Sonn- und Feiertage vom 4. Juli 1908. Darin heißt es: „Tanzmusik, Walle und ähnliche Lustbarkeiten in Gastwirtschaften und sonstigen Vergnügungsorten, auch wenn sie in geschlossenen Gesellschaften stattfinden, dürfen Sonntags vor 3 Uhr nachmittags nicht anfangen.“ — Das Landgericht als Berufungsinstanz erachtete die Bestrafung für gerechtfertigt und führte aus: Die Musik am frühen Nachmittag sei keine selbständige Musikaufführung gewesen, die dem § 11 Abs. 3 nicht unterliege, sondern ein Teil der Lustbarkeit, die mit Tanz schloß. Das Ganze sei als eine einheitliche Veranstaltung zu betrachten und falle unter § 11 Absatz 3. Es hätte deshalb auch mit dem Konzert nicht vor 3 Uhr begonnen werden dürfen.

Der Angeklagte legte noch Revision ein. Rechtsanwalt Goldberg machte für ihn vor dem Kammergericht geltend, daß die Auffassung des Landgerichts richtig sei. Das ganze Fest hätte nicht als „Tanzmusik, Wall oder ähnliche Lustbarkeit“ gemäß § 11 Absatz 3 der Verordnung angesehen werden dürfen. Das Konzert, bei dem es sich um erste Musik handelte, müßte für sich betrachtet werden. Dann wäre aber jene Vorschrift nicht anwendbar.

Das Kammergericht verwarf indessen das Rechtsmittel mit folgender Begründung: Die Beurteilung sei aus Grund der „tatsächlichen Feststellungen“ mit Recht erfolgt. Das Landgericht bezog das Sommerfest als ein „geschlossenes Ganzes“. Es sei kein Rechtsirrhum, wenn das Landgericht eine einheitliche Lustbarkeit annehme, weil es sich um das Sommerfest eines bestimmten Vereins handele.

Der Prozeß Scheibel wurde gestern nach längerer Beweisaufnahme auf freitags verhandelt. Ueber die Ergebnisse der Verhandlung werden wir im Zusammenhang berichten.

Die Vorkast des Engels.

Vom Landgerichte Remel ist am 14. September 1905 die Schiedemittlerin Frau Auguste Knapp wegen Betruges zu zwei Wochen Gefängnis und 500 M. Geldstrafe verurteilt worden. Sie hat in den Kreisen Jüterburg, Gumbinnen und Remel längere Zeit hindurch die Gesundheitserei betrieben und außerdem als Heilmittel kleine Flaschen mit Wasser verkauft, dem die Asche gewisser Holzarten beigemischt war. Nicht nur die Menschen „kurier“ sie auf diese Weise, sondern auch das liebe Vieh, nur daß für dieses Ablockungen von Sotz als „Heilmittel“ Verwendung fanden. Bezahlung forderte diese weise Frau nicht, sie erhielt aber reichlich Geld von ihren Kunden. Montags und freitags hielt sie „Sprechstunden“ ab, die sich eines zahlreichen Besuches erfreuten. Vor Gericht bestritt die Angeklagte, in betrügerischer Absicht gehandelt zu haben. Sie behauptete, als sie 22 Jahre alt war (d. h. vor 23 Jahren) sei ihr ein Engel erschienen und habe ihr gesagt, sie solle für die leidende Menschheit eintreten und den Kranken jene Mischungen geben, sie solle aber keine Bezahlung dafür nehmen, sondern mit dem zufrieden sein, was man ihr gebe. Das habe sie dann auch stets so gehalten. Von ihrem guten Glauben überzeugt sei aber das Gericht nicht. Denn es wurde festgestellt, daß die Angeklagte von dem die Zahlung ausschließenden Teil der „Vorkast des Engels“ keinen Gebrauch gemacht und daß sie ferner sich nicht auf den heiligen Geist verlassen hat, als ihr eigenes Kind krank war: da zog sie einen Arzt zu Rate. — Die Revision der Angeklagten wurde am Dienstag vom Reichsgericht verworfen.

Verfassungen.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter. Am Sonntagvormittag fand in den „Industrie-Festhallen“ eine Mitgliederversammlung des Zweigvereins Berlin und Umgegend statt, in der Redakteur Winnig aus Hamburg einen Vortrag über den Wert der Verkürzung der Arbeitszeit hielt. Der inhaltreiche Vortrag hat eine Fülle von Beweisen dafür, daß die Arbeitszeitverkürzung sowohl für die Förderung der geistigen Entwicklung der Arbeiterschaft, wie zur Besserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse und ihres Gesundheitszustandes notwendig ist, daß dort, wo übermäßig lange Arbeitszeit herrscht, die Löhne am niedrigsten, Krankheit und Siedtum am häufigsten sind, Alkoholismus und Unwissenheit den Kulturbestrebungen der Arbeiterbewegung den stärksten Widerstand leisten. Darum muß unter den Forderungen der Arbeiterschaft die Arbeitszeitverkürzung stets mit an erster Stelle stehen. Die Arbeiterschaft des Baugewerbes wird betonen, daß sie für diese zu einem guten Teile ideale Forderung mit ihrer

gänzigen Kraft zu kämpfen bereit ist. — Der Vortrag fand allgemeine lebhaften Beifall. Die Versammlung beschloß sich dann mit Verbandsangelegenheiten. Der Vorsitzende Kriebow berichtete über die Kontenkontrolle im September. Das Ergebnis der Kontrolle ist, weil dabei einige nicht ihrer Aufgabe gewachsenen Kollegen mit tätig waren, so ausgefallen, daß kein klares Bild über die Verhältnisse gewonnen werden konnte, weshalb auf die Veröffentlichung verzichtet werden mußte.

Zum Delegierten des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses wurde Gräber gewählt.

Die Zahlstelle Berlin des Deutschen Buchbinderverbandes hatte am Sonntag eine außerordentliche Generalversammlung. Zunächst verhandelte man über den Antrag der kombinierten Verwaltungsgesellschaft, den Lokalzuschlag von 15 Pf. für männliche und von 10 Pf. für weibliche Mitglieder beizubehalten. Nach kurzer Debatte wurde der Antrag gegen vereinzelt Stimmen angenommen. (Vielfaches Bravo!)

Der Entwurf zu einem neuen Ortsstatut der Zahlstelle Berlin beschloß die Versammlung. Er enthält eine ganze Anzahl Änderungen gegenüber dem bisherigen Statute. Nach einer Generaldebatte wurden die Bestimmungen einzeln durchgenommen. Erledigt wurden zehn Paragraphen. Darauf wurde die Vertagung der außerordentlichen Generalversammlung beschlossen, mit der Maßgabe, sie in acht Tagen fortzusetzen. Von den angenommenen Bestimmungen seien einige erwähnt. Die Ortsverwaltung wird zukünftig aus 13 Personen bestehen, aus dem ersten Vorsitzenden, dem ersten und zweiten Kassierer, dem Schriftführer und neun Beisitzern. Die Beisitzer müssen aus allen Branchen und den Vororten gleichmäßig gewählt werden. Während der erste Vorsitzende und der Schriftführer in der Januar-Generalversammlung gewählt werden, bedürfen die Beisitzer in dieser Versammlung nur der Bestätigung, da sie in den betreffenden Branchenversammlungen zu wählen sind. Die Wahl der beiden Kassierer, welche zugleich Angestellte der Zahlstelle sind, unterliegt den diesbezüglichen Anstellungsbedingungen. Mit dem bisherigen festen System von Mitgliederbeisitzungen, die alle Monat stattfinden müßten, ist gebrochen worden. Sie sollen nur noch nach Bedarf stattfinden. Neben ihnen sind von Zeit zu Zeit Bezirksversammlungen abzuhalten, die neben der Förderung der Bildung usw. gleichzeitig der Erörterung wichtiger Verbandsangelegenheiten dienen sollen. Die Zahlstelle bindende Beschlüsse dürfen hier nicht gefaßt werden.

Verband deutscher Barbiers, Friseur und Perückenmacher-Gewerkschaft. Berlin. Heute, pünktlich abends 10 Uhr, im Lokale Schillingstraße 96: Mitgliederversammlung.

Verband der Feinerechthäler Deutschlands. (Zweigverein Berlin und Vororte.) Heute abend 9 1/2 Uhr, Rosenfelderstr. 57: Diskussionsabend. — Zweigverein Nordost: Heute abend 9 1/2 Uhr bei Schmidt, Berlinerstr. 14, Versammlung. — Zahlstelle Charlottenburg: Heute, Donnerstag, den 13. d. M., abends 9 1/2, bei Mertens, Krummeierstr. 43, Mitgliederversammlung. Vortrag.

Vermischtes.

Die eigene Mutter ermordet haben soll der Knapp 19 jährige Tischler Paul Wippert von Halle. Die Tat wurde am Dienstag früh im Hause Marktstraße 31 entdeckt. Man fand die Erschlagene, Wipperfrau Wippert in ihrer Souterrainwohnung auf dem Sofa mit zertrümmertem Schädel vor. Der junge Mensch soll seine Mutter, am sie zu berauben, von hinten beim Essen mit einem Hammer überfallen haben. Er ist verhaftet und gilt als ein arbeitsflüchtiger Unzüchtiger, der seiner Mutter, die allein steht und sich recht und schlecht durch Waschen ernährt, schon viel Kummer und Sorge bereitet hat.

Die Leiche im Koffer.

Wegen Raubes wurde, wie wir in der gestrigen Nummer bereits mitteilten, am Dienstag der Möbelhändler Meyer aus Wehede zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Verhandlung vor dem Schwurgericht hatte am 5. Dezember begonnen. Die Schuldfragen, deren erste verneint wurde, lauteten:

Ist der Angeklagte schuldig, im Juli 1905 zu Wehede im einheimischen Zusammenhange 1. die Witwe Vogel vorsätzlich getötet zu haben, und zwar, indem er die Tötung mit Ueberlegung ausführte, 2. dieser gehörige Sachen mit Gewalt weggenommen zu haben und zwar indem durch die Anwendung der Gewalt der Tod der Frau Vogel verursacht worden ist?

Die 74 Jahre alte Frau Vogel wurde im Juli 1905 ermordet, die Leiche wurde in einen Koffer gezwängt, Meyer schloß neun Monate lang in dem Zimmer, in dem der Koffer mit der Leiche stand. Meyer schickte im April dieses Jahres den Koffer mit Inhalt zur Aufbewahrung an eine Expeditionsfirma. Als man am 11. Mai den Koffer wegen des Geruchs öffnete, fand man die Leiche vor. Meyer wurde in Amerika verhaftet und nach Deutschland transportiert. Die gegen ihn in der Verhandlung vorgebrachten Indizien sprachen überzeugend für seine Schuld. Da Meyer nur wegen Raubes und Raubes ausgeliefert war und der Beweis, daß Meyer die Tat „mit Ueberlegung“ ausgeführt (nicht möglicherweise nur Totschlag ausgeführt) hatte nicht klar war, so bejahten die Geschworenen nur die zweite Frage. Wegen Totschlages (vorsätzliche Tötung ohne Ueberlegung) hatte eine Auslieferung nicht stattgefunden, konnte also auch eine Verurteilung nicht erfolgen, da nur wegen der Delikte, derenthalbten ausgeliefert ist, das Verfahren stattfinden darf.

Ueber ein erschütterndes Drama aus hoher See wird berichtet: Am vergangenen Sonntagnachmittag gegen 3 Uhr stürzte bei schwerem Weststurm der Steuermann des auf der Fahrt von Libau nach Stettin begriffenen, der Reederrei Haubitz in Stettin gehörigen Dampfers „Curonia“ auf der Höhe von Rischhöft zwischen den langrollenden Wellenbergen ein bemanntes Boot, dessen Insassen in dem Wüten der Elemente vergeblich durch Rufen bemerkbar zu machen versuchten. Kapitän Jahnte ging sofort an das Rettungswerk und versuchte zunächst, das Boot auf die Seeleite, d. h. die Schutzseite zu bekommen, um ein Zerstückern an den Wänden der „Curonia“ zu vermeiden. Nicht weniger als dreimal mußte er das Boot umkreisen, bis ihm das gelang. Nach erfolgterdem gesten indessen die Hülferufe der Unglücklichen, welche nach den ersten beiden Manövern wohl glauben mochten, der Dampfer werde weitere nutzlose Versuche ausgeben und sie ihrem Schicksal hilflos überlassen. Dazu steigerte sich der Sturm immer mehr, und der Anprall der Wogen wurde schließlich so stark, daß Kapitän Jahnte befürchtete, es möchte ihm auf Ded alles weggeschlagen werden. Die 15 im Boot befindlichen Schiffbrüchigen wurden nun, als das Boot leeseits lag, Mann für Mann geborgen. Fast alle waren nur mit Hemd und Hose bekleidet und hatten deshalb furchtbar unter der Kälte gelitten. Als man den letzten, einen 19-jährigen Burschen, an der Leine auf Ded zog, schlug er noch einmal die Augen auf und war im nächsten Augenblick eine Leiche. Die Ueberlebenden gehörten zur Besatzung des Rostocker Dampfers „Heinrich Gehre“, der die Nacht vorher led gesprungen und gesunken war. Das erste zu Wasser gelassene Großboot war sogleich zerstückert worden, die 15 waren dann in dem zweiten Großboot in die kürmische See hinausgefahren. Der Kapitän des „Heinrich Gehre“ und sein Steuermann suchten sich im Kleinboot zu retten. Von dem sinkenden Schiff kamen sie noch ab, dann blieben sie spurlos verschwunden. Eine der furchtbaren Sturzwellen muß das leichte Boot augenblicklich verschlungen haben. Die von der „Curonia“ Geretteten kämpften seit dem frühen Morgen verzweifelt um ihr Leben und schöpften das immer wieder voll Wasser laufende Boot mit ihren Sädeln aus, bis ihnen die Glieder nahezu völlig erstarrten. Die „Curonia“ brachte die Schiffbrüchigen sowie die Leiche ihres Kameraden nach Swinemünde, von wo sie nach Rostock übergeführt wurden.

Ein Akt der Verzweiflung. In Linden bei Hannover erhängte die Ehefrau eines Arbeiters ihre drei Kinder im Alter von 2 bis 9 Jahren und dann sich selbst. Der Grund zur Tat ist längere Krankheit der Frau.

Ein Migränin gestorben. Infolge Gebrauchs von Migränin gegen Kopfschmerz verstarben in Chemnitz zwei Frauen. Mehrere andere Personen erkrankten. In allen Fällen stammte das Pulver aus derselben Apotheke. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet und die in der betreffenden Apotheke noch vorhandenen Migränepulver beschlagnahmt.

Verkehrshörung. Auf der Eisenbahnstrecke Amstetten-Baichingen ist der Zugverkehr wegen Schneeverwehungen bis auf weiteres eingestellt.

Lemberg, 12. Dezember. Infolge heftigen Schneesturms ist die Bahnverbindung zwischen Oesterreich und Rußland in Galizien gestört.

Blödsinnig töblich. Die am Grazer Orpheum engagierte internationale Sängerin Frederike Wladimira wurde plötzlich töblich und mußte in eine psychiatrische Klinik gebracht werden.

Eisenbahn-Unfälle. Der Personenzug 206 von Posen über Hof am 11. d. M., 8 Uhr 23 Minuten nachmittags, auf Bahnhof Frankfurt a. Oder das Haltsignal und fuhr dem einfahrenden Güterzug 8349 von Kottbus in die Klante. Lokomotivführer Tschepysch aus Frankfurt a. Oder schwer verletzt. Entgleist sind vier Güterwagen, darunter einer stark beschädigt.

Budapest, 12. Dezember. Auf der im Van begriffenen Eisenbahn Kormend-Nyuzombat fand ein Zusammenstoß zwischen zwei Güterzügen, auf welchen sich zahlreiche Arbeiter befanden, statt. Ahtzehen wurden verletzt, darunter acht schwer.

Beim Heringsfischfang ertrunken. Die „Stenposten“ aus Christiansund meldet, sind im Laufe der letzten drei Wochen dreißig Personen beim Heringsfischfang ertrunken.

Sechzehn Personen ertrunken. Wie die Zeitungen aus Wilbo meldet, schlug dort infolge eines Windstoßes ein kleines Schiff bei der Ueberfahrt über den Fluß um. Sechzehn von den Insassen wurden vermisst. Sieben Leichen sind bereits geborgen.

Östliche Weltordnung. Das Einkommen Rodesellers für das Jahr 1906 beträgt, wie der Vizepräsident Rogers der Standard Oil Company mitteilt, 60 Millionen Dollar. Und tausende Menschen gehen an Unterernährung zu Grunde.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Haudelsstraße Bekellianer, Durchgang nach Lindendstr. 101), wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchstabe und eine Zahl als Vorkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

Ctto 61. Das läßt sich mit Bestimmtheit nicht sagen; allem Anschein nach wird sie geringer sein. Es sind in den letzten Monaten erheblich weniger Bauschlüsse als in gleichen Monaten des Vorjahres eingereicht und genehmigt worden. — Z. C. 39. 1. Beden Sie sich an die nächste Säuglingsfürsorgestelle, Wasserstr. 27. 2. Für Unbemittelte wird Ritz gewährt, auch wird die Prämie in Bargeld gegeben. 3. Rein. — Z. C. 25. Beden Sie sich an eine der Fürsorgestellen für Charlottenburg: 1. Am Lützow 12a; Sprechstunden: Dienstag und Freitag 2-3. 2. Schillerstr. 42, Montag und Donnerstag 2-3, Kirchplatz 5, Dienstag und Donnerstag 1-2. 4. Rehringstr. 11; Sprechstunden: Montag, Mittwoch und Freitag 2-3.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandl.) Rindfleisch Ia 70-75 pr. 100 Pfd., IIa 64-69, IIIa 58-63, IVa 50-56. Kalbfleisch, Doppelländer 115-125, Ia 88-95, IIa 76-80, IIIa 62-74, I/2 50-60. Hammelfleisch Ia 69-77, IIa 54-67, Schweinefleisch 57-66, Rehmild Ia pr. Pfd. 0,60-0,81, IIa 0,45-0,58, Rehmild Ia 0,40-0,55, IIa 0,30, da. Kälber 0,45-0,61, Dammlid 0,40-0,60, da. Kälber 0,60-0,75. Wildschweine 0,50-0,63. Ferkel 0,60. Hühner pr. Stück 3,00-3,25, da. Hen und IIa 1,75-2,00, Kaninchen pr. Stück 0,70-1,05. Wildenten pr. Stück 1,70. Amdenten 0,00. Rebhühner, junge Ia 0,00, junge IIa 0,00, alte 0,00, junge Reine 0,00. Hühner, alte pr. Stück 1,40-2,50, alte IIa 0,80-1,30, junge pr. Stück 0,60-1,30. Tauben pr. Stück 0,25-0,55, ital. 0,75-0,80. Enten, junge pr. Stück 1,30-2,00, Hamburger, junge pr. Stück 3,10. Gänse, Oberbrüher, pr. Pfd. 0,40-0,57, da Ia pr. Stück 3,50, IIa 0,00. Rechte pr. 100 Pfd. 71-87, groß 0,00. Gander, mail 107-110. Säugetiere, unj. 0,00, mittel 0,00, kleine 117-121. Meie 44-55. Kälber groß 0,00, mittel 0,00, klein 0,00, unj. 0,00. Wölven 41. Karssen, Wer 0,00, da. 35er 0,00, da. 100er 61-64, da. 50-60er 65-68, 40er 0,00. Barje, mail 0,00. Karanfuchen 0,00. Bledische 0,00. Wels 0,00. Bunte Fische 45-52. Amerikan. Kachs Ia neuer pr. 100 Pfd. 110-130, da. IIa neuer 90-100, da. IIIa neuer 75. Seelachs 20-25. Sprotten, Kieker, Mail 0,75-1,25, Danziger, Boff 0,60-0,80. Kumpen, pommerische Ia, per Schock 3-6, da. pommerische IIa 2-4, Kieker, Etiege Ia 4-6, da. mittel per Säfte 2-3. Hamb. Etiege 4-5, halbe Rille 1,50-2. Schilling, per Ball Kieker 3,50-5,00, Schilling 4-5. Käl. groß pr. Pfd. 1,10-1,30, mittelgroß 0,80-1,00, klein 0,50-0,60. Heringe pr. Schock 4-5. Schellfische Rille 4-5, da. 1/2, Rille 2-3,00. Kabbau, p. 100 Pfd. 20-25. Heilbutt 0,00. Sardellen 1902er pr. Koffer 95, 1904er 95, 1905er 93, 1906er 75-75. Schottische Goldringe 1905 0,00, large 40-44, full 35-38, mod. 35-42, deutsche 37-44. Deringe, neue Ratjes, per 1/2, To. 60-120. Sardinien, russ., 44 1,50-1,60. Bratheringe, Säfte (4 Liter) 1,50-1,75. Reunanger, Schock 11, kleine 5-6, Reien 14. Hummern, kleine, per Pfd. 0,00. Krebse, per Schock, große 0,00, mittel 0,00, kleine 0,00, unj. 0,00. Waisier, groß 0,00, mittel 0,00. Eier, Land, per Schock 4,00-4,60. Butter pr. 100 Pfd. Ia 128-125, IIa 115-123, IIIa 110-114, ablaufende 95-105. Sauer Gärten Schock 3,50-4,00, Pfeffergurken 3,50-4,00. Kartoffeln pr. 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 2,00-2,10, Daberische 2,00-2,10, Rosen 0,00, weiße 1,75-2,00, Salatkartoffeln 4,00-6,00. Spinat pr. 100 Pfd. 8,00-10,00. Karotten pr. Schockbund 3,00-4,00. Sellerie, hiesige, per Schock 4,00-5,00, da. pommerische 3,00-5,00. Zwiebeln große, per 100 Pfd. 3,00-3,50, da. kleine 2,00-2,25, da. hiesige (Perl-) 0,00. Charolten 60-70. Petersilie, grün, Saffordbund 1,50-1,75. Kohlrabi pr. Schock 0,50-1,00. Rettig, hurr., per Schock 2,40-4,80. Radieschen pr. Schockbund 0,80-1,00. Salat, per Schock 0,00, da. Escarole, per Schock 1,25-1,50, da. Endivien 1,75-2,00, Mohrrüben pr. 100 Pfd. 2,50-3,00. Zeltower Rüben pr. 100 Pfd. 8-10. Weiße Rüben, große 2-2,50, kleine 5-6. Rote Rüben 1,50-2. Dillwurzel holl. pr. Kopf 0,00, da. ital. Kopf 0,00. Strimphohl pr. Schock 3,00-6,00. Kohlfohl p. Schock 3,00-8,00. Weißhohl Schock 2,00-3,00. Rosenkohl p. 100 Pfd. 15-18. Grünkohl pr. 100 Pfd. 3-4. Schullkohl 12 Köpfe 4-4,50. Kohlrüben, Schock 2-3. Kürbis 5-8. Birnen, pr. 100 Pfd. hiesige 7-20, böhmische 8-20. Kefel, pr. 100 Pfd. hiesige 3-20, Branenheimer 0,00. Troler in Säffern 17-30, Rille 32-50, Amerik. 16-20. Weichelbeeren, schwedische 0,00. Gedings, 0,00. Wollkühe pr. 100 Pfd. 16-20, da. rumänische 20-28, da. franz. Cornes 28-34. Parmanische 60-65. Salemnüsse lange 41-45, runde 32-35. Zitronen, Neßina, 300 Stück 8,00-10,00, 300 Stück 7,00-9,00, 200 Stück 7-11.

INSERTATE

für die nächste Nummer müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags des vorherigen Tages in unserer Expedition abgegeben werden.

Größere Anzeigen
für die
Sonntags-Nummer
erbitten dagegen schon bis
Freitag nachmittag 5 Uhr,
da nur in diesem Falle die Aufnahme garantiert
..... werden kann.

Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.